

Institut für
Friedensarbeit
und Gewaltfreie
Konfliktaustragung



INSTITUTE FOR PEACE WORK AND NONVIOLENT CONFLICT TRANSFORMATION

Gewaltfreier Kampf und die Revolution in Ostdeutschland

Roland Bleiker

Aus dem Englischen von Ingrid von Heiseler

Mit einem Nachwort von Eberhard Bürger



Arbeitspapier Nr. 28
ISSN 1439-4006
Februar 2024

IFGK Arbeitspapier Nr. 28
ISSN 1439-4006
IFGK, Hauptstr. 35, D-55491 Wahlenau
Internet: www.ifgk.de

Danksagung im englischen Original:

Ich bin dem Herausgeber dieser Reihe Roger Powers für seine gute redaktionelle Betreuung dankbar. Mein Dank gilt auch dem Programm für gewaltfreie Sanktionen am *Harvard University Center for International Affairs* und insbesondere dem Direktor des Programms Doug Bond für ihre Unterstützung während meines Jahres als Doktorandenstipendiat.

Roland Bleiker, August 1993

Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (IFGK)

Das IFGK ist ein gemeinnütziger Verein, gebildet von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die in verschiedenen Orten Deutschlands ansässig sind. Einige von uns betreiben Wissenschaft als Lebensunterhalt, andere zusätzlich zu ihrem Beruf. Allen gemeinsam ist, dass wir ein Katalysator sein wollen für Lernen, Verstehen und Handeln in Gewaltfreiheit. Wir sehen uns als Teil der weltweiten Bewegung für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Lebensgrundlagen.

Arbeitsfelder

- Grundlagen- und Aktionsforschung zu Bedingungen, Verlaufsformen und Wirkungen gewaltfreien Handelns und die Diskussion der Ergebnisse mit Praktikerinnen und Praktikern
- Erstellung von Dokumentationen und Durchführung von Evaluationen
- Durchführung von Studientagen, auf denen Forschungsarbeiten in jedem Stadium der Bearbeitung von der Idee bis zur Fertigstellung vorgestellt und diskutiert werden
- Nachwuchsförderung durch Betreuung von Studien- und Abschlussarbeiten
- Lehr- und Bildungstätigkeit zum Thema "Gewaltfreie Konfliktaustragung"
- Publikation von Arbeitspapieren und Studien.

Die vorliegende Publikation ist urheberrechtlich geschützt.

Alle Rechte sind vorbehalten.

Verantwortlich für den Inhalt ist der Autor.

Das Papier erschien im Original als *Nonviolent Struggle and the Revolution in East Germany* bei der Albert Einstein Institution, Monograph Series No 6, 1993, <https://www.einstein.org/monograph-series>
Übersetzung aus dem Englischen: Ingrid von Heiseler

Wahlenau, Februar 2024

Bezug über: Bund für Soziale Verteidigung, Schwarzer Weg 8, 32423 Minden, info@soziale-verteidigung.de, für 4,50 Euro zuzüglich Porto (3,-€)

Abstract

This study deals with the non-violent revolution in the GDR in 1989 and how it came about. It consists of three parts. In the first, the author gives a brief chronological overview of resistance and revolution in East Germany. In the second, he examines the role that the forms of protest “exodus” and “contradiction” played in the collapse of the communist regime. From this analysis he derives some theoretical conclusions on the dynamics of nonviolent struggle. In the third part he places the East German nonviolent struggle in the social context that enabled the struggle to emerge in its particular form. In a concluding part, based on this case study, he makes some preliminary theoretical and methodological suggestions for further study of nonviolent direct action.

Zusammenfassung

Diese Studie befasst sich mit der gewaltfreien Revolution in der DDR 1989 und wie es zu ihr kam. Sie besteht aus drei Teilen. Im ersten gibt der Autor eine kurze chronologische Übersicht über Widerstand und Revolution in Ostdeutschland. Im zweiten untersucht er die Rolle, die die Protestformen „Abwanderung“ und „Widerspruch“ beim Zusammenbruch des kommunistischen Regimes gespielt haben. Von dieser Analyse leitet er einige theoretische Folgerungen bezüglich der Dynamik des gewaltfreien Kampfes ab. Im dritten Teil ordnet er den ostdeutschen gewaltfreien Kampf in den gesellschaftlichen Kontext ein, der ermöglichte, dass der Kampf in seiner besonderen Form auftauchte. In einem abschließenden Teil macht er auf der Grundlage dieser Fallstudie einige vorläufige theoretische und methodologische Vorschläge für die weitere Untersuchung gewaltfreier direkter Aktionen.

Inhalt

Abstract	3
Zusammenfassung	3
Einführung	5
1. Eine kurze Geschichte von Herrschaft, Widerstand und Revolution in Ostdeutschland	7
Unterdrückung und Widerspruch vor den 1980er Jahren	7
Massenproteste und die Revolution von 1989	8
2. Das machtentfaltende Potenzial des gewaltfreien Kampfes	11
Die Energie des Systems erschöpfen: Die Rolle der „Abwanderung“	11
Den Willen zur Veränderung bekunden: Die Rolle des „Widerspruchs“	13
Freiwillige Knechtschaft und die Macht des Handelns	15
Einige theoretische Überlegungen	15
3. Die Vermittlung des Gewaltfreien Kampfes: Komplexe Machtverhältnisse und die Konstruktion der hegemonialen Zustimmung	20
4. Anstatt einer Schlussfolgerung: Die Macht des Handelns in ihrem strukturellen Kontext betrachten	29
Anhang	32
Chronologie der ostdeutschen Revolution 1989/90	32
Literaturangaben	36
Nachwort	41
1. Theorie und Praxis begegnen sich	41
2. Wertschätzende Beachtung einer Zukunftsressource	42
3. Zur Komplexität des gewaltfreien Kampfes vor und um 1989 in der DDR	43
4. Eine „nicht nennenswerte Opposition“	44
5. Gründe für das Beharren in der Diktatur	45
6. Tiefere Sicht auf Flucht-Widerspruch und die Rolle von Wehrdienstverweigerern	46
7. Das Volk nutzt das „Fenster der Gelegenheit“	47
8. Ein halbes Jahr ohne die Diktatur des Proletariats und die Diktatur des Wachstums	48
9. Freiheit selber mühevoll gestalten - bis eine andere Elite übernimmt	49
10. Die DDR-Kirche (Bund Evangelischer Kirchen) in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD): Der „Raum zum Atmen“ wird abgewickelt	53
11. Weitergehen – aber wie? Mit systemischem Blick!	54
12. Wider die Kaperung der Geschichte	56
13. Werte als Quelle von Kraft	58
Autor und Übersetzerin	63

Einführung

„Wir hatten mehr Angst vor dem Volk, als das Volk vor uns haben musste.“

[Äußerung eines Mitglieds der vielgefürchteten STASI, des ostdeutschen Staatssicherheitsdienstes]¹

„Wir sind das Volk“ war der wichtigste Schlachtruf im gewaltfreien Kampf, der 1989 das ostdeutsche kommunistische Regime fortschwemmt. „Wir sind das Volk“, schallte es hunderttausend Mal durch die Straßen von Ostberlin, Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt. Der Ruf wurde zum Symbol des Protests des Volkes gegen eine Regierung, die sich dem Volk entfremdet hatte. Die Macht dieser Masse von Unbewaffneten stürzte die tyrannischen Herrscher.

Die ostdeutsche Revolution ist mehr als eine Wende in der europäischen Geschichte. Der Zusammenbruch des autoritären Regimes ist sehr lehrreich, da er uns einen Einblick ins Wesen der Macht und in Möglichkeiten und Grenzen des gewaltfreien Kampfes gibt. In dieser Arbeit werden die Ereignisse in Ostdeutschland mit diesem Erkenntnisinteresse untersucht.

Viele beiläufige Aspekte, Vorbedingungen und kontextabhängige Einflüsse waren für den besonderen Entwicklungsverlauf in Ostdeutschland verantwortlich. Doch zwei Faktoren müssen gesondert betrachtet werden, da sie eine wichtige Rolle bei der Verursachung des Sturzes des oppressiven Regimes gespielt haben, nämlich das Ausmaß der Volksdemonstrationen und die riesigen Wellen an ostdeutschen Bürger*innen, die illegal in den Westen gingen. Die sogenannten Formen „Widerspruch“ und „Abwanderung“ sind klassische Beispiele für gewaltfreie direkte Aktion. Gene Sharp nennt sie ausdrücklich in seiner einflussreichen Untersuchung von 1973 zum Thema.²

Die verblüffende Wirkung dieser beiden Methoden der gewaltfreien Aktion können mit Hilfe der einfachen Einsicht in das Wesen der Macht verstanden werden. Diese wurde vor einem halben Jahrtausend von Étienne de la Boétie³ vorgebracht. Als Student an der Universität von Orléans stellte er die Hypothese auf, dass jede Form von Regierung, ganz gleich, wie despotisch und gewalttätig sie ist, immer von der stillschweigenden Zustimmung der Bevölkerung abhängt. De la Boétie behauptete außerdem, dass diese Zustimmung, da sie freiwillig ist, jederzeit aufgekündigt werden kann. Wenn sie aufgekündigt wird, führt das zu einem Zusammenbruch der existierenden autoritären Gesellschaftsstruktur.

Die Ereignisse in Ostdeutschland bestätigen bestimmte Elemente dieser kühnen Prämisse. Die Wirkung der Protestformen „Widerspruch“ und „Abwanderung“ zeigt, dass (1) ein autoritäres Regime nicht durch Zwangsmittel allein seine Machtbasis schaffen und aufrechterhalten kann und dass (2), da diese Machtbasis auch von der allgemeinen Unterstützung abhängt, die Bevölkerung durch aktive Aufkündigung der Zusammenarbeit ein repressives System untergraben kann.

Doch eine Analyse der deutschen Revolution, die sich mit einer Bejahung der Kraft des gewaltfreien Kampfes begnügt, bleibt unvollständig. Die Ereignisse in Ostdeutschland sind zu komplex, als dass man sie nur mit einer Machttheorie messen könnte, die die soziale Dynamik auf eine dualistische Achse zwischen Unterdrücker und Unterdrückte beschränkt. Der Sturz des kommunistischen Regimes erfordert eine eigenständige Analyse der komplexen Machtverhältnisse und strukturellen Einflüsse, die

¹ Zitiert in: Rolf Schneider, 1991, S. 48.

² Gene Sharp, 1973, pp. 117-72, 199-217. Sharp bezieht sich auf zwei Formen des Widerstandes: „gewaltfreier Protest“ und „Protest-Auswanderung“. In dieser Arbeit benutze ich stattdessen die bescheideneren Ausdrücke „Widerspruch“ („voice“) und „Abwanderung“ („exit“), die zuerst Albert O. Hirschmanns, 1974, bekanntgemacht hat. Die Ausdrücke „gewaltfreier Kampf“ und „gewaltfreie direkte Aktion“ gebrauche ich austauschbar und ich beachte den kleinen begrifflichen Unterschied nicht, den manche zwischen den beiden Begriffen machen.

³ Étienne de la Boétie, Kapitel 1.]

es der gewaltfreien direkten Aktion ermöglichen, ihre Macht zu entfalten. Überflüssig zu sagen, dass diese Arbeit einer so komplexen Aufgabe nicht gerecht werden kann. Ich will die Aufmerksamkeit nur auf zwei dieser wichtigen kontextabhängigen Faktoren lenken, nämlich die Entwicklung von international, intranational und innenpolitisch bedingten Beschränkungen des Widerstandes der Bevölkerung sowie auf das Ausmaß, in dem die Wirksamkeit eines gewaltfreien Kampfes von der Interaktion zwischen Staat und Zivilgesellschaft abhängt.

Diese Arbeit besteht aus drei Teilen. Im ersten gebe ich eine kurze chronologische Übersicht über Widerstand und Revolution in Ostdeutschland. Im zweiten untersuche ich die Rolle, die die Protestformen „Abwanderung“ und „Widerspruch“ beim Zusammenbruch des kommunistischen Regimes gespielt haben. Dann leite ich von dieser Analyse einige theoretische Folgerungen bezüglich der Dynamik des gewaltfreien Kampfes ab. Im dritten Teil ordne ich den ostdeutschen gewaltfreien Kampf in den gesellschaftlichen Kontext ein, der ermöglichte, dass der Kampf in seiner besonderen Form auftauchte und diese Wirkung der Machtverschiebung ausübte, den Boétie ihm zuschreibt. In einem abschließenden Teil mache ich auf der Grundlage dieser Fallstudie einige vorläufige theoretische und methodologische Vorschläge für die weitere Untersuchung gewaltfreier direkter Aktionen.

1. Eine kurze Geschichte von Herrschaft, Widerstand und Revolution in Ostdeutschland

„Staat heißt das kälteste aller kalten Ungeheuer. Kalt lügt es auch; und diese Lüge kriecht aus seinem Munde: ‚Ich, der Staat, bin das Volk!... Aber der Staat lügt in allen Zungen des Guten und Bösen; und was er auch redet, er lügt- und was er auch hat, gestohlen hat er's.“

Friedrich Nietzsche⁴

Es ist unmöglich, „Tatsachen“ objektiv darzustellen. Zusammenfassen bedeutet auswählen, beurteilen, ausschließen und infolgedessen wird immer eine subjektive Sichtweise dargestellt. Da der Versuch, „Tatsachen“ und „Deutung“ voneinander zu trennen, vergeblich ist, will ich in diesem Teil so viele Einzelheiten darstellen, dass es möglich wird, einen umfassenden Überblick über die Revolution in Ostdeutschland zu bekommen. Viele Themen werden in den folgenden analytischen und theoretischen Teilen noch einmal auftauchen. Für besonders Interessierte hält der Anhang weitere Daten und eine ausführliche Chronologie der Ereignisse bereit.

Die Existenz Ostdeutschlands als eines formell unabhängigen Staates wurzelt in der Niederlage des Nazi-Regimes am Ende des Zweiten Weltkriegs und der anschließenden Entstehung von Rivalitäten zwischen den Siegermächten. Das, was eine vorläufige Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen sein sollte, wurde zu einer dauerhaften Zweiteilung des Landes in zwei deutlich voneinander getrennte Gebiete, von denen jedes dem Schutz und der Vormundschaft einer der beiden Supermächte unterworfen war. 1949 wurde Ostdeutschland ein formell unabhängiger Staat mit dem Namen Deutsche Demokratische Republik (DDR).

Unterdrückung und Widerspruch vor den 1980er Jahren

Autoritäre Tendenzen gab es in Ostdeutschland von Anfang an. Das Regime schreckte nicht davor zurück, repressive und propagandistische Mittel einzusetzen, um seine Herrschaft aufrechtzuerhalten. Zu diesem Legitimierungsprozess gehörte auch der Versuch, die DDR als einen Viel-Parteien-Staat darzustellen. Die Kommunistische Partei, die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), hatte im Parlament, der Volkskammer, nur 25,4 Prozent der Sitze. Und doch war die Führungsrolle der SED in der Verfassung festgelegt und wurde bis zum Ende niemals infrage gestellt. Das Parlament war kaum mehr als ein Scheinparlament und so gut wie alle seine Abgeordneten, die verschiedene andere Parteien und Gewerkschaften vertraten, waren gleichzeitig Mitglieder der SED.⁵

Widerstand gegen das ostdeutsche Regime und seinen Führer Walter Ulbricht gab es seit den 1950er Jahren. Am 17. Juni 1953 entstanden spontane Streiks und Massendemonstrationen. Sie wurden umgehend von den in Ostdeutschland stationierten Sowjettruppen mit großer Brutalität unterdrückt. Diese Form des Volksprotests war ein Einzelfall und bis zum Herbst 1989 blieben die Widerspruchsaktivitäten auf den Widerstand innerhalb der Elite beschränkt.⁶

⁴ Friedrich Nietzsche, 1884, S. 51.

⁵ Eckehard Jesse, 1990, S. 50. Ein kurzer Bericht über die zentrale Rolle der SED in der Hierarchie findet sich bei Margret Peulen-Hartung.

⁶ Eingehende Untersuchungen der Dissidenten-Aktivitäten in Ostdeutschland finden sich bei Uwe Backes, Eckehard Jesse, 1990, und Ferdinand Kroh. Deutschsprachiges Material über die ostdeutsche Revolution im Allgemeinen erscheint seit 1989 in riesigen Mengen. Zu den nützlicheren Deutungen gehören: Bernward Baule, Ralf Dahrendorf, Rainer Deppe, Helmut Dubiel und Ulrich Rödel, Gert-Joachim Glaeßner, Jürgen Habermas, *Die nachholende Revolution*, 1990) und Christiane Lemke. Detaillierte Bibliografien sind zu finden in: *Revolution und Reformen in der DDR: Auswahlbibliographie 1989-1990* und in: *Von der Revolution in der DDR zur deutschen Einheit: Auswahlbibliographie 1989-1990*. Gute Analysen in Englisch oder Übersetzungen deutscher Quellen gibt es nur wenige, z. B. in Timothy Garton Ash, Jürgen Habermas, "The Rectifying Revolution and the

Der Widerstand der Elite bildete sich in den 1950er Jahren um Wolfgang Harich und weitere gleichgesinnte Befürworter der Reform wie Walter Janka, Heinz Zöger und Gustav Just. Die meisten von ihnen wurden nach einer Reihe von Schauprozessen, die den neostalinistischen Terror des Ulbricht-Regimes⁷ veranschaulichten, zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Die einzige Form des Protests in dieser Zeit war, dass eine ständig zunehmende Anzahl an Ostdeutschen in den Westen ging. In den frühen 1960er Jahren waren mehr als eine halbe Million Bürger*innen gegangen. Um die Auswanderung aufzuhalten, befahl die Regierung im Juni 1961 den Bau der Berliner Mauer und brachte einen „eisernen Vorhang“ entlang den Westgrenzen an.

Eckhart Jesse schreibt, der Wirkungskreis der Dissident*innen-Aktivitäten habe sich etwas erweitert, nachdem Erich Honecker 1971⁸ Walter Ulbricht ersetzt habe. Aufgrund des Grundlagenvertrags, den die beiden deutschen Staaten 1972 unterschrieben, öffnete sich Ostdeutschland mehr für Kontakte mit dem Westen.

Und doch gehörten Unterdrückung in Form von Verurteilung zu Gefängnisarrest und erzwungene Ausbürgerung immer zum Herrschaftssystem der SED. Wie in den 1950er Jahren waren die Haupt-Dissident*innen zwischen den 1960er Jahren und dem Ende des ostdeutschen Regimes keine Radikaldemokrat*innen, sondern reform-orientierte Kommunist*innen oder Sozialist*innen, wie die beiden wichtigsten dissidentischen Schriften der damaligen Zeit, Robert Havemanns *Dialektik ohne Dogma?* und Rudolf Bahros *Die Alternative*, veranschaulichten.⁹

Massenproteste und die Revolution von 1989

Basis-Protestbewegungen, oder Bürger*innenbewegungen, tauchten erst ziemlich spät in Ostdeutschland auf, viel später als zum Beispiel die Aktivitäten von *Solidarnosc* in Polen. In den 1980er Jahren gab es Reform-Diskussionen in kleinen ostdeutschen Kirchenkreisen. 1988¹⁰ gab es sporadisch sogar Demonstrationen. Doch erst seit dem Boykott der manipulierten Kommunalwahlen im Frühling 1989 und dem Protest dagegen kann man von einem Widerstand der Bevölkerung gegen das Regime sprechen.

Die radikalen Veränderungen der äußeren Bedingungen, besonders der Zusammenbruch des von den Sowjets geführten Bündnis-Systems, erleichterten die Verbreitung des Widerstandes.

Auch wenn Honecker mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln der Übernahme von *perestroika*-ähnlichen Reformen in Ostdeutschland widerstand, konnte er doch zwei grundlegende Veränderungen nicht verhindern. Die erste war, dass Michail Gorbatschow an die Macht kam. Seine Einführung des „Umdenkens“ in die Moskauer Außenpolitik stellte eine *de facto* (und später *de jure*) Beendigung der Breschnew-Doktrin dar. Die (ehemaligen) Alliierten Moskaus in Mittel- und Osteuropa konnten nun nicht mehr mit militärischer Unterstützung ihrer autoritären Regime aus dem Ausland rechnen, einer Unterstützung, wie sie zum Beispiel 1953 (Ostdeutschland), 1956 (Ungarn) und 1968 (der Tschechoslowakei) geleistet worden war. Das SED-Regime stand nun dem wachsenden Widerstand in der Bevölkerung allein gegenüber.

Zweitens beschloss die reform-orientierte kommunistische Regierung in Budapest im Mai 1989, den Stacheldrahtzaun und andere Installationen (z. B. Zäune, Wachposten und andere entlang des „Eisernen Vorhangs“ errichtete Hindernisse) an der österreichisch-ungarischen Grenze abzubauen. Das „Loch“ im „Eisernen Vorhang“ blieb nicht lange verborgen. Bei der Veranstaltung des „pan-europäischen Picknicks“ im August erregte die Flucht 661 Ostdeutscher über die Grenze großes Aufsehen. Weitere

Need for New Thinking on the Left", Fred Halliday, Albert O.Hirschmann, 1993), Krishan Kumar.

⁷ Vgl. Gustav Just und Walter Janka.

⁸ Jesse, 1990, S. 54.

⁹ Robert Havemann und Rudolf Bahro.

¹⁰ Kroh, „Havemanns Erben“ S. 52-56.

Ostdeutsche, die ausreisen wollten, suchten in den westdeutschen diplomatischen Vertretungen in Ostberlin, Budapest, Warschau und Prag Zuflucht. Am 11. September kündigte Ungarn einseitig eine Vereinbarung mit der SED-Regierung an und öffnete seine Grenzen nach Österreich. Innerhalb von drei Tagen kamen 15.000 Ostdeutsche im Westen an.

Inzwischen wurden Widerstands-Aktivitäten in Ostdeutschland besser organisiert. Zwischen Juli und September tauchten verschiedene (illegale) Basis-Widerstandsbewegungen auf, z. B. *Neues Forum*, *Demokratischer Aufbruch* und *Demokratie Jetzt*.¹¹ Demonstrationen der Bevölkerung wurden zur Regel. Jeden Montag nach dem herkömmlichen protestantischen Gottesdienst in der Leipziger Nikolaikirche versammelten sich die Menschen und forderten Reformen. Ihre Zahl wuchs von Woche zu Woche ständig. Am 2. Oktober löste die Polizei eine Versammlung von 25.000 Menschen gewaltsam auf.

Während der Feierlichkeit Ostdeutschlands zum vierzigsten Jahrestag der DDR (am 7. Oktober) unternahm Erich Honecker einen letzten Versuch, das Gleichgewicht wiederherzustellen. Doch seine kategorische Weigerung, die Notwendigkeit für Veränderungen¹² anzuerkennen, verstärkte nur den Druck von unten. Tausende Ostdeutsche verließen Tag für Tag das Land und Straßenproteste wurden in allen Städten des Landes „normal“. Die Montagsdemonstrationen in Leipzig wurden inzwischen zu einer Institution des gewaltfreien Massenprotests. 70.000 Menschen nahmen am 9. Oktober und 120.000 eine Woche darauf, am 16. Oktober, teil.

Der ständig zunehmende Druck bewirkte einen Machtkampf zwischen dem revisionistischen und dem Hardliner-Lager im Politbüro. Am 18. Oktober wurden Erich Honecker und zwei seiner engsten und ältesten Bundesgenossen Günter Mittag und Joachim Hermann zum Rücktritt gezwungen. Doch die neue Regierung unter dem ebenfalls langzeitigen Vertrauten Honeckers Egon Krenz konnte die Situationen auch mit dem Ankündigen von Reformen nicht beruhigen. Zu wenig und zu spät war das allgemeine Urteil der Bevölkerung. Demonstrationen wurden häufiger und nahmen stark an Größe zu. In ganz Ostdeutschland waren Rufe nach mehr Demokratie, freien Wahlen, „Umdenken“ und mehr Reisefreiheit zu hören. „Wir sind das Volk“ hallte es Tag für Tag Hunderttausende von Malen durch die Straßen von Leipzig, Dresden, Ostberlin, Karl-Marx-Stadt, Potsdam und vieler anderer Städte. Allein Leipzig wurde Zeuge einiger gewaltfreier Demonstrationen, an denen mehr als 200.000 Menschen teilnahmen. Am 4. November marschierte eine halbe Million durch die Straßen Ostberlins. Inzwischen störte der Mangel an Arbeitskräften als Folge des Exodus, der sich in einem Umfang von täglich 10.000 Personen fortsetzte, das Betreiben zahlreicher Industrien und öffentlicher Dienste. Schon bald verlangte der steigende Druck von unten die nächsten „Opfer“. Weitere Mitglieder der „alten Garde“ und Schlüsselgestalten des Politbüros waren gezwungen „in den Ruhestand zu gehen“, unter ihnen auch Margot Honecker, Harry Tisch, Kurt Hager und Erich Mielke. Am 7. November trat die gesamte Regierung unter Willi Stoph zurück. Am Tag darauf folgte das Politbüro.

Dann am 9. November 1989 kam der Anfang vom Ende, das SED-Regime bekam den Gnadenstoß: Der Regierungssprecher Günter Schabowski erklärte, dass ab sofort alle ostdeutschen Staatsbürger*innen ohne Genehmigung staatlicher Behörden ins Ausland reisen dürften. Noch in derselben Nacht waren in der ganzen Welt sensationelle Bilder zu sehen: Tausende kletterten über die inzwischen anachronistisch gewordene Berliner Mauer oder montierten sie vor den Augen der verwirrten und hilflosen ostdeutschen Grenzwächter ab. In den folgenden Tagen warfen Hunderttausende von Ostdeutschen einen Blick in den Westen. Derartiges war für sie seit Jahrzehnten unvorstellbar gewesen.

Von da an dauerte es nicht mehr lange, bis das, was vom SED-Regime übrig war, in den Annalen der europäischen Geschichte versank. Die Abwanderung nahm zu und die Demonstrationen hörten nicht auf, bis alle Überbleibsel des alten Regimes verschwunden waren. Dass der Reform-Kommunist Hans

¹¹ Einzelheiten, darunter die Gründungserklärungen, Leit motive und Statuten der Bürger*innenbewegungen. Siehe Gerhard Rein.

¹² Erich Honecker, "Ansprache auf der Festveranstaltung zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR in Ost-Berlin am 6. Oktober 1989," in *Das Ende der Teilung: Ik Wandel in Deutschland und Osteuropa*, edited by J. Thies and W. Wagner (Bonn: Verlag für Internationale Politik, 1990), pp. 177-85.

Modrow an die Spitze der Regierung gestellt wurde, hielt den Sturz nicht auf. Im Dezember trat Egon Krenz von allen seinen Ämtern zurück. Unter seinem Nachfolger Gregor Gysi löste sich die SED faktisch auf. Am 16. März 1990 fanden die ersten freien parlamentarischen Wahlen in Ostberlin statt. Die Christlich Demokratische Union, die CDU, eine Schwesterpartei der in Westdeutschland regierenden konservativen Partei, gewann einen spektakulären Sieg: Sie gewann 40,9% der Stimmen.

Alle Forderungen, die die Menschen im Herbst 1989 auf die Straßen getrieben hatten, waren auf diese Weise im Frühling 1990 erfüllt. Innerhalb eines halben Jahres hatte sich die Utopie in Realität verwandelt. Eines der repressivsten Regime Mittel- und Osteuropas war unter dem Druck von unten wie ein Kartenhaus zusammengefallen.

2. Das machtentfaltende Potenzial des gewaltfreien Kampfes

... und wenn man ihnen [den Tyrannen] nichts mehr gibt, wenn man ihnen nicht mehr gehorcht, stehen sie ohne Kampf und ohne Schlag nackt und entblößt da und sind nichts mehr; wie eine Wurzel, die keine Feuchtigkeit und Nahrung mehr findet, ein dürres und totes Stück Holz wird.

Étienne de la Boétie¹³

Im vorigen Kapitel habe ich schon auf die Bedeutsamkeit der Rolle hingewiesen, die Demonstrationen und Massenabwanderung bei der ostdeutschen Revolution gespielt haben. In diesem Kapitel versuche ich das Argument zu belegen und weiter zu entwickeln, dass „Abwanderung“ und „Widerspruch“ im gewaltfreien Protest ausschlaggebend für die Auslösung der Dynamik der Machtentfaltung waren, die das von der SED geführte System der Herrschaft und des Ausschlusses wegschwemmen.

Die Energie des Systems erschöpfen: Die Rolle der „Abwanderung“

Von den frühen Tagen des Staates an brachten die Massen-Auswanderungen die SED in die Verteidigungsposition. Jahr für Jahr verließen Hunderttausende Ostdeutscher ihr Land, um sich im kapitalistischen Westen niederzulassen. 1961 befahl Walter Ulbricht den Bau der Berliner Mauer. Um zu verhindern, dass die Abwanderung der Bürger*innen zur Bedrohung der autoritären Staatsstruktur wurde, ging Ulbricht sogar das Risiko ein, mit seiner Maßnahme den Kalten Krieg anzuheizen.

Mitte der 1980er Jahre nahm die Bedrohung durch „Abwanderung“ in erster Linie wieder durch drei Kanäle zu. Erstens: Ostdeutschland lockerte seine offizielle Auswanderungspolitik. In der ersten Hälfte des Jahres 1989 gingen 46.000 Bürger*innen auf legale Weise in den Westen. Das waren mehr als im gesamten vorangegangenen Jahr.¹⁴ Vom August an machten zwei zusätzliche, in diesen Fällen illegale Formen der Auswanderung dem Politbüro Angst. Ostdeutsche benutzen den extraterritorialen Status der diplomatischen Vertretungen im kommunistischen Block, um den Flüchtlingsstatus zu beanspruchen. Schon bald mussten die westdeutschen Vertretungen in Ostberlin, Prag, Budapest und Warschau geschlossen werden, weil sie mit Tausenden Ostdeutscher überfüllt waren, die entschlossen waren, ihr Land zu verlassen. Ein Abkommen, das Ende September zwischen Ostberlin und Bonn geschlossen wurde, ermöglichte den Transport dieser Flüchtlinge in Sonderzügen durch ostdeutsches Gebiet in den Westen. Als sich die Nachricht von dieser Evakuierung in Ostdeutschland verbreitete, versuchte das Regime verzweifelt, seine Bürger*innen davon abzuhalten, auf die sogenannten Flüchtlingszüge zu springen, die nach Prag oder anderen Orten in den Westen abfuhr. Doch innerhalb von Tagen waren die diplomatischen Vertretungen wieder voll und Sonderzüge brachten noch einmal 7.600 Flüchtlinge nach Westdeutschland.

Diese spektakulären Besetzungs-Evakuierungs-Vorgänge zogen große Aufmerksamkeit der Medien auf sich und raubten dem Regime in Ostdeutschland auch noch das wenige Prestige, das ihm übriggeblieben war. Doch die zahlenmäßig schädlichste Auswanderung geschah, als Budapest nach und nach den „Eisernen Vorhang“ hob. Nach der Öffnung der Grenze zwischen Österreich und Ungarn am 11. September flohen Tausende Ostdeutscher täglich in den Westen.

¹³ In der deutschen Übersetzung zitiere ich den Text in Projekt Gutenberg. <https://www.projekt-gutenberg.org/boetie/knechtsc/knechtsc.html> [IvH]: "Et si on ne leur [les tyrans] baille rien, si on ne leur obéit point, sans combattre, sans frapper, ils demeurent nus et défaits, et ne sont plus rien: sinon que comme la racine, n'ayant plus d'humeur et aliment, devient une branche sèche et morte."

¹⁴Volker Ronge, S.38.

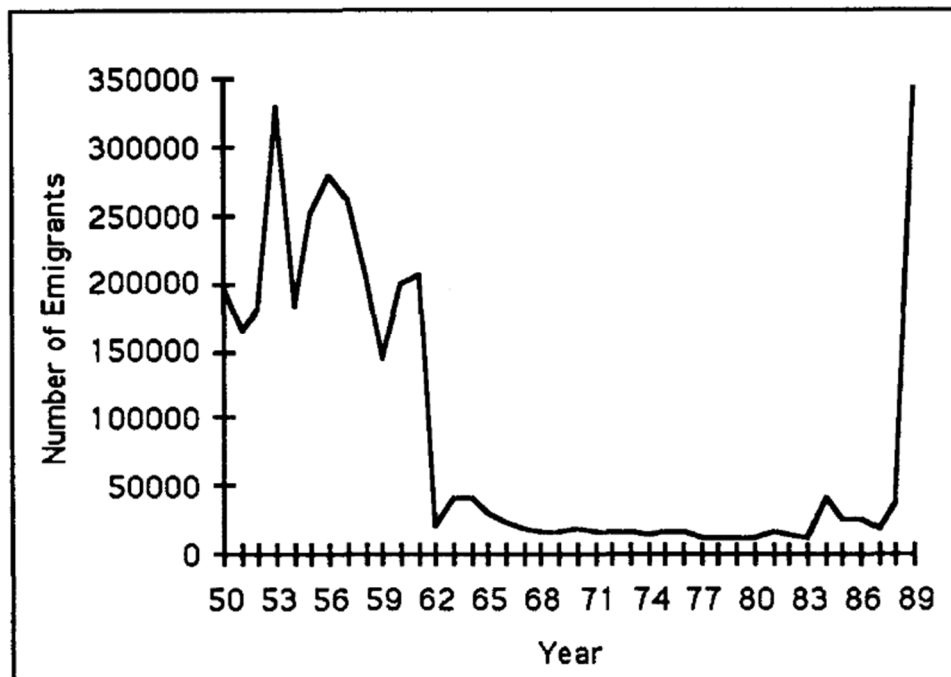


Abbildung 1

Die Entwicklung der Austritte: Die Anzahl der Ostdeutschen, die jährlich in den Westen abwanderten. Quelle: Thomas Ammer, „Stichwort: Flucht aus der DDR“ in: *Deutschland-Archiv* 22 (November 1989): 1207 und Hartmut Wendt, „Die deutsch-deutschen Wanderungen“ in: *Deutschland-Archiv* 24 (April 1991): 390. Zitiert nach: Albert O. Hirschmann, "Exit, Voice and the Fate of the German Democratic Republic" in: *World Politics* 45 (January 1993): 179.

Abbildung 1 zeigt, wie stark sowohl die legale als auch die illegale Auswanderung zugenommen hatten. Sie stieg auf das Zehnfache des Durchschnittwertes in den vorangegangenen Jahren. Im Herbst 1989 wurde illegaler „Austritt“ zur unkontrollierbaren Massenbewegung, während in den vorangegangenen Jahrzehnten die Grenze so scharf bewacht worden war, dass einige Ostdeutsche beim Versuch, illegal die Grenze zu überschreiten, erschossen worden waren.

Das geringe Alter der Emigrant*innen und der daraus resultierende Verlust an zukünftigem Führungs- und Arbeitspotenzial stellte ein fast unüberwindbares(zusätzliches) Hindernis für einen sinnvollen wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung der ostdeutschen Gesellschaft dar. Peter Thal schätzt in seiner Studie den Verlust an Arbeitspotenzial für Ostdeutschland auf etwa zehn Milliarden Mark pro 10.000 Übersiedler*innen.¹⁵

Die Abwanderung der Menschen führte unmittelbar zu chaotischen Zuständen im ganzen Land. Viele Bereiche wie die Industrie, der Dienstleistungssektor, das öffentliche Verkehrswesen und die Krankenhäuser brachen entweder völlig zusammen oder funktionierten nur unter großen Schwierigkeiten. Der Einsatz von Armeeeinheiten in einigen der betroffenen Sektoren reichte nicht aus, um die fehlenden zivilen Arbeitskräfte zu ersetzen. Die „Abwanderung“ hatte die ostdeutsche Gesellschaft derartig zerrissen, dass selbst die senile und anachronistische Führung aufhören musste, so zu tun, als befände sich das Land noch immer auf dem geraden und glorreichen Weg zur kommunistischen Utopie.

In einer Reihe von höchst ungewöhnlichen öffentlichen Erklärungen erkannte die SED die Bedrohung an, die die „Abwanderung“ für die sozialistische Ordnung darstellte. Am 12. Oktober erklärte das Politbüro auf der Titelseite des offiziellen SED-Organs: „...der Sozialismus braucht alle ...es kann uns

¹⁵ Hannes Bahrmann und Christoph Links, S.36.

nicht gleichgültig sein, wenn sich Menschen aus unserem Ostdeutschland davonmachen!“¹⁶ Am Tag darauf bekräftigte Honecker: „... niemand kann unbeteiligt bleiben, wenn sich Bürger aus unserem Land davonmachen.“¹⁷ Egon Krenz sprach gleich bei seinem ersten Auftreten, nachdem er Honecker ersetzt hatte, von den Auswanderern und gab zu, dass die Regierung „... ihre Abreise als großen Aderlass empfindet!“¹⁸

Kürzlich veröffentlichte persönliche Berichte hochrangiger SED-Funktionäre zeigen, dass der Druck der „Abwanderung“ auf die DDR-Führung noch größer war, als die bereits spektakulären öffentlichen Erklärungen zeigten. Zwei Schlüsselfiguren des Politbüros, Honeckers Schützling und Nachfolger Egon Krenz und der Regierungssprecher Günter Schabowski, lassen in ihren Erinnerungen an diese entscheidende Zeit keinen Zweifel an der Macht der „Abwanderung“. Beide erkennen an, dass die Massenabwanderung auf sie und andere führende Gestalten, die an Entscheidungsprozessen beteiligt waren, eine enorme Wirkung ausübte.¹⁹ Schabowskis Bericht macht auch klar, dass sich Honecker trotz (oder besser: wegen) seiner kategorischen Weigerung, die „Schwierigkeiten“ anzuerkennen, durchaus der Sprengkraft, die die „Abwanderung“ für sein Regime bedeutete, bewusst war.²⁰ Krenz gibt sogar zu, dass die SED-Führung am Vorabend der Öffnung der Grenzen zwischen Österreich und Ungarn das Schlimmste erwartete.²¹

Die Furcht vor der „Abwanderung“ verschwand nach Honeckers Sturz am 18. Oktober nicht, sondern sie wuchs sogar noch. Die neue Regierung sprach sofort über das Problem und Schabowski zufolge kam sie zu dem Schluss, dass das Regime unter keinen Umständen die Massenauswanderung überleben könne, sondern dass die „Abwanderung“ eine Situation geschaffen habe, gegen die die Regierung vollkommen machtlos sei.²² Infolgedessen begann ein Gespräch über den Entwurf eines liberalen Auswanderungsgesetzes.²³ Am 9. November ließ Schabowski eine der folgenreichsten diplomatischen Bomben in der deutschen Geschichte platzen. Er erklärte, dass tatsächlich sofort alle ostdeutschen Bürger*innen das Land ohne besondere Genehmigung verlassen dürften. „Abwanderung“ hatte aus dem kommunistischen Rettungsring, dem „Eisernen Vorhang“, eine Farce gemacht.

Den Willen zur Veränderung bekunden: Die Rolle des „Widerspruchs“

Zwar war die Macht der „Abwanderung“ ganz sicher entscheidend dafür, dass das SED-Regime auf die Knie gezwungen wurde, jedoch wird eine monokausale Erklärung dem komplexen Druck, der von „unten“ kam, wohl nicht gerecht. Claus Offes und Jürgen Habermas' Behauptung, 1989 sei eine „Abwanderungs-Revolution“ und keine „Widerspruchsrevolution“²⁴ gewesen, hat sicherlich das Verdienst, dass sie die Aufmerksamkeit auf die überwältigenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Auswanderungswellen gelenkt hat, doch ihre Argumente sind unbefriedigend, wenn sie den Anspruch erheben, die ausschließlichen Ursachen zu nennen.

Die Macht von „Abwanderung“ muss im Zusammenhang mit ihrer Kombination mit „Widerspruch“ gesehen werden. „Abwanderung“ und „Widerspruch“ verstärkten einander. Albert O. Hirschmann, der anfänglich „private Abwanderung“ und „öffentlichen Widerspruch“ als Kräfte dargestellt hatte, die einander oft untergraben („Auswanderung-Widerspruch-Wippe“), stellt später den ostdeutschen Kampf

¹⁶ *Neues Deutschland*, 12. Oktober 1989, S.1.

¹⁷ Honecker zitiert in: Ronge, S.41.

¹⁸ Krenz zitiert nach Bahrman und Links, S.36.

¹⁹ Egon Krenz, S. 13,29,61, 161, Günter Schabowski, 1990, S.62, 90 und Schabowski, 1991, S. 118,256.

²⁰ Schabowski, 1990, S. 68 und 1991, S. 234f.

²¹ Krenz, S. 166.

²² Schabowski, 1990, S. 62 und 1991, S. 305.

²³ Vgl. Schabowski, 1990, S. 134-40.

²⁴ Jürgen Habermas, „Die Normativen Defizite der Vereinigung“, 1990, S. 54-58.

als eine folgenschwere Konstellation dar, bei der zwei Protestformen Hand in Hand miteinander wirkten.²⁵ Sogar Jürgen Habermas relativiert seine Behauptung über den Vorrang von „Abwanderung“ vor „Widerspruch“ und gibt zu: „... der Anwesenheit großer Massen, die sich auf Plätzen versammelten, und den Demonstrationen auf den Straßen gelang es erstaunlicherweise, das bis an die Zähne bewaffnete Regime zu entmachten.“²⁶

Ebenso wie die Auswanderungen nahmen Größe und Häufigkeit der Demonstrationen innerhalb kurzer Zeit stark zu. Mit wenigen Ausnahmen gab es bis zum Betrug bei den Kommunalwahlen im Mai 1989 keine Demonstrationen der Bevölkerung gegen das ostdeutsche Regime. Erst dieser Betrug löste eine erste, wenn auch noch bescheidene Protestwelle aus. Von September an nahmen Größe und Häufigkeit der Demonstrationen zu. Innerhalb weniger Wochen stieg die Anzahl der Teilnehmer*innen an den Protesten von Dutzenden auf Hunderte, Tausende, Zehntausende und schließlich auf Hunderttausende. Die Zunahme der in hohem Grad symbolischen Proteste, die sich an jeden Montagsgottesdienst in der Leipziger Nikolaikirche anschlossen, spiegelt diese Entwicklung überaus deutlich wider.

Alle ostdeutschen Städte erlebten irgendeine Form von Äußerungen allgemeiner Unzufriedenheit. Eine überwältigende Anzahl von Demonstrationen verlief gewaltfrei. Die Disziplin der Gewaltfreiheit wurde so streng eingehalten, dass brennende Kerzen, die ursprünglich nur zur Versicherung dienen sollten, man werde am Prinzip der Gewaltfreiheit unbedingt festhalten, zu einem allgemeinen Symbol des Widerstandes gegen das Regime wurden.

Für die Macht des „Widerspruchs“ ist bezeichnend, dass die größten und lautstärksten Proteste der Bevölkerung unmittelbar vor jeder wichtigen Entscheidung des Politbüros stattfanden. Am 16. Oktober demonstrierten in Leipzig 120.000 Menschen und weitere Tausende demonstrierten in Dresden, Magdeburg, Halle und Ostberlin. Der Druck war so stark, dass ein Beamter der SED, der Bürgermeister von Dresden, sich mit Vertreter*innen der Demonstrant*innen traf. Zwei Tage darauf wurde Ostdeutschlands berüchtigter Langzeit-Autokrat Erich Honecker gezwungen, von all seinen Ämtern zurückzutreten. Am 23. Oktober waren es in Leipzig 300.000 Demonstrant*innen und eine Woche drauf gingen in vielen Städten 400.000 auf die Straße. Noch in derselben Woche wurden fast alle übrig gebliebenen Hardliner im Politbüro aus ihren Ämtern entlassen. Am 4. November fand in Ostberlin die größte Demonstration statt, die jemals in Ostdeutschland stattgefunden hatte: Es waren mehr als eine halbe Million Teilnehmer*innen. Am Tag darauf versammelten sich eine fast ebenso große Anzahl Protestierende in Leipzig. In den folgenden Tagen traten die Regierung und das Politbüro geschlossen zurück und am 9. November war die SED-Führung gezwungen, alle Grenzen zur kapitalistischen Welt bedingungslos zu öffnen.

²⁵ Hirschmann, 1970, p. 43 und 1993, pp. 173-202.

²⁶ Habermas, "The Rectifying Revolution," p. 7.

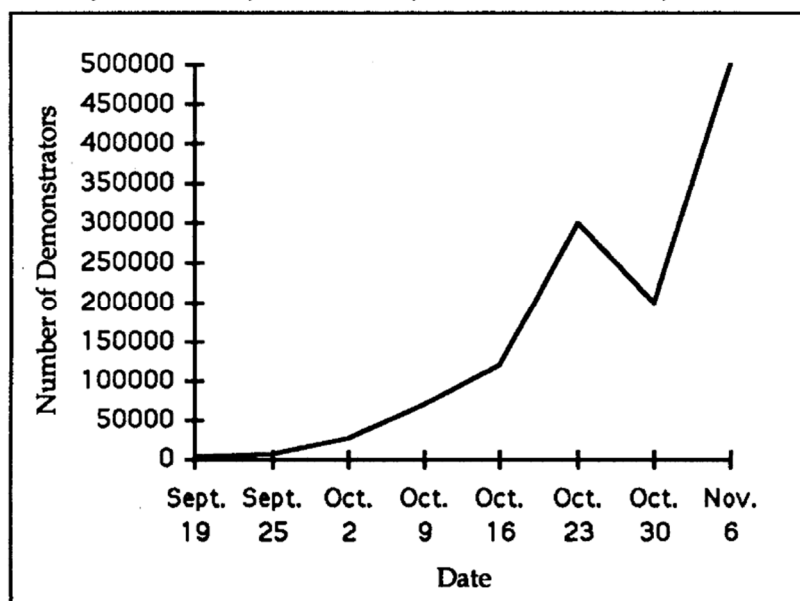


Abbildung 2

Größenzuwachs der Montagsdemonstrationen in Leipzig, September 19 - November 6, 1989.

Quelle: Vgl. Anhang (Chronologie der ostdeutschen Revolution)

Freiwillige Knechtschaft und die Macht des Handelns

Einige theoretische Überlegungen

Strukturen protestieren nicht auf den Straßen

[Inscription auf einer Tafel in einem Vorlesungssaal der Sorbonne im Mai 1968]²⁷

Die destabilisierende Wirkung, die diese sich an „Abwanderung“ und „Widerspruch“ orientierenden Formen des gewaltfreien Protests auf die oppressive politische Leitungsstruktur hatte, bestätigt eindeutig la Boéties Hauptthese über das Wesen der Macht, wie er es am Anfang des *Discours* darstellt. Zwar werden la Boéties Feststellungen häufig nicht ausdrücklich genannt, doch sie stellen den wesentlichen begrifflichen Rahmen für viele spätere und bekannter gewordene Ausarbeitungen des Themas bereit. Alle, die auf die eine oder andere Weise über zivilen Ungehorsam geschrieben haben, von Henry David Thoreau, Leo Tolstoi, Benjamin Tucker, Mohandas Gandhi, Gustav Landauer und Martin Luther King bis zu Vaclav Havel und Aung San Suu Kyi haben sich entweder direkt auf de la Boéties *Discours* bezogen oder, wenn sie das nicht getan haben, sollten sie wenigstens im Zusammenhang mit seinen Erkenntnissen verstanden werden. Versuche, die strategische Dimension der gewaltfreien Aktion systematisch zu bewerten, gehen wenigstens bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts zurück,²⁸ doch erst mit dem Erscheinen von Gene Sharps *The Politics of Nonviolent Action*²⁹ entstand eine vertiefte interkulturelle Analyse des Themas. Noch zwei Jahrzehnte nach seinem Erscheinen bietet Sharps Rahmen wichtige Hinweise auf die Dynamik zwischen Herrschaft und Widerstand.

Die Auflösung Ostdeutschlands veranschaulicht Sharps Prämisse, dass gewaltfreier Kampf eine

²⁷ Zitiert in Didier Eribon, 1989, p. 223: "Les structures ne descendent pas dans la rue." „Die Strukturen steigen nicht in die Straßen hinab.“

²⁸ Clarence Marsh Case, 1923 und Richard B. Gregg 1935.

²⁹ Gene Sharp, 1973.

politische Technik ist, die es verdient, für sich allein genommen, erlernt und verstanden zu werden.³⁰ Er weist die Definition von Macht als etwas, das von oben ausgeübt wird, zurück und schließt sich der Definition in de la Boéties *Discours* an. Er siedelt Macht in der Beziehung zwischen Herrscher und Beherrschten an. Daher definiert Sharp politische Macht als „... die Fähigkeit, in politischer Hinsicht Kontrolle über das Verhalten anderer auszuüben“.³¹ Er argumentiert, dass ihre Ausübung von der Interaktion (unter anderem) von den folgenden äußeren Quellen abhängt: Der natürlichen Autorität des Herrschers (Max Weber nennt das die charismatische Quelle der Macht), den Sanktionen, die ihm zur Verfügung stehen, der Kontrolle über materielle und menschliche Ressourcen und einer gewissen Anzahl unwägbarer Faktoren, die sich von Situation zu Situation unterscheiden.³²

Aus diesen Quellen und nicht durch gewaltsamen Zwang wird Macht geschaffen. Sharp stellt infolgedessen Macht-Beziehungen als zweiseitige Interaktionen zwischen Befehl und Gehorsam dar. Da kein Befehl ohne Gehorsam der Bevölkerung ausgeführt werden kann, hängt das Überleben der Regierung von der Unterstützung durch die Bevölkerung ab und von deren Furcht vor möglichen künftigen Sanktionen der Regierung (mehr als von den Sanktionen an sich). Die ostdeutsche Bevölkerung hat ihre Kraft dadurch bewiesen, dass es ihr gelang, den Regierenden die auf Zustimmung und Furcht basierende Machtgrundlage unter den Füßen wegzuziehen.

Diese Einsicht war in Ostdeutschland nicht völlig unbekannt. Die Entscheidung, den Kampf gegen die SED-Herrschaft gewaltfrei zu führen, wurde nicht einfach aus Mangel an etwas Besserem getroffen. Deppe, Dubiel und Rödel legen überzeugend dar, dass die Entscheidung, gewaltfreie Mittel einzusetzen, wozu fast alle Bürger*innenbewegungen immer wieder aufriefen, nicht nur auf moralisch-ethischer Grundlage erfolgte (d. h. die Dialektik der Gewalt durchbrechen), sondern dass diese Entscheidung auch das Ergebnis der freiwilligen Wahl einer Strategie war.³³ Indem die ostdeutschen Bürger*innen „Abwanderung“ und „Widerspruch“ als Formen gewaltfreien Protests einsetzten, sprachen sie Honecker ab, eine charismatische Quelle der Macht zu besitzen, beraubten die Sanktionen des Regimes ihrer Stärke und, was am wichtigsten war, untergruben die lebenswichtige Kontrolle der SED über menschliche und materielle Ressourcen.

Diese Formen des gewaltfreien Kampfes waren am intensivsten – so vermutet Doug Bond in überzeugender Weise –, als die Drohung der gewaltfreien Aktion dadurch gestärkt wurde, dass die Aktivist*innen beweisen, dass sie die Kontrolle über die Ressourcen besitzen.³⁴ Wochenlange Massenproteste erwiesen die Fähigkeit der Aktivist*innen, über (menschliche) Ressourcen zu bestimmen, während der Arbeitskräftemangel, den die Massenabwanderung bewirkte, das Funktionieren des Landes ernstlich störte. Als dieser Beweis der Macht, menschliche und materielle Ressourcen zu kontrollieren, durch die Drohung der Aktivist*innen mit einem Generalstreik ergänzt wurde, war der Druck auf die Führung auf seinem Höhepunkt, erinnert sich Günter Schabowski, ein wichtiges Mitglied des Politbüros.³⁵

Gewalt-Aktionen hätten nicht dieselbe Wirkung ausüben können, nicht nur weil die Aktivist*innen gegenüber dem oppressiven Regime hinsichtlich der Gewaltmittel im Nachteil gewesen wären, sondern auch, und das in erster Linie, weil gewaltsame Widerstandsmethoden nicht die oben genannten Machtquellen, auf denen die vorhandenen Gesellschaftsstrukturen gründen, hätten anzapfen können.³⁶

³⁰ Gene Sharp, 1990, p. 1.

³¹ Gene Sharp, 1990, p. 1.

³² *Ibid.*, pp. 10-16.

³³ Deppe, Dubiel und Rödel, S. 9. Das *Neue Forum* und einige andere Bürger*innenbewegungen betonen die Bedeutsamkeit davon, dass gewaltfreie Disziplin streng eingehalten wird. Vgl. Bahrmann und Links, S. 12 und Gerhard Rein, [„Appell zur Gewaltlosigkeit“] S. 170f.

³⁴ Doug Bond, 1994. Da die Ausgaben noch nicht zur Verfügung stehen, können bei den Hinweisen auf diese Artikel keine Seitenzahlen genannt werden.

³⁵ Schabowski, 1990, S. 141.

³⁶ Die Interaktion zwischen gewaltsamen und gewaltfreien Formen des Kampfes ist ein komplexes Thema. Da der

Bonds begriffliche Unterscheidung zwischen direkter und politischer Aktion kann dazu beitragen, einen anderen Hauptaspekt der ostdeutschen Revolution zu beleuchten.³⁷ Eine gewaltfreie Aktion ist immer direkt, weil sie angewandt wird, wenn offizielle und legitime Kanäle für politische Aktionen – z. B. Wahlen, Referenden, Petitionen und Lobbying – entweder nicht existieren oder als unzureichend für die Lösung des infrage stehenden Konflikts angesehen werden.

In Ostdeutschland bedeutete die Teilnahme an politischen Handlungen, z. B. die Teilnahme an (eingeschränkten, kontrollierten und manipulierten) Wahlen die Annahme des Unterdrückungssystems und gewissermaßen eine Anerkennung seiner Legitimität. Da der politische Prozess in Ostdeutschland ganz und gar von der autokratischen Leitung kontrolliert wurde, stellten politische Aktionen das System niemals infrage. Was dabei herauskam, wurde, so Bond,³⁸ von den Rahmenbedingungen der vorhandenen Machtbeziehungen vorgeschrieben, in denen ganz gewiss keine legalen Mittel vorgesehen waren, die eine Bedrohung für den Status quo hätten sein können.

Im Gegensatz dazu bedeutete die Beteiligung an direkten Aktionen, z. B. auf die Straße gehen und protestieren oder das Land illegal verlassen, dem System die Annahme der vorhandenen Regeln und Rahmenbedingungen zu verweigern, und das war ein direkter Angriff auf die Legitimität des Systems. Der Beginn solcher Aktionen war einseitig und hing nicht von der zuvor erteilten Genehmigung durch das SED-Regime ab. Besonders wichtig ist, dass das Ergebnis solcher Aktionen nicht durch die Grenzen vorhandener Gesetzesnormen festgelegt war, sondern dass es vollkommen offen war und nur von der entfesselten Machtdynamik zwischen den beiden am Konflikt beteiligten Parteien abhing.

In einer solchen Situation kann ein gewaltfreier Kampf die Form eines ultimativen Volks-Referendums annehmen. Er ist, sozusagen, die Stimme des Volkes gegen den von der Elite beherrschten Legitimationsprozess. Ob allerdings dieser Widerspruch am Ende – wie in Ostdeutschland – Erfolg haben wird und ob der Mehrheitswille immer mehr Gerechtigkeit und Gleichheit hervorbringen wird, sind natürlich völlig andere Fragen. In einem der Slogans bei Demonstrationen wird es vielsagend ausgedrückt: „... Die Macht geht vom Volke aus – aber worauf wird sie rauslaufen?“³⁹

An dieser Stelle ist es nur wichtig hervorzuheben, dass gewaltfreie direkte Aktion möglicherweise die Wirkung einer radikal auflösenden Veränderung hat und dass diese Veränderung die Tendenz hat, zu demokratischen politischen Strukturen zu führen.⁴⁰ Die Ereignisse in Ostdeutschland stellen also deterministische strukturfunktionalistische Erklärungen infrage, die den Vorteil der Rückschau nutzen, um die Ereignisse so darzustellen, als wäre keine andere Entwicklung möglich gewesen. Strukturanalysen sind auf vielerlei Weise nützlich und ich will sie in späteren Teilen dieser Arbeit anwenden. Doch Strukturen können uns nicht mit allen Anhaltspunkten für die Augenblicke versehen, in denen menschliches Handeln den Lauf der Geschichte gestalten kann. Tatsächlich gehen Strukturen nicht auf die Straße, womit sie ein oppressives System herausfordern würden oder, wie Max Horkheimer und Theodor Adorno es ausdrücken:

„... das Prinzip der Immanenz, der Erklärung jedes Geschehens als Wiederholung, das die Aufklärung wider die mythische Einbildungskraft vertritt, ist das des Mythos selber.“⁴¹

Leider hat der Fall Ostdeutschland gezeigt, dass die Volksermächtigung durch gewaltfreien Kampf zyklisch und nicht linear auftritt und dass ihre Verwirklichung von vielen zusätzlichen Faktoren abhängt.

Gewaltfreie direkte Aktion konnte ihre wahre Macht nur während eines Zeitabschnitts, den man ein

ostdeutsche Widerstand in einer überwältigend gewaltfreien Form ausgeführt wurde, will ich davon absehen, dieses Thema zu verfolgen. Weitere Analysen finden sich z. B. in Adam Roberts 1991 und William Vogeles, 1992.

³⁷ Bond, "Introduction." Vgl. Anm. 34.

³⁸ Bond, "Introduction." Vgl. Anm. 34.

³⁹ Edwald Lang, 1990, S. 20.

⁴⁰ Bond, "Introduction." Vgl. Anm. 34.

⁴¹ Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, 1969, S. 18.

„Fenster der Gelegenheit“ nennen könnte, entfalten. Das geschah während einer kurzen Zeit im Herbst und Frühwinter 1989. In diesen wenigen Wochen kam eine große Anzahl außen- und innenpolitischer Umstände zusammen und das ermöglichte, dass die Handlungskraft die alten despotischen Strukturen niederreißen konnte. Doch noch bevor die Berliner Mauer ganz und gar fiel, wurde das „Fenster der Gelegenheit“ geschlossen. Politische Eliten übernahmen die Macht wieder von denen in den Straßen und trugen sie in die langen und gewundenen Korridore der Bürokratie. Zwar war der Kontext der wiederauftauchenden Elite-Politik bemerkenswert demokratischer, als sie zuvor gewesen war, doch viele Bürger*innen wurden das Gefühl nicht los, dass dem Volk die Revolution gestohlen worden war.

Wir erinnern uns an Jean-Jacques Rousseaus Warnung: Wahre Demokratie gestattet keine Vertretung. Die Wortführer*innen der verschiedenen Bürger*innenbewegungen hielten viele Gespräche am Runden Tisch darüber ab, wie die ostdeutsche Identität bewahrt werden könne, lange nachdem die meisten Ostdeutschen nichts anderes als den westlichen Kapitalismus haben wollten, und zwar so schnell wie möglich. Schon zu Beginn 1990 hatten sich die Rufe bei Demonstrationen von „Wir sind das Volk!“ in „Wir sind *ein* Volk“ verändert. Das Vereinigungsfieber hatte die Nation ergriffen.⁴²

Dieser weithin gewünschte Vereinigungsprozess fand statt, doch ohne direkten Einfluss von unten, ganz zu schweigen von irgendeiner Art von Beratung mit der Bevölkerung. Prozess, Form und Zeitplanung der Vereinigung wurden weitgehend vom Wirtschaftsgesichtspunkt, teilweise von der Politik und vor allem von der Inszenierung der Elite aus Westdeutschland bestimmt. Die Tatsache, dass sich die Verfassungsregelungen, die zur Einheit führten, auf Artikel 23 des westdeutschen Grundgesetzes gründeten, legen nahe, dass der Ausdruck „Anschluss“ die Ereignisse sehr viel besser kennzeichnet als „Wiedervereinigung“. Weder die ost- noch die westdeutsche Bevölkerung hatte jemals Gelegenheit, diese Bedingungen in einem Referendum entweder zu bestätigen oder abzulehnen. Viele bekannte Kommentator*innen und noch mehr „normale“ Bürger*innen beklagten und kritisierten diese und weitere „normative Defizite“ (Habermas) der Vereinigung.⁴³

Diese zyklische und dialektische Interaktion zwischen der Politik der Eliten und der Macht des Volkes legt nahe, dass eine Theorie, die auf dualistischen Widersprüchen zwischen Unterdrückern und Unterdrückten beruht, wie sie von de la Boétie vertreten wird, das Wesen der Machtbeziehungen in einem entscheidenden, aber flüchtigen Augenblick erfassen kann. Außerhalb dieses „Fensters der Gelegenheit“ sind soziale Dynamiken sehr viel subtiler. Der Zusammenbruch des ostdeutschen autoritären Regierungssystems ist ein viel zu komplexes Ereignis, als dass es ganz durch eine Theorie über Mechanismen der Veränderung oder durch irgendeine Metaerzählung beurteilt werden könnte. Michel Foucault traf den Nagel auf den Kopf, als er Macht als ein vielschichtiges, verwobenes und differenziertes Phänomen darstellte. Er schreibt: „Die Macht kommt von unten“ (le pouvoir vient d'en bas)⁴⁴. Damit unterstützt er die Schlüsseleinsicht, die de la Boétie, Thoreau, Sharp, Bond und andere vertreten. Doch Foucault fügt unmittelbar hinzu: „Im Prinzip der Machtbeziehungen und als allgemeine Matrix gibt es keinen binären und globalen Gegensatz zwischen Herrschern und Beherrschten, bei dem sich diese Dualität von oben nach unten und auf immer kleinere Gruppen bis in die Tiefen des sozialen Körpers auswirken würde. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die vielfältigen Machtverhältnisse, die in den Produktionsapparaten, Familien, Kleingruppen und Institutionen entstehen und sich dort abspielen, die Grundlage für breite Spaltungseffekte bilden, die den gesamten Sozialkörper durchdringen.“⁴⁵

⁴² Glaebner, 1991, S. 89-94, H. Knabe 1989 und Uwe Thaysen, 1990.

⁴³ Wolfgang Engler, 1991; Günter Grass, 1990; Antonia Grunenberg, 1990; Habermas, „Die normativen Defizite der Vereinigung“, Jens Motschmann, 1991 und Claus Offe, 1991.

⁴⁴ Michel Foucault, 1976, p. 124.

⁴⁵ Foucault, 1976, p. 124: ". . . il n'y a pas, au principe des relations de pouvoir, et, comme matrice général, une opposition binaire, et globale entre les dominateurs et les dominés, cette dualité se répercutant de haut en bas, et sur des groupes de plus en plus restreints jusque dans les profondeurs du corps social. Il faut plutôt supposer que les rapports de force multiples qui so foment et jouent dans les appareils de production, les familles, les groupes restraints, les institutions, servent de supports à de larges effets de clivage qui parcourent l'ensemble du corps social." Die ausführlichste Darstellung dieses vielschichtigen

Im nächsten Kapitel werde ich versuchen, einige dieser vielfältigen Machtverhältnisse zu erörtern und einige der besonderen Umstände darzustellen, die ermöglichten, dass direkte Aktion in Ostdeutschland entstand und ihre Kraft entfaltete.

Begriffs von Macht findet sich in Michel Foucault, 1975). [eigene Übersetzung IvH]

3. Die Vermittlung des Gewaltfreien Kampfes: Komplexe Machtverhältnisse und die Konstruktion der hegemonialen Zustimmung

Der Mensch ist frei geboren, doch überall ist er in Ketten.

Jean-Jacques Rousseau⁴⁶

Wenn die Ostdeutschen immer die Macht besessen haben, ihre tyrannischen Herrscher zu stürzen, warum haben sie dann vier Jahrzehnte gewartet, ehe sie es getan haben? In diesem Kapitel gebe ich gewiss nicht vor, alle möglichen Antworten auf diese Rätselfrage nach Entwicklung und Durchsetzung der Zustimmung zu Herrschaft zu geben. Ich werde nur versuchen, zwei Themengebiete zu bestimmen, auf denen mögliche Erklärungen zu finden sind: 1) die Komplexität der innenpolitisch, zwischennational und international bedingten Machtbeziehungen und 2) das Ringen um einvernehmliche Herrschaft in der Interaktion zwischen Zivilgesellschaft und Staat.

Die vielfältigen Gesichter der SED-Machtbasis

Sie tranken heimlich Wein/ Und predigten öffentlich Wasser. Heinrich Heine⁴⁷

Zweifellos hingen die Herausforderungen des SED-Regimes direkt mit der allgemeinen Krise des autoritären Marxismus-Leninismus in Europa zusammen. Viele Analytiker*innen betrachten die Veränderungen in Moskaus Außenpolitik als einen bedeutsamen, wenn nicht überhaupt als den Schlüsselfaktor bei der deutschen Revolution von 1989.⁴⁸ Auch Honecker selbst, als er in Chile im Exil war, gab Gorbatschows revisionistischer Politik die ganze Schuld am Zusammenbruch des ostdeutschen Kommunismus.⁴⁹

Ein Blick zurück in die Geschichte von Herrschaft und Widerstand erhellt den Zusammenhang zwischen dem Überleben der ostdeutschen autoritären Regierung und der Zugehörigkeit des Landes zum von den Sowjets angeführten Allianz-System. Ohne das Eingreifen sowjetischer Truppen hätte vielleicht der Aufstand im Juni 1953 schon zum Sturz des SED-Regimes geführt. Dasselbe kann von den Revolten in benachbarten Ländern gegen ihre autoritären Regierungen gesagt werden: Ungarn 1956, Tschechoslowakei 1968. Die geopolitische und symbolische Bedeutsamkeit Ostdeutschlands für den kommunistischen Block hatte wesentlichen Einfluss auf die Machtbeziehungen im Inland. Das blieb so, wie das globale System von ideologischer Spaltung und bipolarer Machtstruktur beherrscht wurde.

Michail Gorbatschows Einführung des „neuen Denkens“, besonders die explizite Anerkennung, dass jede Nation das Recht habe, über ihre eigene Politik zu bestimmen⁵⁰, bedeutete, dass das SED-Regime nicht mehr auf Moskaus (militärische) Unterstützung bei der Unterdrückung des Widerstandes der Bevölkerung rechnen konnte. Das Ende der Breschnew-Doktrin, der allmähliche Niedergang der

⁴⁶ Jean-Jacques Rousseau, 1966/1762): "L'homme est né libre, mais partout il est dans les fers."

⁴⁷ Die Redewendung stammt aus Heinrich Heines Versepos *Deutschland. Ein Wintermärchen*:

Sie sang das alte Entsagungslid,/Das Eiapopeia vom Himmel,

Womit man einlullt, wenn es greint,/Das Volk, den großen Lümmel.

Ich kenne die Weise, ich kenne den Text,/Ich kenn auch die Herren Verfasser;

Ich weiß, sie tranken heimlich Wein/ Und predigten öffentlich Wasser.

⁴⁸ Dahrendorf, 1990, S. 17, Deppe, Dubiel und Rödel, 1991, S. 10, Glaeßner, 1991, S. 25, Jesse, 1990, S. 55 und Kumar, 1992, S. 322.

⁴⁹ Honeckers diesbezügliche Äußerung wurde am 17. Januar 1993 um 20.00 Uhr in der ARD wiedergegeben.

⁵⁰ Michail Sergejewitsch Gorbatschow, 1987, S. 230-33.

Sowjetunion und die sich daraus ergebende Auflösung des Systems des Kalten Krieges änderten die Machtbeziehungen innerhalb Ostdeutschlands auf wenigstens zwei Weisen grundlegend. Erstens ermöglichte diese Veränderung, dass die soziale Dynamik einen Lauf nehmen konnte, der frei war von durch die Sowjetunion auferlegten geopolitischen Zwängen und ideologischen Interessen. Zweitens machte sie den „Eisernen Vorhang“ durchlässig und schuf damit die Voraussetzung für die Entfaltung der Fähigkeit der „Abwanderung“ zur Transformation.

Die Teilung der deutschen Nation war ein weiterer starker Einflussfaktor, der von außen auf die Machtbeziehungen in Ostdeutschland wirkte.

Die ethnische Verbundenheit und der erbitterte ideologische Wettbewerb zwischen zwei politisch unterschiedlichen „Deutschlands“ verbanden untrennbar und wechselseitig ihre politische und soziale Dynamik. Viele Aspekte des Widerstands in Ostdeutschland müssen im Kontext der innerdeutschen Dynamik verstanden werden. Zum Beispiel hätte die Macht der „Abwanderung“ nicht entstehen können, wenn Westdeutschland wirtschaftlich nicht so anziehend gewesen wäre und wenn seine in der Verfassung festgelegte Politik ostdeutschen Flüchtlingen nicht das Bürger*innenrecht garantiert hätte. Ulrich Beck erfasst diesen intranationalen Einfluss genau, indem er schreibt: „... Polen ohne Kommunismus ist immer noch Polen. Doch Ostdeutschland ohne Kommunismus ist die Bundesrepublik Deutschland.“⁵¹ Außer, dass intranationale Aspekte die „Abwanderung“ anregten, waren sie hinsichtlich der gegenseitigen Durchdringung von Informations- und Propagandaquellen zwischen den beiden deutschen Staaten hoch bedeutsam. Dieses Phänomen wird im folgenden Kapitel analysiert. Es war entscheidend bei der Unterwanderung der Versuche der SED, ihre autoritäre Herrschaft zu legitimieren und aufrechtzuerhalten.

Die innenpolitische Szene macht das äußerst komplexe Bild der Machtbeziehungen sichtbar. Allein ein Bericht über den Machtkampf im Politbüro und seine Auswirkungen auf den Sturz des SED-Regimes könnte Bände füllen. Zum Beispiel konnte die SED-Kommandostruktur der 1980er Jahre als dreiseitig aufgefasst werden: Sie bestand aus Erich Honecker, Günter Mittag und Erich Mielke. Doch Honecker hatte die Schlüsselrolle eine so lange Zeit über inne, dass das Funktionieren des Systems in beträchtlichem Maße von seiner Persönlichkeit abhing. Das Politbüro war deshalb völlig gelähmt, als er ernstlich krank und infolgedessen abwesend war, gerade als der Druck der Bevölkerung zu Veränderungen äußerst stark zunahm.

Die innenpolitischen Machtbeziehungen waren auch durch das System an Privilegien bedingt, in das die autoritäre Befehlsstruktur Ostdeutschlands eingebettet war. Privilegien standen nicht nur den Mitgliedern des Politbüros zur Verfügung – sie hatten Zugang zu einem großen Angebot westlicher Konsumgüter und lebten in gut ausgestatteten und abgeschirmten „Festungen“, zuerst in Pankow und von 1960 an in Wandlitz, nördlich von Berlin. Das Belohnungsprinzip erreichte einen viel größeren Bevölkerungskreis.

In erster Linie wurden Menschen durch die *Stasi*, den Staatssicherheitsdienst (das entsprechende Ministerium), ins Boot geholt und in die Maschinerie des oppressiven Staatssystems hineingezogen. Neben den 86.000 Vollbeschäftigten der *Stasi* arbeiteten nach Schätzungen nahezu zehn Prozent der Bevölkerung auf die eine oder andere Weise für die Agentur, die für „subversiv“ gehaltene Ostdeutsche überwachte.⁵² Zwar legt die Auswertung der diesbezüglichen geheimen Dokumente den Gedanken nahe, dass Augen und Ohren der *Stasi* nicht so allgegenwärtig waren, wie ursprünglich angenommen,⁵³ doch weitreichend war die Wirkung der Organisation durchaus.

Ein wesentlicher Teil der Bevölkerung hatte Gründe, den Status quo beibehalten zu wollen, denn

⁵¹ Ulrich Beck, 1991, S. 24f.

⁵² Ursula Jaekel, 1989, S. 140,145 und Tilmann Moser, 1992, S. 56. Enthüllungen und Analysen der *Stasi* gehören zu der sensationslüsternsten und in großem Umfang verfügbaren Art der Literatur über Ostdeutschland, sieh. z. B. Rainer Eppelmann, 1992, Erich Loest, 1991 und Hans Joachim Schädlich 1992.

⁵³ Die überregionale Schweizer Tageszeitung aus Zürich, der *Tages-Anzeiger (TA)*, 27. Januar 1993, S. 3.

entweder zogen diese Personen aus dem Unterdrückungssystem persönlichen Nutzen oder sie hingen auf die eine oder andere Weise davon ab. Stasiinformant*innen wurden entsprechend der Brauchbarkeit des Materials, das sie lieferten, bezahlt. Wenn ein*e Informant*in finanzielle oder andere Probleme hatte, sprang die *Stasi* unmittelbar ein und half großzügig. Damit bot sie eine Art Sicherheitsnetz. Diese Informant*innen gemeinsam mit der Nomenklatura, der Polizei, der Armee, der Feuerwehr, der Justiz, den Postbeamten*innen und all ihren Familien und Freund*innen und vielen mehr bildeten ein bedeutendes Netz an Personen, die aus der bestehenden autoritären Herrschaft Gewinn zogen. Nichtzusammenarbeit konnte im Gegensatz dazu leicht zu höchst folgenschweren Nachteilen für den Einzelnen und seine Familie führen.

Dieses System von Lohn und Strafe gab es auf allen Gesellschaftsebenen und in allen Gegenden Ostdeutschlands. Daraus entstanden viele Untersysteme und Unteruntersysteme von Machtbeziehungen. Diese erhielten die tyrannische Gesellschaftsstruktur aufrecht. Arthur Meier bezieht sich auf Max Webers Vorstellung der Ständegesellschaft und führt den Zusammenbruch des ostdeutschen Kommunismus auf die Überalterung des Systems von Privilegien und Benachteiligungen zurück.⁵⁴ Ein Blick auf den Begriff Zivilgesellschaft kann erkennen lassen, wie der gewaltfreie Kampf der anachronistischen und ausbeuterischen Gesellschaftsstruktur den Todesstoß versetzen konnte.

Die Zivilgesellschaft gegen die Übergriffe des Staates verteidigen

Die Entstehung und der Erfolg des gewaltfreien Widerstands in Ostdeutschland ist direkt wenigstens mit zwei Dingen verbunden: der Fähigkeit der Zivilgesellschaft, sich gegen Übergriffe des Staates zu verteidigen, und dem Kampf um Vorherrschaft innerhalb der Zivilgesellschaft.

Diese Dichotomie zwischen Zivilgesellschaft und Staat wird hier im Sinn von Antonio Gramscis theoretischem Rahmen verstanden. Der Staat, der die Sphäre des Zwangs ist, enthält u. a. die Elemente Polizei, Armee und Bürokratie. Die Zivilgesellschaft ist die Sphäre der Zustimmung. Hier stehen einander widersprechende Meinungen im Wettbewerb um die Vormachtstellung gegenüber, kurz gesagt: die nicht wirtschaftlichen Aspekte der Gesellschaft, die der direkten Kontrolle durch den Staat entgehen.⁵⁵

Die Grenzen zwischen Staat und Zivilgesellschaft sind immer fließend. Je nach dem Grad der direkten Staatskontrolle können Institutionen wie Gewerkschaften, Medien, religiöse Organisationen, Schulen und Universitäten entweder zum Propaganda- und Unterdrückungsapparat des Staates gehören oder zum pluralistischen Kampf um Vorherrschaft innerhalb der Zivilgesellschaft.

Viele Analytiker*innen stellen den Kampf gegen Unterdrückung in Ostberlin als einen Kampf zwischen Zivilgesellschaft und Staat dar. Helmut Dubiel spricht von einer Rebellion gegen die Aneignung des öffentlichen Raums durch eine Kaste von „Ideokraten“, wie er sie treffend nennt.⁵⁶ Ralf Dahrendorf spricht von der Niederlage aller (vom Staat beherrschten) Systeme, die dem Begriff von Poppers „offener Gesellschaft“ entgegen sind.⁵⁷ Schon Jahre vor der ostdeutschen Revolution lenkte Andrew Arato die Aufmerksamkeit auf die Bedeutsamkeit der Zivilgesellschaft im Kampf gegen autoritäre kommunistische Regime in Osteuropa. Diesen Ansatz bringen neuere Essays auf den neuesten Stand, z.

⁵⁴ Artur Meier, 1991, S. 29-31 und Artur Meier, 1990, 16-17 (April 1990): 3-14.

⁵⁵ Der größte Teil von Gramscis Ideen steht in Notizbüchern und Briefen, die er zwischen seiner Gefangenschaft 1928 und seinem Tod 1937 in den Gefängnissen des faschistischen Italiens schrieb. In den Begriffen Herrschaft, Zivilgesellschaft und Staat sind Widersprüche enthalten, z. T. sind sie dem Gebrauch einer wegen der Zensur verdeckten Ausdrucksweise zuzuschreiben. Vgl. Perry Anderson, 1976/77. Im vollen Bewusstsein, dass es eine zu starke Vereinfachung der komplexen Interaktion zwischen der Sphäre des Zwangs und der der Übereinstimmung darstellt, beschränke ich mich in meiner Analyse auf eines der Modelle, die Gramsci anbietet: den Gegensatz zwischen „Staat“ und „Zivilgesellschaft“. Ich klammere die dritte Komponente „Wirtschaft“ aus.

⁵⁶ Helmut Dubiel, 1990.

⁵⁷ Dahrendorf, 1990.

B. Deppe, Dubiel und Rödels Analyse.⁵⁸

In der machtentfaltenden Dynamik der gewaltfreien direkten Aktion gibt es kein Element, das *per se* nahelegt, dass ihr Funktionieren davon abhängt, dass zuvor eine starke und unabhängige Zivilgesellschaft vorhanden gewesen sei. Doch ein gewisser Raum zum Atmen vor den Übergriffen des Staates ist notwendig, damit regimekritische Meinungen auftauchen und ihren organisierten Ausdruck in Form eines massenhaften Widerspruchs der Bevölkerung finden können. Auf dem begrenzten Raum, den ich hier zur Verfügung habe, kann ich bestenfalls einen allgemeinen Überblick über dieses wichtige Thema geben. Die interessierte Leser*innenschaft verweise ich auf die theoretische und empirische Literatur, in der hervorgehoben wird, wie wichtig das Konzept Gramscis für die Analyse des gewaltfreien Kampfes ist.

Der ostdeutsche Staat ließ nichts unversucht, seine dogmatische und verzerrte Vision von dem, was gewissermaßen paradox *Realsozialismus*⁵⁹ genannt wurde, zwangsweise einzuführen. Weitgehend wurden Zwangsmittel verwendet, um das Überleben des SED-Regimes sicherzustellen. Zu den angewandten Taktiken gehörten Kontrolle und Einschüchterung der Bevölkerung durch gesellschaftliche Infiltrierung durch die *Stasi* und andere repressive Staatselemente. Schul-Curricula und Mediendarstellungen waren ganz und gar auf die politische „Erziehung“ der Massen ausgerichtet. Sie dienten als Werkzeuge zum Ausstreuen der Ideologie, die von der herrschenden Klasse benutzt wurde, um ihre Herrschaft zu rechtfertigen. So gut wie alle inländischen Informationsquellen (Zeitungen, Zeitschriften, Radio, Fernsehen usw.) standen unter der direkten und streng zensierenden Kontrolle des Staatsapparats. Trotz der strengen Durchsetzung und Ausweitung der Sphäre des Zwangs konnte die SED die Sphäre der Zustimmung nicht beseitigen. Zumindest zwei Faktoren untergruben den Versuch des Staates, die Zivilgesellschaft zu vernichten: (1) Die durchlässige Grenze zum Westen. Auf deren Einfluss auf die Entwicklung einer Gegenkultur will ich weiter unten die Aufmerksamkeit lenken und (2) das Vorhandensein institutionalisierter Strukturen, die ein Forum boten, in denen organisierter Dissens auftauchen, sich verbreiten und sich für den Kampf gegen den oppressiven Staat vorbereiten konnte.

Die protestantische Kirche, die die einzige ostdeutsche Massenorganisation war, die dem Staat nicht direkt untergeordnet war, bot ein solches Forum für organisierte Dissidenten-Aktivitäten. Ihre Zeitungen wurden nicht so streng zensiert wie die übrigen Medien, ihre Fotokopiermaschinen standen für die Reproduktion regimekritischer Broschüren zur Verfügung und ihre Pastor*innen und Vertreter*innen gehörten immer zu den freimütigsten Kritiker*innen des Systems. Wenn der Staat versuchte, diese begrenzte Autonomie zu untergraben, verteidigte die Kirche sie gewöhnlich entschlossen. Das dramatischste Beispiel war die protestorientierte Selbstverbrennung des Pastors Oskar Brüsewitz 1976. Es überraschte also nicht, dass die meisten Basis-Protestbewegungen aus kirchlichen Kreisen entstanden. Kircheneinrichtungen dienten auch als Schutzgebiete, z. B. in Dresden am 5. Oktober 1989, als verfolgte Demonstrant*innen in die Annenkirche, die Kreuzkirche und die Kathedrale flohen.⁶⁰

Eine der einflussreichsten Aktivitäten der Kirche war es, eine Plattform für die regelmäßigen Gespräche und den Ausdruck von allgemeinem Dissens zu bieten. Ein Beispiel: Seit 1983 trafen sich jeden Montagnachmittag um fünf Uhr junge Christ*innen in der Leipziger Nikolaikirche zum Friedensgebet. Ursprünglich sollte durch diese Versammlungen die Aufmerksamkeit auf die Absurdität des Wettrüstens mit Atomwaffen gelenkt werden. Dann wurde sie zu einem Forum, auf dem die Versammelten ihre Frustration über den Mangel an Reisefreiheit (z. B. Reise in den Westen) ausdrückten. Seit Frühling 1989

⁵⁸ Andrew Arato, 1981, Deppe, Dubiel und Rödel, 1988. Der eigentliche Ausdruck "*civil society*" (doch nicht der Begriff) ist verhältnismäßig neu in der deutschen Literatur. Manchmal wird er wörtlich als „bürgerliche Gesellschaft“ oder „Zivilgesellschaft“ übersetzt, doch oft wird der englische Ausdruck benutzt. Die beste Bedeutung des Begriffs enthält wahrscheinlich der Ausdruck "Öffentlichkeit". Vgl. Jürgen Habermas' klassische Abhandlung über das Thema: 1991/1962.

⁵⁹ Jahrzehnte zuvor hatte Rudi Dutschke schon zutreffend angemerkt, dass im ostdeutschen Realsozialismus „... alles real war mit Ausnahme des Sozialismus“. Das zitiert Gert Weisskirchen 1991, S. 34.

⁶⁰ Herbert Wagner, 1989, S. 21.

folgte auf die Montagsgebete regelmäßig ein öffentlicher Protest gegen das SED-Regime. Die Anzahl der teilnehmenden Bürger*innen wuchs ständig, und im Herbst gehörten die Montagsdemonstrationen in Leipzig zu den symbolträchtigsten und einflussreichsten Veranstaltungen des organisierten Massen-Dissenses in Ostdeutschland.⁶¹

Die Tatsache, dass die Kirche den wesentlichen Raum zum Atmen vor den Übergriffen des Staates bereithielt, hat nichts mit religiösen oder politischen Ansprüchen zu tun, sondern ergab sich nur aus der ungewöhnlichen Autonomie, die die Kirche im ansonsten erstickend totalitären Staat genoss.⁶² Die Kirche und einige andere, weniger bekannte Foren schufen also das, was oft Ersatzöffentlichkeit genannt wird, in anderen Worten: ein Quasiersatz für eine unabhängige Zivilgesellschaft. Innerhalb dieser mühsam erarbeiteten Sphäre der Zustimmung traten gegensätzliche Meinungen in Wettbewerb miteinander, ohne dass sie durch den Dogmatismus der herrschenden Staatsideologie begrenzt wurden. Das Ergebnis des Kampfes um diese einvernehmliche Vorherrschaft ist eine der bedeutsamsten Vorbedingungen für die Entstehung und erfolgreiche Anwendung des gewaltfreien Widerstandes gegen die SED-Herrschaft.

Die Verbindung zwischen dem Kampf um Vorherrschaft und der Macht der gewaltfreien Aktion

Nur mit Repressivität ist der Staat nicht zu machen. Selbst Honecker war bestrebt, populär zu sein

Günter Schabowski⁶³

Antonio Gramscis bahnbrechende Ideen bewegen sich um einen Hauptstrang: den Begriff der Hegemonie. Hegemonie ist das Vorherrschen einer dominierenden Weltsicht, die sich auf alle Aspekte einer Gesellschaft erstreckt und Bereiche wie Ideologie, Moral, Sprache und Macht umfasst. Hegemonie bildet das, was Michel Foucault ein System der Exklusion nennt: eine explizit und unterbewusst diffuse Gruppe fundamentaler Annahmen, die zu einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort darüber entscheiden, was richtig und falsch, moralisch und unmoralisch, gut und böse, wahr und unwahr ist.⁶⁴

Der Staat spielt mit seinen Zwangs- und Indoktrinationsmitteln eine wichtige Rolle bei der Schaffung von Hegemonie. Gramsci gebraucht den Begriff Hegemonie, um das Verständnis dafür zu erleichtern, wie herrschende Gruppen allgemeine Unterstützung bewirken können, indem sie eine bestimmte Weltanschauung verbreiten, die ihre eigenen Interessen begünstigt. Und doch geschieht es innerhalb der Zivilgesellschaft, dass Hegemonie schließlich aus den miteinander im Konflikt und Wettbewerb stehenden Ideen entsteht. Deshalb versucht Gramsci die Bedingungen verständlich zu machen, unter denen regimefeindliche Teile der Gesellschaft erfolgreich und gewaltfrei sozialen Wandel fördern könnten.

Eine Widerstandsbewegung kann nur siegen und eine neue stabile Ordnung errichten, wenn die Klassen oder Gesellschaftsgruppen, die den Revolutions-Kampf ausführen, allgemeine Unterstützung genießen und die Institutionen der Zivilgesellschaft beherrschen, bevor sie versuchen, die Staatsmacht zu ergreifen. Ohne zuerst den sogenannten „Stellungskrieg“ gewonnen und die hegemoniale Führung erreicht haben, wird der repressive Staatsapparat höchstwahrscheinlich in der Lage sein, die Stimmen der

⁶¹ Eine genaue Analyse der Rolle, die die protestantische Kirche bei der ostdeutschen Revolution spielte, findet sich zum Beispiel in Matthias Hartmann, 1990, Motschmann, 1990), Detlef Pollak, 1990, Jörg Swoboda, 1990 und Martin Zagatta, 1989. Auch Egon Krenz erkannte die zentrale Rolle der Kirche bei der Organisation des Widerstandes gegen sein Regime an. Vgl. Krenz, S. 89.

⁶² Vgl. Glaeßner, 1991, S. 11. Albrecht Schönherr und der Bischof von Ostberlin und Magdeburg Probst Bäumer waren führende Gestalten der ostdeutschen protestantischen Kirche. Sie betonten zu verschiedenen Zeiten ihre pragmatische Einstellung. Beide betonten, dass die Kirche sich niemals so verstanden habe, als sei sie im Widerstand gegen den Staat. Vgl. Hartmann, 1990, S. 90f. und *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22. März 1993, S. 5.

⁶³ Schabowski, 1990, S. 173.

⁶⁴ Michel Foucault, 1969 und 1971.

Abweichler in der Bevölkerung zum Schweigen zu bringen.

Dieser Aspekt von Gramscis Gedanken ist von äußerster Wichtigkeit für die richtige Einschätzung der Erfolgswahrscheinlichkeit eines gewaltfreien Kampfes. Eine Bewertung des Begriffs Hegemonie legt nahe, dass sozialer Wandel durch gewaltfreien Kampf erst von dem Augenblick an zu einer realistischen Möglichkeit wird, in dem die regimefeindlichen Gesellschaftsteile in der Zivilgesellschaft einen wesentlichen Grad an Übereinstimmung hinsichtlich Hegemonie erreicht haben, das bedeutet: Wenn ihre ideologische Alternative zur etablierten Ordnung auf die meisten Gesellschaftsebenen vorgedrungen ist und von einem wesentlichen Teil der Bevölkerung als moralisch und legitim betrachtet wird.

Das ostdeutsche kommunistische Regime genoss während der Zeit seiner Existenz unterschiedliche Grade an Rückhalt in der Bevölkerung. Und doch erreichte es gewiss niemals eine hegemoniale Führerschaft. Abgesehen davon, dass es sich durch Unterdrückungspraktiken und verheerende Ergebnisse der staatlich gelenkten Wirtschaftspolitik selbst die Legitimation entzog, untergrub eine Anzahl subtilerer Faktoren die Versuche der herrschenden Gruppe, der Bevölkerung ihre Ideologie durch Beherrschung und Indoktrination einzuflößen. Am bemerkenswerten ist der „Misserfolg“ der SED dabei, „subversive“ ideologische Einflüsse von ihrer Bevölkerung fernzuhalten.

Ostdeutschlands durchlässige Grenzen zum Westen stellten sicher, dass der ostdeutschen Bevölkerung ständig eine Ideologie, ein Wirtschaftssystem und eine Lebensweise vor Augen geführt wurde, die dem offiziellen ideologischen Diskurs, der von der regierenden Gruppe zur Rechtfertigung ihrer Herrschaft geführt wurde, von Grund auf entgegengesetzt war. Nachdem die Ostpolitik die westdeutsche Hallsteindoktrin ersetzt hatte, war der Postverkehr zwischen Ostdeutschland und der Außenwelt erlaubt und „kapitalistische“ Zeitungen und Zeitschriften waren verhältnismäßig leicht zu bekommen.

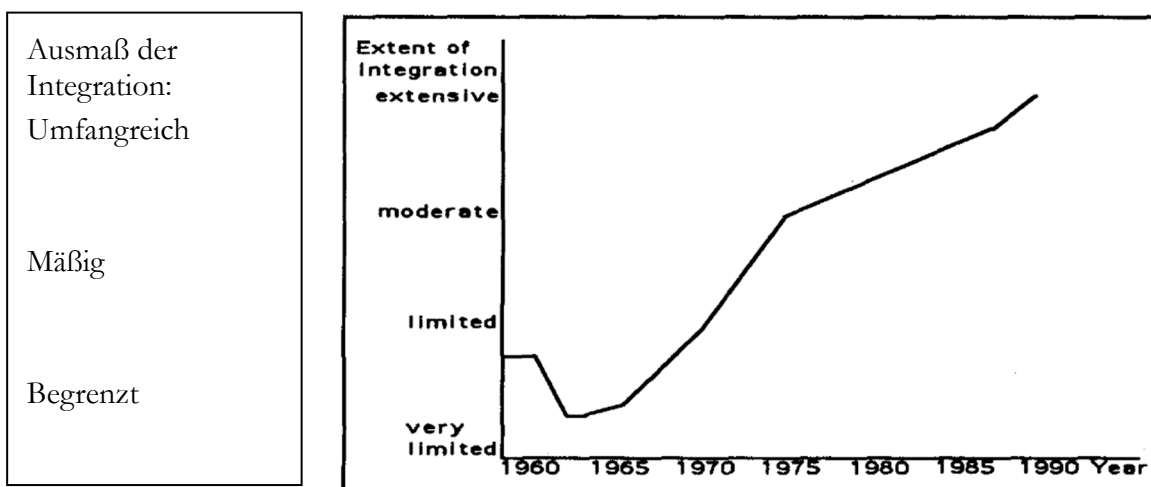


Abbildung 3

Subjektiv eingeschätzter Zugang zu Informationsquellen außerhalb des Landes.

Quelle: R Bleiker, D. Bond und M.S.Lee, "German Unity and its Implications for Korean Unification," Working paper no. 4/1992, CFIA, Harvard University, p. 33.

Mit dem Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten im Jahr 1972 wurden wechselseitige Besuche alltäglich. Von 1970 bis in die frühen 1980er Jahre besuchten jährlich 1,1 bis 1,6 Millionen Westdeutsche den Osten, während die Anzahl der Ostdeutschen, die in entgegengesetzter Richtung reisten, zwischen 1,2 und 3,1 Millionen lag.⁶⁵

⁶⁵ Eckehard Jesse, 1985 und David Childs, 1975: Einzelheiten des Grundlagenvertrags und spätere Vereinbarungen, die legale und politische Voraussetzungen verschiedenartigen Austauschs innerhalb der geteilten Nation nennen, sind zu finden in der

Der folgenreichste Einfluss von außen auf die Bildung der Hegemonie in der ostdeutschen Zivilgesellschaft muss der ständigen Anwesenheit von hörbaren und sichtbaren Medienquellen zugeschrieben werden. Westliche Lang-, Mittel- und Kurzwellen-Radiosendungen standen immer in ganz Ostdeutschland zur Verfügung, und seit den 1970er Jahren konnten 90% der Bevölkerung westdeutsche Fernsehprogramme empfangen (die Gegend um Dresden und um Greifswald waren die einzigen Ausnahmen davon).⁶⁶

Das Bild, das diese Medienprogramme vorgaukelten, machte die ostdeutsche Bevölkerung auf die riesige wirtschaftliche Kluft aufmerksam, die sie von ihren westeuropäischen Nachbarn trennte. Angesichts des langzeitigen Mangels an Konsumgütern konnten die Anreize, die das Wissen von der westdeutschen materialistischen Gesellschaft den ostdeutschen Bürger*innen bot, nur zu einer starken Unzufriedenheit mit ihrem Regime führen. Die Tatsache, dass Massenkommunikationsmittel – wie Jean Baudrillard feststellt – niemals die Wirklichkeit abbilden, sondern nur eine Verzerrung (*le vertigé*) der Wirklichkeit⁶⁷, beraubte die Vision vom sozialistischen Utopia der SED noch mehr der Glaubwürdigkeit und Legitimität. Kommerzielle Werbung und andere Formate des westlichen Fernsehprogramms erweckten die übermäßig optimistische Illusion eines Konsumparadieses, das der Durchschnittsbürger*in Ostdeutschlands unwiderstehlich erschienen sein musste. Die Schwächen des liberalen Kapitalismus wurden natürlich nicht dargestellt.

Die weitgehende Verfügbarkeit westlicher Medien beraubte die ostdeutsche inländische Zensur nicht nur ihres Zwecks, sondern sie machte sie sogar kontraproduktiv. Da das Westfernsehen regelmäßig die Aufmerksamkeit auf die Kehrseite des kommunistischen Lebens in Ostdeutschland lenkte (Korruption, bürokratischer Despotismus, Umweltverschmutzung usw.), erschien die offizielle ostdeutsche Propaganda als noch weiter von der „Realität“ entfernt, als sie in Wirklichkeit war, und damit stärkte sie das Misstrauen der Bevölkerung gegen die in ihrem Land regierende Gruppe. Man kann es nicht besser ausdrücken, als es der Chef-Kommentator der legendären ostdeutschen „Gegenpropaganda“ Karl Eduard von Schnitzler in seiner Fernsehreihe *Der Schwarze Kanal* getan hat:

Wer der Meinung ist, dass es nicht schaden könne, antidemokratische Fernseh- und

Rundfunksender zu hören oder Westzeitungen zu lesen, öffnet sein Ohr dem Todfeind.⁶⁸

Selbst das Eindringen scheinbar unpolitischer Ideen und Praktiken beeinflussten den Kampf um Hegemonie. Unter diesen sich schnell ausbreitenden Mustern westeuropäischer Kultur, die offiziell von der SED als Ausdruck kapitalistischer Dekadenz diffamiert wurden, waren Phänomene wie Rock-, Beat- und Punkmusik, Romane von Franz Kafka und Marcel Proust und, was noch „schlimmer“ war, literarische Traditionen der existentialistischen, avantgardistischen und poststrukturalistischen Art.⁶⁹ Diese postmodernen Ausdrucksformen der Kultur stellten die meisten grundlegenden Ziele des modernen ostdeutschen politischen Diskurses infrage, besonders den (marxistisch) historizistischen Glauben an eine lineare Entwicklung und das Vertrauen darauf, dass Befreiung durch rationales, wissenschaftliches und bürokratisches Planen erfolgen könne.

Dokumentation zu den Innerdeutschen Beziehungen: Abmachungen und Erklärungen (Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1990).

Weitere Analysen des Informationsflusses und der Kontrolle über die Zivilgesellschaft finden sich bei Manfred Ackermann, 1988, Lothar Bisky, 1987, David Childs, 1988, pp. 2294, Gert-Joachim Glaebner, 1989, Jesse, 1985, S. 431-34, Manfred Rexin, 1888, Hans-Joachim Veen and Peter R. Weilemann, 1989.

⁶⁶ Gunter Holzweißig 1989, S. 69-71. Schon 1973 gab Erich Honecker selbst vor dem SED-Zentralkomitee zu, dass in so gut wie allen Haushalten im Land westdeutsche Radiosender gehört wurden (ebd. S. 63). Egon Krenz bestätigte im Rückblick, dass in der Situation der geschlossenen DDR-Grenzen die Verfügbarkeit über westliche Medienquellen die ostdeutschen Bürger entscheidend beeinflusste. Vgl. Krenz, S. 90.

⁶⁷ Jean Baudrillard, 1970, p. 32.

⁶⁸ Zitiert nach Holzweißig, 1989, S. 62.

⁶⁹ Susanne Binas und Peter Zocher, 1990, Günter Erbe, 1986 und Manfred Jäger, 1982, S. 118.

Als Ergebnis der Infiltration und Verbreitung „subversiver“ Werte und der Unfähigkeit des Regimes, ihnen etwas entgegenzusetzen, wurde eine kapitalistische Weltanschauung, die im Gegensatz zum herrschenden kommunistischen Diskurs stand, hegemonisch (d. h. die meisten akzeptierten sie als legitim und moralisch). Auf diese Weise wurde die Diskrepanz zwischen Regierenden und Regierten ständig größer, und als die von außen auferlegten geopolitischen Beschränkungen verschwanden, war die Machtbasis der SED so schwach geworden, dass sie unter dem Druck von unten zusammenbrach.⁷⁰

Selbst in der Endphase des Widerstandes gegen die kommunistische Herrschaft beeinflussten die westlichen Medien die Wirksamkeit des gewaltfreien Kampfes stark. Aus den West-Medien erfuhren die ostdeutschen Bürger*innen von den radikalen Veränderungen, die in der Sowjetunion vor sich gingen, und sie wurden Tag für Tag Zeuge davon, wie in ihrem eigenen Land die Zunahme des Straßenprotests und die Massenabwanderung die Legitimität des Systems noch weiter unterwanderten. Jürgen Habermas weist darauf hin, dass die physische Anwesenheit demonstrierender Ostdeutscher eine andere (und stärkere) revolutionäre Wirkung hatte als ähnliche Proteste im neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhundert, weil 1989 das Medium Fernsehen das Potenzial anbot, eine Demonstration in ein allgegenwärtiges Ereignis zu verwandeln.⁷¹

Informationsquellen außerhalb des Landes boten auch direkte Anreize für Ostdeutsche, das Risiko, sich an der „Abwanderungs“-Welle zu beteiligen, auf sich zu nehmen. Ostdeutsche sahen im westdeutschen Fernsehen, wie die Stacheldrahtzäune zwischen der österreichischen und der ungarischen Grenze abgebaut wurden und wie ihre Mitbürger*innen, die in den diplomatischen Vertretungen Zuflucht gesucht hatten, mit Sonderzügen nach Westdeutschland gebracht wurden. Der westdeutsche Sender Deutschlandfunk sendete sogar die Haltepunkte und Abfahrtszeiten der „Flüchtlingszüge“, die von Dresden nach Prag fuhren.⁷² Diese Faktoren beschleunigten die Herausbildung einer reformorientierten Hegemonie und dienten als wichtige motivierende und organisierende Kräfte für den gewaltfreien Kampf, der das SED-Regime stürzte.

Gramscis Konzept der Hegemonie ist natürlich nicht der einzige Rahmen, in dem der Wettbewerb zwischen gegensätzlichen Diskursen analysiert werden kann. Die verschiedenen funktionalen, neofunktionalen und transaktionalistischen Versionen der Integrationstheorie befassen sich alle mit integrativen Prozessen, die engere Bindungen und vereinheitlichende Gewohnheiten zwischen den Menschen schaffen - wie es zwischen Ost- und Westdeutschland der Fall war. Wie Gramscis Analyse arbeitet die Integrationstheorie in erster Linie auf ontologischer Ebene, indem sie das Verhalten, die Wahrnehmung und die Denkprozesse von Einzelnen oder Zusammenschlüssen von Menschen untersucht.

Noch auffallendere Parallelen sind zwischen Gramscis Konzept und Kulturanalysen zu finden. Archie Brown und Jack Gray untersuchten kommunistische Gesellschaften, indem sie das Konzept der Parallelkultur anwandten.⁷³ Sie boten fast ein Spiegelbild von Gramscis Gegensatz von Staat und Zivilgesellschaft und lenkten die Aufmerksamkeit auf die Trennung zwischen der offiziellen politischen Kultur (derjenigen, die von Staat bestimmt wird) und der herrschenden politischen Kultur (derjenigen, die in den Köpfen der Menschen herrscht).

⁷⁰ In einer vergleichenden Studie untersuchte ich das Eindringen „subversiver“ Diskurse in Ostdeutschland im Licht eines ähnlichen, doch gleichzeitig im Gegensatz dazu stehenden Beispiels: Nordkorea. Ich schrieb: Weil Kim Jong Il Sung's autoritäres Regime „... die Sphäre der Zustimmung – die Zivilgesellschaft – fast ganz vernichtete und seine Bevölkerung sehr lange Zeit von Informationen von außerhalb des Landes abschottete, war es möglich, für seine egozentrischen, klassenbezogenen Interessen die Unterstützung des Volkes zu erzwingen. Infolgedessen konnte er die Kräfte minimieren, die sonst zu einem Regimewechsel geführt hätten.“ Vgl. Roland Bleiker, 1992, p. 74.

⁷¹ Habermas, neues Vorwort (1990) zu *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, S. 49.

⁷² Wagner, 1989, S. 10. Eine genaue Analyse der Rolle, die die westlichen Medien in der Revolution 1989 spielten, findet sich bei Klaus Bressner 1990, Helmut Dubiel, 1988 und Holzweißig, 1989. Eine genaue Chronologie der ostdeutschen offiziellen Medienberichterstattung während der Revolution findet sich in Joachim Nolte, 1991.

⁷³ Archie Brown and Jack Gray, 1984.

Christiane Lemke wendet in überzeugender Weise dieses Konzept der politischen Sozialisation auf die Entwicklungen in Ostdeutschland an. Ihrer Meinung nach war der Zusammenbruch des SED-Systems vor allem ein Ergebnis der kontinuierlich zunehmenden Kluft zwischen herrschender und offizieller politischer Kultur in den 1980er Jahren.⁷⁴

Doch Lemkes Untersuchung wendet der Macht des Handelns nicht die Aufmerksamkeit zu, die sie verdient.

⁷⁴ Lemke, 1991. Sigrid Meuschel kommt bei der Untersuchung der wechselnden Ebenen der Legitimität, die das SED-Regime genoss, zu einem ähnlichen Schluss, vgl. Sigrid Meuschel, 1991. Verschiedene Autoren lenken die Aufmerksamkeit auf kundenorientierte Merkmale der deutschen politischen Kultur, die angeblich autoritäre Herrschaft erleichtert. Zu diesen Elementen gehören Tendenzen in Richtung Bevormundung und unkritische Hochschätzung der Autorität des Staates. Vgl. Irma Hanke, 1986, Kurt Sontheimer, 1990, besonders S. 64f., Dietrich Staritz, 1987, Hans-Georg Wehling, 1989. Meine eigene Analyse stellt die deutsche politische Kultur als verhältnismäßig individualistisch und nicht hierarchisch dar im Gegensatz zum koreanischen Kulturerbe. Vgl. Bleiker, 1992.

4. Anstatt einer Schlussfolgerung: Die Macht des Handelns in ihrem strukturellen Kontext betrachten

Da jener Berg! Da jene Wolke! Was ist denn daran ‚wirklich‘? Zieht einmal das Phantasma und die ganze menschliche Zutat davon ab, ihr Nüchternen! Ja, wenn ihr das könntet! Wenn ihr eure Herkunft, Vergangenheit, Vorschule vergessen könntet-eure gesamte Menschheit und Tierheit! Es gibt für uns keine ‚Wirklichkeit‘- und auch für euch nicht, ihr Nüchternen.

Friedrich Nietzsche⁷⁵

Der gewaltfreie Kampf spielte zweifellos bei der Beschleunigung des Sturzes des ostdeutschen kommunistischen Regimes eine bedeutende Rolle. Die gemeinsame Wirkung von Massenprotesten auf der Straße und massenweiser Abwanderung nahm im Winter 1989 stark zu. Das autoritäre System zerfiel unter dem Druck von unten. Meine Auslegung dieser Ereignisse bestätigt die beiden Hauptprämissen, die diejenigen vorbringen, die den Strategieansatz der gewaltfreien direkten Aktion untersucht haben: Die letztgültige Quelle der Macht ist nicht Stärke, sondern die Zustimmung der Bevölkerung und die aktive Aufkündigung dieser Zustimmung kann zur Auflösung eines autoritären Regimes führen.

Und doch bietet die bloße Bestätigung der Macht, die in der gewaltfreien Aktion enthalten ist, keine befriedigende Erklärung der ostdeutschen Revolution. Wenn es so einfach wäre, Machtstrukturen durch gesellschaftliche Nichtzusammenarbeit aufzulösen, wären das SED-Regime und viele andere autoritäre Systeme längst zusammengebrochen. Die Dynamik zwischen Herrschaft und Widerstand ist zu komplex, als dass sie ganz auf eine Theorie zurückgeführt werden könnte, die die Schaffung und Aufrechterhaltung von Macht auf einer dualen Achse zwischen Unterdrücker und Unterdrückten lokalisiert. Eine solche Situation gibt es bestenfalls während einer Zeit, die das „Fenster der Gelegenheit“ genannt werden könnte. Bevor dieses Fenster für die Stärkung der ostdeutschen Massen geöffnet werden konnte, mussten zwei Voraussetzungen erfüllt sein. Zuerst mussten sich komplexe Machtbeziehungen – besonders die, die sich auf die Zugehörigkeit Ostdeutschlands zum sowjetischen Allianz-System bezogen – auf eine Weise entwickeln, dass sie die Konfrontation zwischen den SED-Autokraten und der protestierenden Bevölkerung nur geringfügig beeinflussten. Zweitens mussten wenigstens einige Bereiche der Zivilgesellschaft erfolgreich gegen die Umklammerung durch den Staat verteidigt worden sein. Dann müssten regimfeindliche Diskurse in der Zivilgesellschaft Hegemonie gewonnen haben, bevor gewaltfreie Aktivist*innen eine reale Chance hätten, siegreich aus dem Kampf mit dem staatlichen Zwangsapparat hervorzugehen.

Der Fall Ostdeutschland legt nahe, dass ein ahistorisches und globales Modell der gewaltfreien direkten Aktion – ganz gleich, wie überzeugend ihre theoretischen Prämissen sein mögen – der Komplexität der „Wirklichkeit“ nicht gerecht werden kann. Jeder Fall von Herrschaft und Widerstand hat seinen Platz im ihm eigenen räumlichen und zeitlichen Kontext. Eine Theorie der gewaltfreien Aktion, die Erklärungskraft sucht, die über die Errichtung vielversprechender Hypothesen hinausgeht, muss so angepasst und ausgeweitet werden, dass sie die einzigartigen Gegebenheiten der Umwelt berücksichtigen kann. Zu diesem Zweck muss der theoretische Ansatz in einen weiteren analytischen Rahmen eingepasst werden, der die Flexibilität bietet, eine große Vielfalt an eigenständigen Konflikten systematisch zu bewerten. Ich erhebe nicht den Anspruch, definitive Antworten gefunden zu haben, sondern mein Ziel ist es, eine konstruktive Diskussion zu eröffnen. Ich vermute, dass die Forschung über gewaltfreie Aktion von einer Annäherung an strukturelle Erklärungen profitieren könnte und davon, dass sie die vorhandenen Forschungsprojekte des neuen philosophischen kritisch-theoretischen Diskurses einbezieht.

Zuerst einmal muss eine bessere und tragfähigere Brücke zwischen handlungs- und strukturorientierten

⁷⁵ Friedrich Nietzsche, 1982/1882, S. 83, § 57.

Ansätzen der Untersuchung sozialen Wandels gebaut werden. Die Errichtung einer solchen methodologischen Verbindung wurde durch unnötige hochgradige Feindseligkeit behindert, die die Interaktion zwischen diesen beiden Paradigmen beherrschte. Vertreter*innen des handlungsorientierten Ansatzes bezichtigten Strukturalist*innen des Determinismus und Ansätze in der anderen Richtung konzentrieren sich auf utopischen Idealismus. Und doch führen beide Ansätze in exklusiv und defensiv ausgedrückter Form entweder zum „Individuum-Reduktionismus“ oder zum „Struktur-Reduktionismus“.⁷⁶

Eine Neuinterpretation von de la Boéties *Discours* könnte als Mittel dienen, die positiven Beiträge beider einander feindlichen Ansätze miteinander zu verbinden. De la Boétie ist bisher einseitig gelesen worden. Dabei hat man sich in erster Linie auf die existentialistischen und anarchistischen Interpretationen des ersten Kapitels des *Discours* konzentriert. De la Boétie wurde vor allem als Autor dargestellt, der erkannte, dass sich jede Form von Herrschaft, ganz gleich, wie tyrannisch sie sei, auf die Zustimmung der Bevölkerung gründet und dass sich, wenn die Bevölkerung diese Zustimmung aufkündigt, die tyrannische Regierung einfach auflöst.⁷⁷

Und doch war die Bestätigung der Macht des Handelns zur Gestaltung von Strukturen für la Boétie nur der Ausgangspunkt. Man könnte sogar behaupten, dass er sich weniger mit der Fähigkeit der Bevölkerung, ihre oppressiven Herrscher zu stürzen, beschäftigte, als dass er sich mit dem sich daraus ergebenden Rätsel beschäftigte, zu erklären, warum sie es nicht öfter so machen. Die beiden übrigen (und vernachlässigteren) Teile des *Discours* versuchen zu erklären – in de la Boéties Worten: „ob es möglich sei und wie es sein könne, dass so viele Menschen, so viele Dörfer, so viele Städte, so viele Nationen sich manches Mal einen einzigen Tyrannen gefallen lassen, der weiter keine Gewalt hat als die, welche man ihm gibt“⁷⁸

Wenn de la Boétie darüber spekuliert, warum sich die Menschen meistens der freiwilligen Knechtschaft unterwerfen, weist er auf zwei Aspekte hin, die starke Parallelen zu Gramscis und Foucaults Konzepten aufweisen, von denen hier schon früher die Rede war.

Erstens können die Macht der Gewohnheit und des Herkommens ebenso wie Propagandabemühungen der herrschenden Gruppe (was Gramsci Hegemonie nennt) dazu führen, dass die Massen freiwillige Knechtschaft akzeptieren. Wenn die Menschen ihr ganzes Leben in einer repressiven Gesellschaft verbracht haben, mag ihre (natürliche) Sehnsucht nach Freiheit so weit unterdrückt worden sein, dass sie nicht mehr vorhanden ist. Der Grund dafür wird im Folgenden genannt:

Das ist es, dass die Menschen unter dem Joche geboren werden; sie wachsen in der Knechtschaft auf, sie sehen nichts anderes vor sich, begnügen sich, so weiter zu leben, wie sie zur Welt gekommen sind und lassen es sich nicht in den Sinn kommen, sie könnten ein anderes Recht oder ein anderes Gut haben, als das sie vorgefunden haben; so halten sie den Zustand ihrer Geburt für den der Natur.⁷⁹

Zweitens schafft die Errichtung einer Hierarchie von untergeordneten Verbündeten eine Situation, in der viele Bürger*innen von einem autoritären System profitieren und darum ein Interesse daran haben, den Status quo zu verteidigen. Stark verkürzt dargestellt, kann man sagen, de la Boétie stelle das dar, was er als das Geheimnis der Herrschaft ansieht. Dieses Konzept ist in vielerlei Hinsicht mit Foucaults Theorie der abgestuften Macht zu vergleichen und dem System der positiven und negativen Privilegien, das das SED-Regime praktizierte:

⁷⁶ Jeffrey Berejikian bietet einen guten Überblick über diese beiden einander feindlichen Ansätze der Erforschung revolutionären sozialen Wandels: 1992.

⁷⁷ [Bleiker bezieht sich hier und im Folgenden auf die englische Übersetzung] de la Boétie, *The Politics of Obedience*, pp. 45-53. [Ich suche, die entsprechenden Stellen in der Übersetzung von Gustav Landauer <https://www.projekt-gutenberg.org/boetie/knechtsc/knechtsc.html> auf.]

⁷⁸ *ibid.*, p. 46.

⁷⁹ *ibid.* p. 60. Vgl. pp. 59-75 über de la Boéties allgemeine Kommentare über Gewohnheit und freiwillige Knechtschaft.

Viere oder fünf sind es jeweils, die den Tyrannen schützen; viere oder fünf, die ihm das Land in Knechtschaft halten. Immer ist es so gewesen, dass fünf oder sechs das Ohr des Tyrannen gehabt und sich ihm genähert haben oder von ihm berufen worden sind, um die Gesellen seiner Grausamkeiten, die Genossen seiner Vergnügungen, die Zuhälter seiner Lüste und die Teilhaber seiner Räubereien zu sein. [...] Diese sechs haben sechshundert, die unter ihnen schmarotzen, und diese sechshundert verhalten sich zu ihnen, wie diese sechs sich zum Tyrannen verhalten. Diese sechshundert halten sich sechstausend [...] Und wer sich das Vergnügen machen will, dem Sack auf den Grund zu gehen, der wird merken, dass sich an diesem Strick nicht die sechstausend, sondern die hunderttausend und Millionen dem Tyrannen zur Verfügung stellen, der sich dieses Seiles bedient. [...] Kurz, man bringt es durch die Günstlingswirtschaft, durch die Gewinne und Beutezüge, die man mit dem Tyrannen teilt, dahin, dass es fast ebenso viel Leute gibt, denen die Tyrannei nützt, wie solche, denen die Freiheit eine Lust wäre.⁸⁰

Die beiden die Struktur betreffenden Teile von de la Boéties *Discours*, die vernachlässigt wurden, enthalten nur rudimentäre und ganz unvollständige Hypothesen. Doch sie verdienen dieselbe Aufmerksamkeit und analytische Ausarbeitung, wie sie dem ersten Teil des *Discours* von so vielen kompetenten Theoretiker*innen und Forscher*innen zuteilwurden, dem Teil, der sich mit dem Handeln beschäftigt. In dieser Arbeit versuche ich einen bescheidenen Beitrag zur Korrektur dieses Versäumnisses zu leisten, indem ich die Dynamik der gewaltfreien Aktion in Ostdeutschland in den analytischen Rahmen der Arbeiten von Foucault und Gramsci stelle.

Jedoch bleiben noch viele verschiedene Möglichkeiten übrig, die dialektische Verbindung zwischen Handelnden und Strukturen zu erforschen. Andere Wissenschaftsgebiete können hier gut zur Orientierung dienen. Westliche Philosophie und die kritische Theorie sind das beste Beispiel. Seit Nietzsche seine bahnbrechende Erkenntnis über die Subjektivität und die gesellschaftliche Konstruiertheit der „Wirklichkeit“ vorlegte, sind zahllose Abhandlungen über dieses Thema erschienen. Auf weniger philosophischer Ebene ist eine der klügsten neuen Ausarbeitungen über das Thema Handelnder-Struktur Anthony Giddens' „Strukturierungstheorie“, Theorie der Strukturierung.⁸¹ Kritisch-theoretische Ansätze zur Theorie der internationalen Beziehungen haben ebenfalls wesentliche Beiträge geleistet, indem sie die Konsequenzen der Tatsache erörterten, dass die Struktur des globalen Staatensystems ein subjektives Produkt menschlicher Interaktion und auch eine entscheidende Komponente ist, die das Verhalten von Staaten bestimmt.⁸² Größere Aufmerksamkeit auf die methodologischen und philosophischen Einsichten, die in diesen vielfältigen Ansätzen vorgebracht werden, könnten das Verständnis der Faktoren, die bewirken, dass ein gewaltfreier Kampf gegen repressive Gesellschaftssysteme und die Errichtung demokratischerer Alternativen wahrscheinlich erfolgreich sein wird, verbessern.

⁸⁰ Ebd., S. 77-78. Vgl. S. 77-86 für de la Boéties allgemeine Analyse der Hierarchien untergeordneter Verbündeter. Murray N. Rothbards Einführung in die englische Übersetzung der *Discours* bietet eine gute Darstellung einer strukturalistischen Interpretation de la Boéties. Mit seinem Konzept 'loci of power' erkennt auch Gene Sharp strukturelle Einflüsse an, doch er misst ihnen im Vergleich mit der Fähigkeit der Handelnden, gegen Repression zu kämpfen, wenig Bedeutung bei. Vgl. Sharp, 1990, S. 7-8.

⁸¹ Anthony Giddens, 1984. Und David Held and John B. Thompson, 1989.

⁸² Vgl. z. B. R.K. Ashley and R.B.J. Walker, 1990; Robert W. Cox, 1981; Robert W. Cox, 1983; R.B.J. Walker, 1989, und Alexander Wendt, 1987. Schon während der Zeit, die Karl Jaspers die Achsenzeit nennt, haben taoistische und konfuzianistische Philosophen ähnliche Verbindungen zwischen Handelnden und Strukturen hergestellt. Vgl. Roland Bleiker, 1993.

Anhang

Chronologie der ostdeutschen Revolution 1989/90⁸³

1989

2. Mai. Schlupflöcher im „Eisernen Vorhang“: Ungarn baut den Stacheldrahtzaun und andere Installationen an der Grenze zu Österreich ab.

7. Mai. Mehr als 100 Protestierende werden in Leipzig verhaftet. Sie haben gegen die Manipulation der kurz zuvor abgehaltenen Kommunalwahlen demonstriert.

8. Aug. Die westdeutsche Vertretung in Ostberlin muss geschlossen werden, weil sie mit Ostdeutschen überfüllt ist, die das Land verlassen wollen.

14. Aug. Die westdeutsche Botschaft in Budapest schließt aus demselben Grund. Erich Honecker leugnet kategorisch die Notwendigkeit von Reformen: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf!“

19. Aug. Anlässlich des „paneuropäischen Picknicks“ an der österreichisch-ungarischen Grenze gelingt 661 Ostdeutschen eine spektakuläre Grenzüberschreitung in den Westen.

23. Aug. Die westdeutsche Botschaft in Prag schließt, weil sie mit Ostdeutschen überfüllt ist.

11. Sept. Ungarn öffnet für DDR-Bürger*innen seine Grenzen nach Österreich. Innerhalb von drei Tagen verlassen 15.000 Ostdeutsche das Land. *Neues Forum, Demokratie Jetzt* und weitere Bürger*innenbewegungen entstehen und werden vom Innenministerium umgehend für illegal erklärt.

18. Sept. Verhaftung von mehr als 100 Personen nach dem Montagsgebet/Demonstration in der Leipziger Nikolaikirche.

25. Sept. Montagsdemonstration in Leipzig: 6.000 Personen fordern Reisefreiheit und Pressefreiheit.

30. Sept. Vereinbarung zwischen Berlin und Bonn: Ostdeutsche Flüchtlinge in westdeutschen Botschaften (5.500 in Prag und 800 in Warschau) werden mit Sonderzügen durch das ostdeutsche Territorium in den Westen gebracht.

2. Okt. Erste große Montagsdemonstration in Leipzig: 25.000 Personen fordern sofortige Reformen. Die Polizei treibt sie gewaltsam auseinander.

3. Okt. In der westdeutschen Botschaft in Prag sind noch einmal 7.000 Ostdeutsche versammelt. Auch sie werden in den Westen gebracht.

4. Okt. Unruhe in Dresden, weil die Züge, die nach Prag fahren, nicht am Bahnhof halten. Die Polizei gebraucht Gewalt, um 3.000 Menschen davon abzuhalten, in die Flüchtlingszüge zu steigen.

7. Okt. Feier des 40. Jahrestages von Ostdeutschlands Existenz als Staat. In Gegenwart von Präsident Gorbatschow und anderen Ehrengästen hält Honecker eine Rede, als wäre nichts geschehen.

⁸³ Ich habe die Eintragungen ausgewählt und nach ihrer Bedeutung für die Gesamtuntersuchung des Gegenstandes beurteilt. Genaue Chronologien sind zu finden in Bahrmann und Links, *Wir sind das Volk*, Bärbel Bohley et al., *40 Jahre DDR ... und die Bürger melden sich zu Wort* (Frankfurt am Main: Büchergilde Gutenberg 1989), S. 12-20, Hartwig Bögeholz, „Der Umbruch: Zur Chronologie der Ereignisse in der DDR“ in *Aufbruch in eine andere DDR: Reformer und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes*, hrsg. von H. Knabe (Reineck: Rowohlt 1989), S. 300-319, Gläbner, *Der schwierige Weg zur Demokratie*, S. 227-30, Marlies Menge, „Obne uns läuft nichts mehr“: *Die Revolution in der DDR* (Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990), S. 246-56, *Spiegel Spezial* („Einhundertzweiundsechzig Tage deutsche Geschichte: Das halbe Jahr der gewaltlosen Revolution“), no. 2 (1990): 145f., Göttrik Wewer, „Aufrechter Gang und neue Ängste — Zur deutsch-deutschen Lage und zu diesem Heft“ *DDR - Von der Friedlichen Revolution zur deutschen Vereinigung*, hrsg. von G. Wewer (Opladen: Leske und Budrich 1990), S. 9-14. Zur Chronologie der Berichterstattung in den Medien in Ostdeutschland zwischen Oktober 1989 und 1990 vgl. Nolte, „Chronik medienpolitischer Ereignisse in der DDR“ S. 17-116.

Demonstrationen in Ostberlin, Leipzig, Potsdam, Dresden, Magdeburg, Karl-Marx-Stadt, Plauen, Ilmenau und Arnstadt. Die Polizei setzt Gewaltmittel ein und verhaftet viele Demonstrant*innen.

9. Okt. Nach dem schon zur Tradition gewordenen Montagsgebet in den Kirchen von Leipzig erste Massendemonstration. 70.000 fordern Reformen. Sie rufen „Wir sind das Volk!“ Die Disziplin der Gewaltfreiheit wird von den Protestierenden streng eingehalten. Die Polizei greift nicht ein. Allgemein wird eine Zerschlagung wie auf dem Tian’anmen-Platz befürchtet.

12. Okt. Nach einer öffentlichen Forderung des *Neuen Forums* werden bis auf elf alle Demonstrant*innen aus dem Gefängnis entlassen.

15. Okt. Konzert gegen Gewalt in der Erlöserkirche in Ostberlin. Bekannte Sänger und Schriftsteller fordern Reformen, Appell an die Menschen, gewaltfrei vorzugehen und Ankündigung einer Massendemonstration für den 4. November. Demonstrationen in Halle and Plauen.

16. Okt. Mehr als 120.000 demonstrieren in Leipzig, 10.000 in Dresden, 4.000 in Magdeburg, 5.000 in Halle und 3.000 in Ostberlin Der Bürgermeister von Dresden trifft sich mit der „Gruppe von 20“, Vertreter*innen der Bürger*innenbewegungen.

18. Okt. Das Politbüro zwingt Erich Honecker zum Rücktritt. Einige seiner engsten Mitarbeiter und wichtige Sekretäre des Zentralkomitees werden ihrer Ämter enthoben, unter ihnen Günter Mittag (Wirtschaft) und Joachim Herrmann (Agitation und Propaganda). Langjähriges Mitglied des Politbüros und Vertrauter Honeckers Egon Krenz wird neuer Chef der SED.

19. Okt. Krenz äußert seine Absicht, den Dialog mit dem Volk zu suchen, und kündigt eine „Wende“ an.

20. Okt. 50.000 Demonstrant*innen in Dresden fordern freie Wahlen.

21. Okt. Demonstrationen in Dresden, Potsdam, Berlin und Karl-Marx-Stadt. In Plauen, einer Industriestadt mit 80.000 Einwohner*innen, demonstrieren 35.000 in den Straßen.

23. Okt. Massendemonstrationen in Ostberlin, Dresden, Potsdam, Plauen und Karl-Marx-Stadt. Allein in Leipzig fordern 300.000 Reformen und freie Wahlen. Zum ersten Mal sendet das offizielle ostdeutsche Fernsehen einen Bericht über die Demonstrationen.

24. Okt. Die Volkskammer wählt Krenz zum Staatsoberhaupt. 12.000 demonstrieren spontan in Berlin.

25. Okt. Demonstrationen in Neubrandenburg (20.000), Halberstadt (10.000), Berlin und Greifswald.

26. Okt. Erstes offizielles Treffen zwischen der SED, die vom Ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung von Ost-Berlin Günter Schabowski geführt wurde, und Vertreter*innen des *Neuen Forums*, darunter die bekannte Dissidentin Bärbel Bohley und der Dissident Jens Reich. „Dresdner Dialog“ mit Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer and SED-Bezirkssekretär Hans Modrow (100.000 Teilnehmer*innen). Demonstrationen in Rostock (25.000), Erfurt (15.000) und Gera (5.000).

27. Okt. Der Staatsrat gewährt allen Demonstrant*innen und illegalen Abwanderer*innen Amnestie. Proteste in Karl-Marx-Stadt, Dresden, Güstrow, Lauchhammer, Saalfeld und Großräschen.

28. Okt. Proteste in Plauen (30.000), Leipzig, Erfurt, Jena, Rostock, Greiz und Senftenberg.

29. Okt. Sechs Stunden „offener Dialog“ (20.000 Teilnehmer*innen) mit SED-Vertreter*innen, unter ihnen Schabowski, vor dem Berliner Rathaus. Kleinere, doch ähnliche Foren in Karl-Marx-Stadt und Leipzig. Demonstrationen in Ueckermünde, Rostock und Bad Salzungen.

30. Okt. Mehr als 400.000 demonstrieren in verschiedenen Städten für Reformen, freie Wahlen und Reisefreiheit: 200.000 in Leipzig, 50.000 in Halle, 40.000 in Schwerin, 20.000 in Cottbus und Karl-Marx-Stadt, 5.000 in Pössa. Letzte Sendung (Nummer 1519) von K.E. von Schnitzlers „Schwarzem Kanal“ (eine berühmte Gegenpropaganda-Fernseh-Reihe).

31. Okt. 15.000 demonstrieren in Wittenberg.

- 1. Nov.** Treffen von Krenz und Gorbatschow in Moskau. Demonstrationen in Neubrandenburg, Frankfurt/Oder, Freital und Ilmenau.
- 2. Nov.** Bekannte SED-Mitglieder treten zurück, unter ihnen die Bildungsministerin Margot Honecker und der Vorsitzende der von der SED kontrollierten Gewerkschaft (FDGB) Harry Tisch. Demonstrationen in Gera (10.000), Erfurt (30.000), Halle (10.000) und Guben (15.000).
- 3. Nov.** Entfernung von weiteren Mitgliedern der „alten Garde“ aus dem Politbüro, unter ihnen Kurt Hager, Erich Mielke, Hermann Axen, Alfred Neumann und Erich Mückenberger. 5.000 Ostdeutsche in der westdeutschen Botschaft in Prag können in den Westen fahren. Bald darauf füllt sich die Botschaft erneut mit Flüchtlingen.
- 4. Nov.** Kleinere Demonstrationen in Magdeburg, Rostock, Altenburg, Potsdam, Lauscha, Suhl, Plauen, Schwerin, Dresden und Amstadt. Der offizielle Ostberliner Fernsehsender sendet live von der Berliner Demonstration.
- 6. Nov.** Weitere Massendemonstrationen in Leipzig (500.000), Karl-Marx-Stadt (50.000), Schwerin, Halle (60.000) und Cottbus. In Dresden führen die Mitglieder der Dissidentenpartei, der SED-Bezirkssekretär Hans Modrow und Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer 70.000 in einem Protestmarsch durch die Straßen.
- 7. Nov.** Die gesamte SED-Regierung unter Willi Stoph tritt zurück.
- 8. Nov.** Das gesamte Politbüro tritt zurück. Zu den neu gewählten Mitgliedern zählt Hans Modrow. Wiederwahl von Krenz zum Generalsekretär. Etwa 10.000 Ostberliner*innen verlassen täglich das Land. Demonstrationen in Neubrandenburg, Frankfurt/Oder und Limbach-Oberfrohna.
- 9. Nov.** Demonstrationen in Erfurt (80.000) und Gera (10.000). Das Politbüromitglied Günter Schabowski verkündet: Jetzt können alle Ostdeutschen ohne besondere Erlaubnis ins Ausland reisen. Die Mauer zerfällt. In derselben Nacht fahren Tausende Ostberliner in den Westteil der Stadt.
- 10. Nov.** Euphorie in westdeutschen Städten, als Tausende Ostdeutscher einen Blick hinter den „Eisernen Vorhang“ tun. Ostdeutsche „marschieren“ zu Tausenden in den Kurfürstendamm in Berlin „ein“.
- 11. Nov.** In den letzten drei Tagen wurden mehr als vier Millionen Touristenvisa für Ostdeutsche ausgestellt. Selbstmord einiger SED-Beamter.
- 12. Nov.** Ersetzung einiger SED-Bezirkssekretär*innen, unter ihnen die in Erfurt, Karl-Marx-Stadt, Halle, Magdeburg und Rostock (die in Perleburg, Köthen und Bautzen haben bereits Selbstmord begangen).
- 13. Nov.** Hans Modrow wird neuer Regierungschef. Freie Wahlen und Reisefreiheit werden in Demonstrationen in Leipzig (300.000), Dresden, Karl-Marx-Stadt, Cottbus, Magdeburg, Neubrandenburg und Schwerin gefordert. [Vom 13. November 1989 bis zum 12. April 1990 war er der letzte Vorsitzende des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik und somit Chef der Regierung Modrow.]
- 14. Nov.** Achtundvierzig Universitäten verlangen die Abschaffung des Kurses Marxismus-Leninismus als Pflichtkurs.
- 16. Nov.** Ersetzung der noch übrigen Bezirkssekretär*innen. Ostdeutsche Zeitungen veröffentlichen zum ersten Mal westdeutsche Fernsehprogramme. Die Akademie der Wissenschaften rehabilitiert Ernst Bloch und Robert Havemann. Seit dem 9. November wurden 7.7 Millionen Visa für Ostdeutsche ausgestellt.
- 19. Nov.** Die erste offiziell genehmigte Demonstration des *Neuen Forums* in Leipzig. Demonstrationen auch in Dresden, Plauen, Suhl, Berlin und Eberswalde-Finow.
- 20. Nov.** Seit dem 1. November haben 100.000 Bürger*innen Ostdeutschland verlassen. Neue und freie

Wahlen werden in Massendemonstrationen in Leipzig(250.000),Halle (50.000), Dresden, Cottbus, Schwerin, Magdeburg, Karl-Marx-Stadt und Neubrandenburg gefordert.

21. Nov. *Demokratie Jetzt* schlägt ein Gespräch am Runden Tisch vor. Einen Tag darauf sagt die SED ihre Teilnahme zu.

22. Nov. Bei den Montagsdemonstration in Leipzig beginnen die Menschen Vereinigung zu fordern. Wechsel von „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind *ein* Volk“.

24. Nov. Beschluss, dass der Artikel, in dem vorgesehen ist, dass der SED die Regierungsmacht übertragen wird, am 1. Dezember aus der Verfassung gestrichen wird. Die Massenabwanderung nach Westdeutschland setzt sich fort.

28. Nov. Das Ministerium für Staatssicherheit wird aufgelöst.

3. Dez. Hunderttausende bilden eine Menschenkette durch Ostdeutschland. Damit lenken sie die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit demokratischer Neuwahlen. Das gesamte Politbüro und das Zentralkomitee treten zurück.

4. Dez. Demonstrationen in Leipzig (150.000), Karl-Marx-Stadt, Cottbus, Berlin und Halle.

5. Dez. Erich Honecker, Günter Mittag, Harry Tisch und einige Schlüsselfiguren des alten Regimes werden entweder verhaftet oder unter Hausarrest gestellt.

6. Dez. Krenz tritt von allen seinen Ämtern zurück.

9. Dez. Der reform-orientierte Gregor Gysi wird zum neuen Parteisekretär der SED ernannt, flankiert von Berghofer und Modrow.

13. Dez. Die Kirche und Oppositionsgruppen schlagen vor, die traditionellen Montagsdemonstrationen in Leipzig zu beenden.

16. Dez. Die SED ändert ihren Namen und erklärt, dass sie mit der stalinistischen Vergangenheit bricht.

1990

22. Jan. In Leipzig und anderen Städten demonstrieren mehr als 200.000 Menschen für die Vereinigung.

30. Jan. Die Sowjetunion stimmt der Vereinigung zu.

14. Febr. Zwei-plus-Vier-Verhandlungen beginnen in Ottawa.

15. Febr. Die Mitgliedschaft in dem, was einmal die SED war, geht von 23 Millionen auf 700.000 zurück.

16. März. Erste freie Parlamentswahlen (Volkskammerwahlen) in Ostdeutschland. Wahlergebnis: Mit 93.4% gewinnt die Konservative Allianz für Deutschland einen großen Sieg. Allein die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) bekommt 40.9% der Stimmen.

12. April. Die neue, von Lothar de Maizière geführte CDU-Regierung wird eingeführt.

Sommer: Währungsunion. Einführung der westdeutschen Deutschen Mark in Ostdeutschland und Grundlagenvertrag über die Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

3. Okt. Anschluss der DDR an die BRD nach Artikel 23 des GG

Literaturangaben

- Ackermann, Manfred, „Der begrenzte Blick“. In: G.J. Glaebner (Hg): *Die DDR in der Ära Honecker; Politik, Kultur, Gesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1988, SS. 20ff.
- Anderson, Perry, "The Antinomies of Antonio Gramsci". In: *New Left Review*, no. 100, 1976/77. [Anfang in Englisch: <https://newleftreview.org/issues/i100/articles/perry-anderson-the-antinomies-of-antonio-gramsci> 31.7.2023]
- Arato, Andrew, "Civil Society Against the State". In: *Telos*, no. 47, 1981: 23-47.
- Ash, Timothy Garton, *We the People: The Revolution of 1989*. London: Granta/Penguin 1990.
- Ashley, R.K. and R.B.J. Walker, eds., "Speaking the Language of Exile: Dissidence in International Studies," *International Studies Quarterly* 34, no. 3 (1990).
- Backes, Uwe, „Opposition, Protest, und ‚Widerstand‘ in beiden deutschen Staaten“. In: *Politische Bildung* 22, Nr. 3, 1989.
- Bahrmann, Hannes und Christoph Links, *Wir sind das Volk: Die DDR zwischen 7. Oktober und 17. Dezember 1989*. Berlin: Aufbau-Verlag 1990.
- Bahro, Rudolf, *Die Alternative: Zur Kritik des real existierenden Sozialismus*. Köln: Bund-Verlag 1977.
- Bressner, Klaus, „Das Fernsehen als Medium und Faktor der revolutionären Prozesse in Osteuropa und der DDR“. In: P.C. Hall (Hg): *Fernseh-Kritik: Revolutionäre Öffentlichkeit: Das Fernsehen und die Demokratisierung im Osten*. Mainz: v. Hase & Koehler 1990.
- Baudrillard, Jean, *La Société de consommation: Ses mythes, ses structures*. Paris: Editions Dendil 1970.
- Baule, Bernward, „Wir sind das Volk! Politische Bedingungsfelder der Freiheitsrevolution in der DDR“. In: K. Löw (Hg): *Ursachen und Verlauf der deutschen Revolutionen von 1989*. Berlin: Duncker & Humblot 1991.
- Beck, Ulrich, „Opposition in Deutschland“. In: B. Giesen und C. Leggewie (Hg): *Experiment Vereinigung: Ein sozialer Großversuch*. Berlin: Rotbuch Verlag 1991.
- Berejikian, Jeffrey, "Revolutionary Collective Action and the Agent-Structure Problem," in *American Political Science Review* 86, no. 3, September 1992.
- Binas, Susanne und Peter Zoicher, „Eigentlich habe ich Hunger, eigentlich hab ich's satt ...“. In T. Blanke und R. Erd (Hg): *DDR - Ein Staat vergeht*. Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch Verlag 1990, S. 52-60.
- Bisky, Lothar, "Mass Media and the Socialization of Young People in the GDR," in *Studies in GDR Culture and Society*, vol. 7, edited by M. Gerber et al., (Lanham: University Press of America, 1987).
- Bleiker, Roland, "Global Systemic Change, Spatial Mediation, and Unification Dynamics in Korea and Germany," in *Asian Perspective* 16, no. 2 (Fall-Winter 1992), S. 53-61.
- Bleiker, Roland, "The Cultural Dimension of International Theory: Neorealist Claims in Light of Ancient Chinese Philosophy," *Millennium*, Sonderheft über Kultur und internationale Beziehungen [1993].
- Boétie, Étienne de la, *Le Discours de la servitude volontaire*. Paris: Payot, 1978/1553. [Deutsch: *Über freiwillige Knechtschaft*. Übersetzt und eingeleitet von Felix Boenheim, Malik-Verlag, Berlin 1924. Übersetzung von Gustav Landauer: <https://www.projekt-gutenberg.org/boetie/knechtsc/knechtsc.html> 4.8.2023]
- Bond, Doug, *Transforming Struggle in Comparative Perspective*, edited by D. Bond (New York: Praeger, 1994).
- Brown, Archie and Jack Gray, eds., *Political Culture and Political Change in Communist States* (London: The Macmillan Press, 1984).
- Case, Clarence Marsh, *Nonviolent Coercion: A Study in Methods of Social Pressure* (New York: The Century Co., 1923).
- Childs, David, "The Ostpolitik and Domestic Politics in East Germany," in *The Ostpolitik and Political Change in Germany*, edited by R. Tilford (Lexington, Mass.: Lexington Books, 1951, S. 63-64.).

- Childs, David, *The GDR: Moscow's German Ally* (Boston: Unwin Hyman, 1988), S. 294.
- Cox, Robert W., "Social Forces, States, and World Orders: Beyond International Relations Theory," *Millennium* 10, no. 2 (1981).
- Cox, Robert W., "Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay In Method," *Millennium* 12, no. 2 (Summer 1983).
- Dahrendorf, Ralf, *Betrachtungen über die Revolution in Europa in einem Brief, der an einen Herrn in Warschau gerichtet ist*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990.
- Deppe, Rainer, Helmut Dubiel und Ulrich Rödel (Hg): *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1991.
- Dubiel, Helmut, „Öffentlichkeit als konstitutives Element der Demokratie“. In: P.C. Hall (Hg): *Fernsehb-Kritik: Revolutionäre Öffentlichkeit: Das Fernsehen und die Demokratisierung im Osten*. Mainz: v. Hase & Koehler Verlag 1990.
- Engler, Wolfgang, „Stellungen, Stellungnahmen, Legenden: Ein ostdeutscher Erinnerungsversuch“. In: *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*, S. 48-75, 1991.
- Eppelmann, Rainer, *Wendewege*. Bonn: Bouvier Verlag, 1992.
- Erbe, Günter, „Moderne, Avantgarde und Postmoderne: Zur neueren Rezeption in der Literaturwissenschaft der DDR“. In M. Gerber (Ed): *Studies in DDR Culture and Society*, vol. 6, (Lanham, M.D.: University Press of America, 1986), S. 157-72.
- Eribon, Didier, *Michel Foucault (1926-1984)*. Paris: Flammarion, 1989.
- Foucault, Michel, *L'Archéologie du savoir*. Paris: Editions Gallimard, 1969.
- Foucault, Michel, *L'Ordre du discours*. Paris: Editions Gallimard, 1971.
- Foucault, Michel, *Surveiller et punir: Naissance de la prison*. Paris: Editions Galimard, 1975.
- Foucault, Michel, *La volonté de savoir*, vol. 1 von *L'Histoire de la Sexualité*. Paris: Edition Gallimard, 1976.
- Giddens, Anthony, *The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration*. Berkeley: University of California Press, 1984. Deutsch: *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*. Frankfurt am Main 1984.
- Glaeßner, Gert-Joachim, *Die andere Deutsche Republik: Gesellschaft und Politik in der DDR*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1989. S. 221ff.
- Glaeßner, Gert-Joachim, *Der schwierige Weg zur Demokratie: Vom Ende der DDR zur Deutschen Einheit*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1991.
- Gorbatschow, Michail Sergejewitsch, *Perestrojka: Die zweite russische Revolution*, übersetzt von der Gruppe U. Mihr. München: Droemer Knauer, 1987.
- Gramsci, Antonio, *Gefängnishefte*. Herausgegeben von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, 10 Bände. Argument-Verlag, Hamburg, 1991–2002. *Erziehung und Bildung*. Herausgegeben von Andreas Merckens. Argument-Verlag, Hamburg, 2004 (Gramsci-Reader 1). *Amerika und Europa*. Herausgegeben von Thomas Barfuß. Argument-Verlag, Hamburg, 2007 (Gramsci-Reader 2). *Gefängnishefte*. Herausgegeben von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, 10 Bände. Argument-Verlag, Hamburg, 2012 (Taschenbuchausgabe). *Literatur und Kultur*. Herausgegeben von Ingo Lauggas. Argument-Verlag, Hamburg, 2012 (Gramsci-Reader 3)
- Grass, Günter, *Ein Schnüppchen namens DDR: Letzte Reden vorm Glockengeläut*. Frankfurt a.M.: Luchterhand, 1990.
- Gregg, Richard B., *The Power of Nonviolence*. New York: Fellowship Publications, 1935.
- Grunenberg, Antonia, „Ich finde mich überhaupt nicht mehr zurecht ...“ In: T. Blanke und R. Erd (Hg): *DDR-Ein Staat vergeht*. Frankfurt a.M.: Fischer, 1990.
- Habermas, Jürgen, *Die nachholende Revolution*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1990.
- Habermas, Jürgen, "The Rectifying Revolution and the Need for New Thinking on the Left," in *New Left Review*, no. 183 (Sept/Oct 1990).

- Habermas, Jürgen, „Die Normativen Defizite der Vereinigung“. In: *Vergangenheit als Zukunft*. Zürich: Pendo Verlag, 1990.
- Habermas, Jürgen, *Die nachholende Revolution*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1990.
- Habermas, Jürgen, *Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1990/1962.
- Habermas, Jürgen, neues Vorwort (1990) zu *Strukturwandel der Öffentlichkeit*.
- Halliday, Fred, "The Ends of Cold War," in *New Left Review*, no. 180 (March/April 1990).
- Hanke, Irma, *Alltag und Politik*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1986.
- Hartmann, Matthias, „Bedeutungsverlust oder Bedeutungsgewinn? Die Rolle der Kirche unter veränderten Umständen“. In: G. Wewer (Hg): *DDR - Von der friedlichen Revolution zur deutschen Vereinigung*. Opladen: Leske und Budrich, 1990.
- Havemann, Robert, *Dialektik ohne Dogma?* Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1990/1964.
- Held, David and John B. Thompson, eds, *Social Theory of Modern Societies: Anthony Giddens and his Critics*. Cambridge: Cambridge University Press, 1989.
- Hirschmann, Albert O., *Exit, Voice, and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations, and States*. (Cambridge: Harvard University Press, 1970). Deutsche Ausgabe: *Abwanderung und Widerspruch. Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisationen und Staaten*. Tübingen: Mohr, 1974.
- Hirschmann, Albert O., "Exit, Voice, and the Fate of the German Democratic Republic," in *World Politics* 45 (January 1993).
- Holzweißig, Günter, *Massendien in der DDR*. Berlin: Verlag Gebrüder Holzapfel, 1989.
- Honecker, Erich, „Ansprache auf der Festveranstaltung zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR in Ost-Berlin am 6. Oktober 1989“. In: J. Thies und W. Wagner (Hg): *Das Ende der Teilung: Der Wandel in Deutschland und Osteuropa*. Bonn: Verlag für Internationale Politik 1990, S. 177-85.
- Horkheimer, Max und Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung*. Frankfurt a.M.: S. Fischer Verlag, 1969.
- Jäger, Manfred, *Kultur und Politik in der DDR*. Köln: Edition Deutschland Archiv, 1982.
- Jaekel, Ursula, „40 Jahre Staatssicherheit - Ziele, Tätigkeit, Auswirkungen“. In: K. Löw (Hg): *Ursachen und Verlauf der deutschen Revolution von 1989*. Berlin: Duncker & Humblot, 1991.
- Janka, Walter, *Schwierigkeiten mit der Wahrheit*. Reinbek: Rowohlt, 1990.
- Jesse, Eckehard, „Die innerdeutschen Beziehungen unter der christlich-liberalen Regierung“. In: E. Jesse (Hg): *Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik*. Berlin: Colloquium Verlag 1985, S. 431-34, 435f.
- Jesse, Eckehard, „Wir sind das Volk! Neues Selbstbewußtsein, Vielfältigkeit und Gefährdungen der Opposition“. In: E. Jesse (Hg): *DDR - Von der friedlichen Revolution zur deutschen Vereinigung*. Opladen: Leske und Budrich, [1990].
- Just, Gustav, *Zeuge in eigener Sache: Die fünfziger Jahre in der DDR*. Frankfurt a.M.: Luchterhand, 1990.
- Keane, John, ed., *Civil Society and the State: New European Perspectives* (London: Verso, 1988).
- Knabe, Hubertus, „Die deutsche Oktoberrevolution“. In: H. Knabe (Hg): *Aufbruch in eine andere DDR: Reformer und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes*. Reinbek: Rowohlt, 1989.
- Knabe, Hubertus, „Politische Opposition in der DDR“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bände 1+2, 1990.
- Krenz, Egon, *Wenn Mauern fallen: Die Friedliche Revolution, Vorgeschichte - Ablauf - Auswirkungen*. Wien: Paul Neff Verlag, 1990.
- Kroh, Ferdinand, „Havemanns Erben – 1953 bis 1988“. In: F. Kroh (Hg): „*Freiheit ist immer Freiheit . . .*“. *Die Andersdenkenden in der DDR*. Frankfurt a.M.: Ullstein Sachbuch, 1988.
- Kumar, Krishan, "The Revolution of 1989: Socialism, Capitalism, and Democracy," in *Theory and Society*,

- no. 21, (1992).
- Lang, Edwald (Hg), *Wendehals und Stasi-Laus: Demo-Sprüche aus der DDR*. München: Wilhelm Heyne Verlag, 1990.
- Lemke, Christiane, *Die Ursachen des Umbruchs 1989: Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1991.
- Loest, Erich, *Die Stasi war mein Eckermann oder: mein Leben mit der Wanze*. Göttingen: Steidel Verlag, 1991.
- Meier, Artur, „Abschied von der sozialistischen Ständegesellschaft“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B 16-17, (April 1990). S. 3-14.
- Meier, Artur, „Die Revolution entläßt ihre Theoretiker“. In: B. Giesen und C. Leggewie (Hg): *Experiment Vereinigung: Ein sozialer Großversuch*. Berlin: Rotbuch Verlag 1991, S. 29-31.
- Meuschel, Sigrid, „Wandel durch Auflehnung: Thesen zum Verfall bürokratischer Herrschaft in der DDR“. In: R. Deppe et al. (Hg): *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*, 1991, S. 26-47.
- Moser, Tilmann, *Besuche bei Brüdern und Schwestern*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1992.
- Motschmann, Jens, „Evangelische Kirche und Wiedervereinigung“. In: K. Löw (Hg): *Ursachen und Verlauf der deutschen Revolution von 1989*. Berlin: Duncker & Humblot, 1991.
- Nietzsche, Friedrich, *Also Sprach Zarathustra: Ein Buch für Alle und Keinen*. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag, 1969/1884.
- Nietzsche, Friedrich, *Die fröhliche Wissenschaft*. Frankfurt a.M.: Insel Taschenbuch, 1982/1882.
- Nolte, Joachim, „Chronik medienpolitischer Ereignisse in der DDR“. In: W. Claus (Hg): *Medien-Wende, Wende-Medien? Dokumentation des Wandels im DDR-Journalismus*. Berlin: Vistas 1991, S. 17-116.
- Offe, Claus, „Die deutsche Vereinigung als ‚natürliches Experiment‘“. In: B. Giesen und C. Leggewie (Hg): *Experiment Vereinigung: Ein sozialer Großversuch*. Berlin: Rotbuch Verlag, 1991.
- Peulen-Hartung, Margret, „Die Partei, die Partei, die hat immer recht: Die SED - eine Partei nach stalinistischem Muster“. In: M. Gorholt und N. Kunz (Hg): *Deutsche Einheit - Deutsche Linke: Reflexionen der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung*. Köln: Bund-Verlag, 1991.
- Pollack, Detlef (Hg), *Die Legitimität der Freiheit: Politisch alternative Gruppen in der DDR unter dem Dach der Kirche*. Frankfurt a.M.: Peter Lang, 1990.
- Rein, Gerhard (Hg), *Die Opposition in der DDR: Entwürfe für einen anderen Sozialismus*. Berlin: Wichern-Verlag, 1989.
- Rexin, Manfred, „Koexistenz auf Deutsch: Aspekte der deutsch-deutschen Beziehungen 1970-1987“. In: Gert-Joachim Glaebner (Hg): *Die DDR in der Ära Honecker: Politik, Kultur, Gesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1988.
- Holzweißig, Gunter, *Massenmedien in der DDR*. Berlin: Verlag Gebrüder Holzapfel, 1989.
- Roberts, Adam, *Civil Resistance in East European and Soviet Revolutions* (Cambridge: The Albert Einstein Institution, 1991).
- Ronge, Volker, „Loyalty, Voice, or Exit? Die Fluchtbewegung als Anstoß und Problem der Erneuerung in der DDR“. In: G. Wewer (Hg): *DDR - Von der friedlichen Revolution zur deutschen Vereinigung*. Opladen: Leske und Budrich, 1990.
- Rousseau, Jean-Jacques, *Du Contrat Social*. Flammarion: Paris, 1966/1762.
- Schabowski, Günter. Ludwig Koehne, Frank Sieren (Hg), *Das Politbüro: Ende eines Mythos*. Reinbek: Rowohlt, 1990.
- Schabowski, Günter, *Der Absturz*. Berlin: Rowohlt, 1991.
- Schädlich, Hans Joachim (Hg): *Aktenkundig*. Berlin: Rowohlt Verlag, 1992.
- Schneider, Rolf, *Frühling im Herbst: Notizen zum Untergang der DDR*. Göttingen: Steidl Verlag, 1991.
- Sharp, Gene, *The Methods of Nonviolent Action*, Band 2 von *The Politics of Nonviolent Action* (Boston: Porter Sargent, 1973),

- Sharp, Gene, *The Politics of Nonviolent Action*, 3 vols. (Boston: Porter Sargent, 1973).
- Sharp, Gene, *The Role of Power in Nonviolent Struggle* (Cambridge, Mass.: Albert Einstein Institution, 1990).
- Sontheimer, Kurt, *Deutschlands Politische Kultur*. München: Piper, 1990.
- Staritz, Dietrich, „Untertänigkeit: Erbe und Tradition“ in: *Studies in GDR Culture and Society*, vol. 6, S. 37-48.
- Swoboda, Jörg, *Die Revolution der Kerzen: Christen in der Ummwälzung der DDR*. Wuppertal/Kassel: Onkenverlag, 1990.
- Thaysen, Uwe, *Der Runde Tisch. Oder wo bleibt das Volk?* Opladen: Westdeutscher Verlag, 1990.
- Vogele, William, "Learning and Nonviolent Struggle in the Intifadah," *Peace & Change* 17, no. 3, (1992).
- Veen, Hans-Joachim und Peter R. Weilemann (Hg), *Die Westpolitik der DDR*. Melle: Verlag Ernst Knoth, 1989.
- Wagner, Herbert, „Die Novemberrevolution 1989 in Dresden: Ein Erlebnisbericht“. In: K. Löw (Hg): *Ursachen und Verlauf der deutschen Revolution von 1989*. Berlin: Duncker & Humblot 1991.
- Walker, R.B.J., "History and Structure in the Theory of International Relations," *Millennium* 18, no. 2, (1989).
- Wehling, Hans-Georg (Hg), *Politische Kultur in der DDR*. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer, 1989.
- Weisskirchen, Gert, in „Aufbruch in die Differenz: Zur Rolle der Kultur in der europäischen Revolution unserer Tage“. In: M. Gorholt and N. Kunz (Hg): *Deutsche Einbeit - Deutsche Linke: Reflexionen der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung*. Köln: Bund -Verlag, 1991.
- Wendt, Alexander, "The Agent-Structure Problem in International Relations Theory," *International Organization* 41, (Sommer 1987).
- Zagatta, Martin, „Kirche als Ersatzöffentlichkeit“. In: H.G. Wehling (Hg): *Politische Kultur in der DDR*. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer, 1989.
- Revolution und Reformen in der DDR: Auswahlbibliographie 1989-1990* (Bonn: Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, 1990)
- Dokumentation zu den Innerdeutschen Beziehungen: Abmachungen und Erklärungen* (Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1990).
- Von der Revolution in der DDR zur deutschen Einbeit: Auswahlbibliographie 1989-1990* (Bonn: Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, 1991).

Nachwort

Von Eberhard Bürger

Hoffnung haben - Hoffnung vermitteln

Das Maß der Hoffnung
ist nicht die Überzeugung,
dass etwas gut ausgeht,
sondern die Gewissheit,
dass etwas Sinn hat -
ohne Rücksicht darauf,
wie es ausgeht.

Und diese Hoffnung
vor allen Dingen ist es,
die uns die Kraft gibt
zu leben und es immer
wieder aufs Neue zu versuchen,
sind die Bedingungen äußerlich
auch noch so hoffnungslos.

(Vaclav Havel)⁸⁴

1. Theorie und Praxis begegnen sich

Wie kommt ein gebürtiger Schweizer, Roland Bleiker, dazu, in seiner Zeit in den USA 1993 den Blick auf „Nonviolent Struggle and the Revolution in East Germany“ zu richten, auf den „Gewaltfreien Kampf und die Revolution in Ostdeutschland“? Wer heute im Internet nachschaut, bekommt die Antwort: „Professor Roland Bleiker - Director Rotary Program, Professor of International Relations, Peace Studies and Political Theory“ und findet eine Fülle von Veröffentlichungen zu Friedens- und Konfliktforschung. Das ist sein berufliches Lebensthema geworden, und die o.g. Schrift stand mit am Anfang dieses Weges.

Obwohl ich mich schon jahrzehntelang mit der Friedlichen Revolution von 1989 in der DDR befasste und eine Fülle von Literatur vor Augen habe, sind mir bisher weder die Schrift von Roland Bleiker noch die meisten in seinem Literaturverzeichnis gesammelten Schriften begegnet. Vielleicht hat das etwas mit dem Gegensatz zu tun, den Roland Bleiker im Kapitel vier beschreibt „*Zuerst einmal muss eine bessere und tragfähigere Brücke zwischen handlungs- und strukturorientierten Ansätzen der Untersuchung sozialen Wandels gebaut werden.*“ Roland Bleiker hat nicht nur einen biografischen und geografischen Abstand zu den Ereignissen, sondern eben auch einen gedanklichen und „instrumentellen“. Neben der Beschreibung von Ereignissen, Strukturen und deren Wirkungen zieht er theoretische Erkenntnisse aus Politik- und Sozialwissenschaft und gewaltfreiem Widerstehen heran, um von dort aus die Ereignisse in der DDR zu beleuchten, zu reflektieren und zu gewichten. Für mich als Zeitzeuge und am konkreten Ort Mitgestalter

⁸⁴ **Václav Havel** (*1936 - † 2011) war „ein [tschechischer Dramatiker](#), [Essayist](#), [Menschenrechtler](#) und [Politiker](#), der während der Herrschaft der [kommunistischen Partei](#) einer der führenden [Regimekritiker](#) der [Tschechoslowakei](#) war und zu den Initiatoren der [Charta 77](#) gehörte. Nach der [Samtenen Revolution](#), an der er maßgeblich beteiligt war, war er von 1989 bis 1992 der letzte (neunte) [Staatspräsident](#) der Tschechoslowakei und von 1993 bis 2003 der erste der Tschechischen Republik. ...Havel war ...Ehrenmitglied im [Club of Rome](#).“ Wikipedia, gelesen am 24. 2. 2024

der Friedlichen Herbstrevolution 1989/90 mutete es zunächst ungewöhnlich an, die Ereignisse dieser Zeit mit Theorien verschiedener Wissenschaftsrichtungen zu verbinden. Doch genau das ist mir zur Herausforderung geworden: in dieses Gespräch einzutreten, jedoch aus der Perspektive des Erlebens und Handelns. Was passiert, wenn Fachleute der Theorie auf aktive Zeitzeug*innen treffen?

Mein Lebensweg führte zusammen mit meiner Familie 40 Jahre durch die DDR. Seit 1966 bin ich in der Friedensarbeit in Thüringen aktiv gewesen und als evangelischer Pfarrer bis heute dabei geblieben. Die Zeit der Friedlichen Herbstrevolution erlebte ich mit meiner Familie in der Kleinstadt Belgern/Elbe bei Torgau und war ab Oktober 1989 im Neuen Forum bei den gesellschaftlichen Veränderungen aktiv. 1990 moderierte ich zusammen mit dem katholischen Vikar den Runden Tisch im Kreis Torgau. Seit 1991 gehören meine Frau Barbara, ebenfalls evangelische Pfarrerin, und ich zum Deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbund.

Ich bekam die Schrift von Roland Bleiker im Herbst 2023 von Barbara Müller vom Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (ifgk). Da meine Englischkenntnisse nicht für die Übersetzung ausreichten, fragte ich Ingrid von Heiseler an, die bereits mehrfach für den Deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes und andere Organisationen übersetzt hat - und sie reagierte umgehend positiv. Deshalb sei ihr an dieser Stelle ein großer Dank für ihre kompetente Arbeit und die kollegiale Zusammenarbeit gesagt! Sie war es auch, die dann den direkten Kontakt zum Autor Roland Bleiker herstellte, der inzwischen in Australien in der Friedens- und Konfliktarbeit tätig ist. Er gab seine Zustimmung zur Übersetzung. Barbara Müller wiederum sah dann die Möglichkeit einer Veröffentlichung übers ifgk. Jetzt, nach dem intensiven Gegen- und Korrekturlesen zusammen mit Christine Schweitzer vom Bund für Soziale Verteidigung (BSV), liegt die Schrift hier vor.

In Vorbereitung eines Nachwortes habe ich mich bereits mit anderen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern über Roland Bleikers Schrift ausgetauscht: mit Barbara Müller vom ifgk, mit Barbara Bürger, damals Pfarrerin auf Dörfern bei Torgau, Giselher Quast, damals Domprediger in Magdeburg, Detlef Förster, damals Schauspiel dramaturg am Theater in Rudolstadt.

2. Wertschätzende Beachtung einer Zukunftsressource

Mich hat zunächst beeindruckt, dass diese Zeit und die Ereignisse um 1989/90 als Forschungsgegenstand aufgenommen und mit verschiedenen wissenschaftlichen Untersuchungen verbunden worden ist. Ich erlebe die Schrift von Roland Bleiker als besondere Wertschätzung und Würdigung der Ereignisse und der Menschen dieser Zeit. Die Schrift beantwortet die Frage, ob die Friedliche Revolution 1989 in der DDR ein „auszurangierendes Erbe, also eine Reste-Rampe, oder eine Zukunfts-Ressource“ sei (Joachim Garstecki) eindeutig als Zukunfts-Ressource. Für ihn geht es bei der Untersuchung theoretischer Ansätze darum, „...das Verständnis der Faktoren, die bewirken, dass ein gewaltfreier Kampf gegen repressive Gesellschaftssysteme und die Errichtung demokratischer Alternativen wahrscheinlich erfolgreich sein wird, zu verbessern.“

In dieser Perspektive können dann die Ereignisse vor, während und nach der Friedlichen Revolution auch genauer nach einzelnen „Bausteinen“ gewaltfreier Aktionen untersucht werden, die möglicherweise zu hilfreichen Aktivitäten in Gegenwart und Zukunft inspirieren. Das wird in anderem Rahmen weitergeführt werden.

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung von Roland Bleikers Schrift in deutscher Sprache: 2024, also
35 Jahre nach der Friedlichen Revolution 1989.

Das ist allen Beteiligten ein geeigneter, würdiger Anlass, die Themen, Ereignisse und den gewaltfreien Kampf dieser Zeit zu erinnern. Wozu erinnern?

Geschichte entsteht aus erlebten und gedeuteten Geschichten. Die Ereignisse und Erlebnisse von damals sind es wert, als persönliche und als kollektive Erinnerungen weitergegeben zu werden. Sie lassen Menschen anderer Zeiten und Orte aufhorchen, wacher werden, sie ermutigen und inspirieren. Ich selbst erlebe das Erinnern und Nach-sinnen zugleich als einen heilsamen Prozess, in dem Freude aufleuchtet

und Trauer Raum bekommt. In dieser gegenwärtigen Zeit, in der die Friedliche Revolution von 1989 weithin unbekannt oder vergessen zu sein scheint, von Eliten unter den Tisch gekehrt wird oder von scheinbar „Alternativen“ Parteien für eigene Zwecke instrumentalisiert und verfälscht wird, in dieser Zeit erlebe ich die Bedeutung des Erinnerns als Schreiben und Erzählen als besonders wichtig und hilfreich in diesem Sinne: „*Erinnern ist Weitergabe des Feuers – nicht die Verehrung der Asche.*“⁸⁵

3. Zur Komplexität des gewaltfreien Kampfes vor und um 1989 in der DDR

Roland Bleiker schreibt mehrfach davon, dass er sich auf einige wenige Grundlinien konzentriert und sich der weiterreichenden Komplexität der Ereignisse und ihrer Bedeutung bewusst ist. Wie aus einem Flugzeug heraus gewinnt er so einen Überblick über zwei Grundlinien gewaltfreien Kampfes in der Friedlichen Revolution in der DDR. Darin liegt die Stärke dieser Schrift einerseits und die Redlichkeit und Bescheidenheit des Autors andererseits. Und zugleich reizt genau diese nur angedeutete Komplexität, von ihr mehr zu erzählen, immer weiter... Einzelheiten werden wie Puzzleteile sichtbar, Entwicklungen können nachgezeichnet werden, Inhalte treten als Bausteine für eine neue Hegemonie hervor, persönliche Schicksale wirken nach bis heute... Allein die unterschiedlichen Bezeichnungen für die Zeit 1989/90 und ihre Ereignisse macht deutlich, wie unterschiedlich sie erlebt worden ist: Wende, Umbruch, Zusammenbruch, Aufbruch, Wunder, Friedliche Revolution, der kurze Herbst der Hoffnung...

Vor allem im Kapitel eins von Roland Bleikers Schrift, „Eine kurze Geschichte von Herrschaft, Widerstand und Revolution in Ostdeutschland“ und im Anhang, in der Chronologie, gibt es dazu viel zu ergänzen.

An einem Beispiel mag deutlich werden, wie vielschichtig gewaltfreies Engagement manchmal war: am Symbol von „Schwertern zu Pflugscharen“, das dieser Ausgabe der Schrift von Roland Bleiker vorangestellt ist. Mit diesem Symbol sind folgende „Schichten“ verbunden:

- In der hebräischen Bibel ist eine Vision von zwei Propheten - Micha 4, 3-4/Jesaja 2, 4 – überliefert. In ihr stellt Gott den Menschen seine Absicht und seine Vollendung in Aussicht: Die Völkerwelt und die mächtigen Nationen – „*sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen machen und ihre Spieße zu Sicheln. Es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen.*“
Ein jeder wird unter seinem Weinstock und Feigenbaum wohnen, und niemand wird sie schrecken.“
- Aus dieser biblischen Vision hat der sowjetische Schmied Jewgeni Wutschetitsch ein Denkmal nach sozialistischer Art geschaffen. 1959 schenkte die sowjetische Regierung dieses Denkmal der UNO als Zeichen ihres Friedenswillens, und es steht bis heute beim UN-Gebäude in New York. In der DDR war grundsätzlich anerkannt, was aus der Sowjetunion kam.
- Also nahmen die Initiatoren der Friedensdekade in der DDR, vor allem der Jugendpfarrer Harald Bretschneider, das sowjetische gefertigte Symbol als Symbol für die Friedensarbeit der Evangelischen Kirche in der DDR. Es durfte zunächst nicht gedruckt werden. Doch für Textildruck, also z.B. Vlies, gab es kein Verbot, so dass die Druckerei in Herrnhut sich in der Lage sah, das Symbol in enormen Stückzahlen auf Vlies zu drucken. So erblickte das Friedenslogo als Aufnäher das Licht. In Windeseile verbreitete er sich überall in der DDR vor allem unter Jugendlichen und wurde 1981/82 von vielen öffentlich getragen. Eine staatlich unabhängige und dazu nicht kontrollierbare Friedensarbeit in der DDR aber konnte nicht geduldet werden! Sie galt als „feindlich-negativ“. Es folgten polizeiliche Zuführungen, Verhaftungen, repressiver Druck in allen Variationen, bis das Symbol zunächst aus der Öffentlichkeit verschwand. Wer dann an seiner Jacke oder seinem Anorak ein sichtbares Loch hatte, war weiterhin klar als Träger des Symbols zu erkennen. Die Evangelische Kirche der DDR übernahm das Symbol dann verbindlich als Logo für die jährliche Friedensdekade, also für die

⁸⁵ Im Original: „Tradition ist die Weitergabe des Feuers, nicht die Anbetung der Asche.“ Jean Jaurès

Aktionen zehn Tage im November bis zum Buß- und Bet-Tag. Heute gilt das Symbol als Logo für die gesamtdeutsche Friedensdekade.

- 1983 tauchte das Symbol auf Plakaten von Jenaer Friedensgruppen wieder in der Öffentlichkeit auf und deren Träger wurden mit harten Strafen bis hin zur Ausweisung aus der DDR belegt.
- Ebenfalls 1983 fanden in der DDR regionale evangelische Kirchentage statt, die mit dem 500. Geburtstag von Martin Luther zu tun hatten. Ihr gemeinsames Thema: „Vertrauen wagen“. Am 24. September, beim Kirchentag in Wittenberg, schmiedete Stefan Nau vor 4000 Gästen ein Schwert öffentlich zu einer Pflugschar um. Wohl der Anwesenheit von Bundespräsident Richard von Weizsäcker war es zu verdanken, dass die Staatssicherheit nicht eingriff. Die Medien der Bundesrepublik publizierten dieses Ereignis als **das** Ereignis der DDR-Friedensbewegung.
- Was nicht mehr publiziert wurde: Der Schmied Stefan Nau verlor seine Kundschaft durch das Hintertreiben der Staatssicherheit und musste in einen Chemiebetrieb arbeiten gehen. Dort weiter unter Druck gesetzt, stellte er einen Ausreiseantrag und wurde ausgewiesen. Hatten die Friedensgruppen von Wittenberg ihn ausreichend begleitet? In der BRD starb er 2011, wohl immer noch sehr beeinträchtigt durch Isolation und Schikane.
- Mir selbst und anderen ist dies biblische Vision nie nur ein Logo gewesen, sondern die tiefe Vision bis heute, die die Richtung anzeigt, in der die Zukunft unserer Völker- und Mitwelt liegt. Auch wenn sie allein Gott vorbehalten ist, suchen wir schon heute Wege und Schritte in diese Richtung und probieren, wie weit wir kommen.

Zurück zur Schrift von Roland Bleiker: In die Chronologie am Ende der Schrift muss aus unserer Sicht⁸⁶ ein Datum unbedingt ergänzt werden, und zwar ganz am Anfang:

26. – 30. April 1989. An diesem Tag endete die Ökumenische Versammlung (1988/89) aller 19 Kirchen und Kirchlichen Gemeinschaften der DDR und der Basisgruppen mit der Veröffentlichung von 12 Dokumenten zu Fragen von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Die Dokumente nehmen vor allem Tausende von „Zeugnissen der Betroffenheit“ auf, mit denen sich Christen*innen und Nichtchrist*innen erstmals öffentlich vor den Augen der Staatsvertreter und den Ohren der Presse über Missstände im Land geäußert und damit ihr jahrelanges Schweigen bzw. nur Reden hinter vorgehaltener Hand überwunden haben. In diesen Dokumenten werden - ausgehend von Perspektiven des christlichen Glaubens - Analysen und Impulse für Veränderungen im Welthorizont und konkret für die DDR gegeben. In ihnen kristallisierten sich die wesentlichsten Visionen und Schritte, sodass sie als Anregung für die Plakate der Demonstrationen, für die ersten Parteiprogramme der neu gegründeten Parteien, für den Verfassungsentwurf des Runden Tisches dienten und die Staatssicherheit sie (intern) als den weitreichendsten gesellschaftlichen Veränderungsentwurf bezeichnete, den es in der DDR gegeben hatte.

4. Eine „nicht nennenswerte Opposition“

Wie entstanden „kleine Räume zum Atmen“ in der Gesellschaft?

Bettina Schlauraff⁸⁷ erzählt biografisch, wie sie in die Gesellschaft hineingewachsen ist und wie sich für sie allmählich unter der Oberfläche neue Welten aufgetan haben.

„Sehr unbeholfen kratzt mein Füller über das Heft mit grünem Umschlag und zeichnet die ersten kyrillischen Buchstaben. Ich bin 10 Jahre alt und lerne wie zehntausende andere 10-jährige DDR-Kinder das russische Alphabet schreiben und

⁸⁶ Gemeint ist die o.g. Gruppe von vier Gesprächspartner*innen aus der Zeit von 1989.

⁸⁷ Bettina Schlauraff, Eine nicht nennenswerte Opposition...und warum Unsichtbares stark sein kann, in: Chrismon vom 18. 2. 2024. Die Verfasserin, Regionalbischöfin in Magdeburg, denkt biografisch zurück, weil in der Presse dieser Tage von einer „nicht nennenswerten Opposition“ im gegenwärtigen Russland gesprochen wird. Die Erfahrungen aus der Zeit der DDR ermutigen sie heute, der russischen Opposition im Untergrund zu trauen, bis für sie der „Kairos“, der geeignete Zeitpunkt gekommen ist, öffentlich zu werden. Was für westliche Medien bis heute „nicht nennenswert“ ist (weil nicht spektakulär und geldbringend), bleibt der lebenswichtige Graswurzel-Nährboden für die künftigen Veränderungen

singen. Als erstes kann ich „Menya zovut Bettina“ sagen und erfahre, dass „Mama“ auch „Mama“ heißt. Es ist meine erste Fremdsprache und sie entführt mich in eine spannende, neue und unbekanntere Welt. Keine fremde Welt. Denn mich begleiten ja schon von klein auf auch russische Märchen und russische Kinderbuch-Helden, Matroschkas und der Anblick russischer Soldaten auf den Straßen. Mir wird von einem freundlichen Land erzählt. Meine Lehrerinnen berichten begeistert von ihrem Studium in Russland, ihren Reisen dorthin und von Freunden, die sie dort gefunden haben. Es ist das Land der Revolution. So wird es mir beigebracht. Grund meiner Freiheit. So lerne ich es. Mit zehn Jahren habe ich schon einen Klassenstandpunkt und kenne den Klassenfeind. Ich bin für den Weltfrieden. Noch heute, wenn man mich selbst nachts wecken würde, könnte ich, obwohl ich gar nicht Pionier war, die Friedens-Pionierlieder wie aus der Pistole geschossen singen: „Kleine weiße Friedenstaube...“; „Hell scheint die Sonne und leicht ist unser Schritt...“; „Mit fliegenden Fahnen ziehn wir in den Mai...“; „Über allen strahlt die Sonne...“; „Die Heimat hat sich schön gemacht...“ und „Пусть всегда будем солны...“ - „Immer lebe die Sonne, immer lebe der Himmel, immer lebe die Mutti und auch ich immerdar!“ - wahlweise auf Deutsch oder Russisch.

Meine Welt wird gut geordnet und erklärt. Es wäre einfach, in ihren Regeln zu leben. Wenn man keine Fragen hat. Ob meine Lehrerin weiß, dass das russische Wort für Sonntag, „Воскресенье/ Voskresen'ye“, vom Wort „Auferstehung“ kommt, frage ich sie eines Tages. Damit fängt es an. Falsche Frage. Sie ist nicht amüsiert. Das wäre eine falsche Information, erklärt sie mir. Auferstehung gäbe es außerdem gar nicht. Und ich stehe im Konflikt, wem ich glauben soll: ihr oder meiner Mutter, die Pfarrerin ist und mir das erzählt hat.

Es sind die Kratzstellen der Diktatur, die sich freilegen, wie die Zahlen auf einem Rubbellos, sobald man Fragen stellt und die Dinge selbst durchdringen will. Plötzlich schimmert eine Art Paralleluniversum durch die Alltagsmatrix und irritiert. Viele haben das weg geblinzelt. Ist auch gar nicht auszuhalten in einer Matrixspannung zu leben. Eigentlich alle haben gelernt, sie zu beherrschen. Von außen betrachtet, ist es ein angepasstes Leben. Von innen betrachtet eine Überlebensstrategie. Von außen betrachtet mitlaufende Mitläufer. Von innen betrachtet ein System aus unscheinbaren Zeichen, Signalen, Gesten, Farben, Kleidungsstücken und Metaphern, die nach außen bedeutungslos und nach innen Ausdruck der Freiheit waren.

Ich erinnere mich an Blicke. Viele Blicke. Blicke, mittels derer ich mich mit Gleichgesinnten verständigte und mit den Wimpern nickte. Ich erinnere mich an spontanen Beifall in Theaterstücken, der eigentlich nur einer beiläufigen Metapher galt. Ich lernte vielsagend zwischen Zeilen sprechen. Gedichte zu lesen von Ferne und verschiedenen Häuten und Wahrheiten und von Mut. Bilder zu betrachten mit den Augen einer, die Türen und Welten sieht. Liedtexte mitzusingen, deren Worte eine Sprache für Unsagbares fanden, wie das Lied von den Moorsoldaten. Ich erinnere kleine Alltagsmomente. Momente des Nichtzustimmens, des Umwertens, des dahinter Lesens, der Blicke und stillen Übereinkünfte. Unspektakulär. Fast nicht erzählbar. Mikroeben. Kratzstellen. Beherrschte Paralleluniversen. Zweitsprache. Nichtausgesprochen. Nicht nennenswert. Im Vergleich zu den mutigen, großen, fast immer folgenreichen Gesten: Aufkleber, Protestbriefe, Friedensgebete, Ausreiseanträge...“

So entstanden sie, die Mini-Räume zum Atmen und Aufatmen damals – und so entstehen sie heute anderswo.

Ein weiterer Aspekt des Widerstehens in der DDR kommt ebenfalls kaum in den Veröffentlichungen Erfahrungsberichten und theoretischen Überlegungen zur Friedlichen Revolution vor: die Kontinuität des täglichen Lebens gegen die Einbrüche, Umbrüche, Zusammenbrüche... Wie viele, vor allem Frauen, haben sich trotz aller frustrierenden und aufreibenden gesellschaftlichen Erfahrungen den Kindern, den Familien, den Schwächsten in einer täglichen Hingabe gewidmet, die wiederum anderen Erwachsenen eine öffentliche Wirksamkeit ermöglichte! Wie viele Engagierte haben in Kindergärten und Kinder- und Jugendgruppen auch der Kirchen eine andere „Kultur“ gelebt und damit den Boden bereitet, dass Menschen resilienter und weitblickender wurden. Diese „Stillen im Lande“ haben eine Kraft entwickelt, die sich allmählich in den unterschiedlichen Emanzipationsbewegungen in der DDR an die Öffentlichkeit wagte. Maxie Wander, Brigitte Reimann, Christa Wolf, Stefan Heym, Franz Fühmann beispielsweise entwarfen in der Literatur Konturen eines anderen Sozialismus als des vorfindlichen.

5. Gründe für das Beharren in der Diktatur

Wenn das mit dem Beseitigen von Diktaturen so einfach wäre, weshalb geschieht es dann nicht öfter? Roland Bleiker geht dieser Frage z.B. im Kapitel vier seiner Schrift nach und findet als Antworten:

- „Macht der Gewohnheit und des Herkommens sowie Propagandabemühungen der herrschenden Gruppe“, die dazu führen, dass die Massen freiwillige Knechtschaft akzeptieren.
- „Errichtung einer Hierarchie von untergeordneten Verbündeten“, die vom System profitieren und deshalb den Status Quo verteidigen.

Wir⁸⁸ sehen noch zwei weitere wichtige Gründe:

- Weil die SED ideologischen, strukturellen, physischen und psychischen Druck ausübte bis hin zu massiven Repressalien der Staatssicherheit, waren Angst und Überdruß die Folgen. Bis die Angst überwunden und der Überdruß zu stark wurden, brauchte es einen inneren und äußeren Weg der Befreiung.
- Der Mehrheit fehlte es an einer oder gar mehreren Visionen für unser Land. Wem das selbstbestimmte politische Denken über Jahrzehnte hin abgewöhnt wurde, der war selten in der Lage, Visionen zu entwickeln, geschweige denn sie öffentlich zu machen. Rudolf Bahro und Robert Havemann mussten für ihre perspektivischen Gedanken einen hohen Preis zahlen und wurden – wie andere in Literatur, Theater, Kirche und Kunst - zum Schweigen gebracht.

Die Basisgruppen in der DDR hatten meist sehr konkrete Themen, Vorschläge und Forderungen: Umweltfragen, Menschenrechtsfragen, Weltanschauungsfragen, Friedensfragen, Eine-Welt-Problematik, Frauenfragen, Medien- und Kulturfragen...

Diese Gruppen bekamen viel Aufmerksamkeit, weil es in der DDR-Ideologie keine Andersdenkenden, sondern nur Falschdenkende gab. Wer „falsch dachte“, also anders als die SED-Ideologie es derzeit propagierte, musste geschult werden. Wenn er oder sie dann einsichtig waren, konnten er oder sie „höher“ steigen. Wenn er oder sie widersprachen, wurden sie zurückgesetzt, ausgegrenzt, verfolgt, abgeschoben oder bis zur Unerträglichkeit „behandelt“. Da kam die Frage auf, wie resilient eine Person war, wie lange und wie weit er oder sie mit einer anderen Meinung durchhalten konnten oder sogar ganz aktiv widersprechen. Auch dieses Widerstehen war nicht linear, sondern zyklisch, abhängig durchaus davon, aus welchen Quellen jemand Kraft schöpfte, wie viel Sicherheit er oder sie spürte, wie gut die Orientierung dafür war, was wann wo wie eine Chance zur Verwirklichung hatte. „Für solche wie Sie ist in unserem Land kein Platz!“ sagte mir ein Staatssicherheitsarzt bei der Musterung heimlich und hasserfüllt ins Ohr, damit es keine anderen Zeug*innen gäbe. Andere haben derartige Ausgrenzung weitaus stärker schmerzlich, kränkend und tödlich erlebt. 1988/89 waren für künftige Zeiten bereits Internierungslager bis in Einzelheiten hinein geplant, auch mit immer wieder aktualisierten Listen für das zuzuführende „Menschenmaterial“.

Die daraus resultierende und um sich greifende Entmutigung und „innere Kündigung“, die Gleichgültigkeit und effektive Anpassung wirkten faktisch immer wieder als Stützen der Diktatur.

6. Tiefere Sicht auf Flucht-Widerspruch und die Rolle von Wehrdienstverweigerern

Roland Bleikers These: Zwei Formen gewaltfreien Kampfes – Flucht und Widerspruch - stürzen einen Staat. Sie sind in den beiden Slogans zusammengefasst gewesen:

„Wir wollen raus!“ und „Wir bleiben hier!“, die auf den Straßen der DDR erklangen.

So gleichwertig, wie sie bei Roland Bleiker nebeneinander stehen, haben wir⁸⁹ sie nicht erlebt. Zwischen Ausreisewilligen und Bleibewilligen gab es Spannungen. Viele Ausreisewillige haben sich hervorgetan, um mit ihrem Protest die Ausreise schneller zu erzwingen, nicht um etwas im Land zu bewegen. Das wiederum schlug belastend auf den Protest der Bleibewilligen zurück.

Es ist ein Streitthema in der Geschichtsdeutung der DDR geworden, wer den Staat letztlich zu Fall gebracht hat, ob Ausreisewillige oder Bleibewillige.

⁸⁸ Gemeint ist die o.g. Gruppe von vier Gesprächspartner*innen aus der Zeit von 1989.

⁸⁹ Gemeint ist die o.g. Gruppe von vier Gesprächspartner*innen aus der Zeit von 1989.

Die Grafik in der Schrift von Roland Bleiker zeigt von 1962 bis 1987 nur geringe Zahlen für Fluchtbewegungen an. In diesem Zeitraum haben Fluchtbewegungen kaum Anteil an den gesellschaftlichen Veränderungen. Doch genau in diesen Jahren wuchsen unter den Bleibewilligen die Forderungen nach Reformen im Land, wuchsen Emanzipationsbewegungen in verschiedenen Bereichen der Zivilgesellschaft, bildete sich ein kirchlicher Schutzraum für Basisbewegungen heraus.

Roland Bleiker schreibt: „In den 1980iger Jahren gab es Reform-Diskussionen in kleinen ostdeutschen Kirchenkreisen.“

Sie begannen jedenfalls in größerem Umfang bereits 1961, in der Zeit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der DDR. Wegen des Mutes der vielen Wehrdienstverweigerer, ins Gefängnis zu gehen, wurde 1964 vom Staat als Kompromiss das „Bausoldatengesetz“ für einen waffenlosen Ersatzdienst in der Nationalen Volksarmee geschaffen.⁹⁰ Ein Ziel dieses Gesetzes war, die Wehrdienstverweigerer mehr von der Gesellschaft zu isolieren und unter Kontrolle zu bekommen. Das ist nicht gelungen. Bausoldaten wurden in Kasernen zusammengeführt und bereiteten dort eine breite und qualifizierte Friedensarbeit an vielen Orten der DDR vor.

Bis 1985 wurden in jedem Jahr Totalverweigerer verurteilt - oder einfach übergangen.

Auch andere Basisgruppen wurden längst vor 1980 aktiv. Diese lange Geschichte der Vorbereitung der grundlegenden Veränderungen in der DDR ist in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Sie jedoch wurde zum tragfähigen Boden für die gesellschaftliche Erneuerung ab 1989. Die Fluchtbewegungen der 88/89iger Jahre kamen dann periodisch zu diesem jahrzehntelang gewachsenen Widerspruch dazu und bewirkten, dass der Druck der Reformbewegungen noch schneller zu wirken begann.

7. Das Volk nutzt das „Fenster der Gelegenheit“

Der 7. Mai 1989, der Tag der Volkskammerwahlen in der DDR, wurde der Ausgangspunkt für die zunehmenden öffentlichen Proteste der Zivilbevölkerung. In vielen Orten deckten Mitglieder der Basisgruppen den Wahlbetrug der SED-Führung auf und machten ihn öffentlich bekannt. Als der Betrug erneut vertuscht werden sollte, nahmen sich Basisgruppen in einigen Orten vor, ab sofort an jedem 7. des Monats zu streiken, um an den Skandal zu erinnern. Roland Bleiker schreibt zurecht, dass dieser Funke das Pulverfass zum Explodieren brachte. Das Bürgerkomitee Leipzig führte 600 Orte in der DDR auf, in denen der Protest ab dieser Zeit in vielfältiger Weise öffentlich wurde.

Bis zum 8. Oktober 1989 reagierten die Staatsorgane mit aller Gewalt, um der Unruhen Herr zu werden.

„Wir sind **das** Volk!“ ging der Ruf von Leipzig aus übers ganze Land. Am 7. Oktober in Plauen (15.000) und am 9. Oktober 1989 in Leipzig (70.000), auf den Tag genau 40 Jahre nach Gründung der DDR (7.10.49), hatten sich Massen von Menschen an die Kristallisationskerne von Friedensgebeten und „Gebet für Erneuerung im Land“ angeschlossen. Gewaltfreiheit war von dort nicht nur methodisch verordnet, sondern zunächst gelebt und erfahrbar, dann verbreitet und angesichts der drohenden Gewalteskalation (4. Juni in Peking mit vielen Toten auf dem Platz des Himmlischen Friedens, aufgefahrene Militär- und Polizeimaschinerie in vielen Städten) die einzige vernünftige Alternative. Handzettel, aufmerksame Beobachterinnen und Beobachter, geschickte Mediatoren und immer wieder Kerzen in der Hand, deren Flammen geschützt werden mussten, so dass man gar keinen Stein auf der Straße aufheben konnte – sie trugen dazu bei, dass das Wunder Wirklichkeit wurde:

Machtvoll und gewaltfrei wurde die SED-Führung bis zum 8. November 1989 gestürzt. Die Staatssicherheitszentralen in den Kreisen und Bezirken sind in der Woche vom 4. – 12. Dezember zum

⁹⁰ Bausoldaten konnten die Zeit des Wehrdienstes (1 ½ Jahre) in Baueinheiten der Nationalen Volksarmee (NVA) ableisten. Dort mussten sie ein Gelöbnis (anstelle eines Eides) ablegen, was die meisten verweigert haben. Dort sollten sie an militärischen Anlagen arbeiten, was ebenfalls viele verweigert haben, anfangs noch mit harter Bestrafung, später mit Umsetzung an Baustellen, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden konnten.

Eine Regelung dieser Art gab es innerhalb des sozialistischen Lagers nur in der DDR. Zivildienst nach bundesrepublikanischer Art war trotz verschiedener Anträge verboten.

größten Teil besetzt worden. Bis zum Ende ihrer Wählerarbeit verging zwar noch lange Zeit, und ich vermute, dass es bis heute aktive Seilschaften gibt.

Eine Beauftragte der Stasi-Unterlagen stellte klar: „*Wir haben viele Opfer, nur die Täter fehlen.*“

„Wir sind das Volk!“ skandierten die Menschen 1989 beim Zug durch Leipzigs Innenstadt. Das ist die öffentliche Seite der in dieser Zeit wiedergewonnenen Würde und Selbstbestimmung. Die andere Seite, weniger plakativ: Um die Kristallisationsgruppen herum, Basisgruppen, Kirchengemeinden, Neues Forum und neue Parteien..., fanden immer mehr Menschen neue Formen für ihren Mut, die tiefe Angst zu überwinden. Sie gingen zu Friedensgebeten, sprachen am offenen Mikrofon erstmals unzensiert über ihre persönlichen Gedanken und Empfindungen, trauten sich auf die Straße, nahmen ein Plakat mit, luden andere ein... Auch wenn es wohl nicht mehr als 3% der DDR-Bevölkerung gewesen sein sollen, der Mut dieser 3%, ihre Würde und Selbstbestimmung zu leben, hat den Verlauf der Geschichte verändert. Roland Bleiker spricht vom offenen „Fenster der Gelegenheit“, das erst durch viele Faktoren möglich wird. Wir nannten es im Raum der Kirche den „Kairos“, den von Gott geschenkten Augenblick, der nicht in unserer Verfügung steht.⁹¹

8. Ein halbes Jahr ohne die Diktatur des Proletariats und die Diktatur des Wachstums

Hanna Arendts Worte, die sie in der kleinen Schrift „Von der Freiheit, frei zu sein“ als eine Art Resümee schreibt, geben aus meiner Sicht genau das wider, was in diesen Tagen geschah: „*Wir, die wir es einer Revolution und der anschließenden Begründung eines völlig neuen politischen Körpers zu verdanken haben, dass wir aufrechten Hauptes gehen und in Freiheit handeln können, sollten uns tunlichst daran erinnern, was eine Revolution im Leben von Nationen bedeutet. Ganz gleich, ob sie im Erfolg endet, mit der öffentlichen Konstituierung eines öffentlichen Raumes der Freiheit, oder in die Katastrophe mündet für diejenigen, die sie wagten oder sich gegen ihre Neigung und Erwartung daran beteiligten – der Sinn von Revolution ist die Verwirklichung eines der größten und grundlegendsten menschlichen Potentiale, nämlich die unvergleichliche Erfahrung, frei zu sein für einen Neuanfang, woraus der Stolz erwächst, die Welt für einen Novus Ordo Saeculorum geöffnet zu haben.*“⁹²

Ab dem 9. November 1989, dem Tag der Grenzöffnung, begann eine ganz neue, eigene Chronologie, die den Kairos der Friedlichen Herbstrevolution zunehmend überlagerte.

Dennoch gab es vom 7./9. Oktober 1989 (erste große gewaltfreie Demonstrationen in Plauen und Leipzig) bis zum 18. März 1990 (Volkskammerwahlen) bzw. zum 6. Mai 1990 (Kommunalwahlen) – etwa ein halbes Jahr ohne Diktatur: ohne Diktatur des Proletariats in Form der SED und ohne die Diktatur des Wachstums und des Profits. Das waren Monate zur „Freiheit, frei zu sein“ (Hannah Arendt). Da wechselte das Lebensgefühl zwischen Euphorie und Erschöpfung, zwischen Überlastung und Freude. Kreative Ansätze und Projekte, Träume und neue Pläne entstanden. Und zugleich: Die Mühen mit der Vergangenheit, die Sorge für den Alltag, das neu beginnende Kräftespiel um die künftige Machtverteilung zur neuen deutschen Einheit hinderten daran, in diesem wunderbaren „Fenster der Gelegenheit“ mehr zu feiern und es mehr zu genießen.

Was Stefan Heym in seinem Roman „Schwarzenberg“ fiktiv als Alternative für die beiden deutschen Staaten beschrieben hatte, war für einige Monate Wirklichkeit geworden, einschließlich eines – nun realen - neuen Verfassungsentwurfes.⁹³ Vom Zentralen Runden Tisch in Berlin aus hatte eine

⁹¹ Der Philosoph Claus Eurich schreibt zum Wesen des Kairos: „*Das rechte Handeln zur rechten Zeit geschieht aus der Reife. Oft langsam wachsend bereitet es sich vor, was später seinen momenthaften Durchbruch erlebt. Und so gehört zur Bedeutung und zum Erkennen des Kairos, dass es oft zahlreiche kleine Schritte waren und sind, die sein Kommen vorbereitet bzw. seine Annahme ermöglicht haben. Kairos-Momente sind unverfügbar... Mit der Kraft und Zeitenfülle, die dem Kairos innewohnt, kann sich jedes Schicksal entscheiden... Dies gilt nicht nur für jeden einzelnen Menschen, es ist die Schlüsseleinsicht auch für Gemeinschaften, Völker und Kulturen, ja das Menschsein ansich. Derart in der Zeit zu stehen, bedeutet dann aber auch, sich auf Entscheidungserfordernisse auszurichten und sich in die entsprechende Verantwortung zu begeben.*“

Claus Eurich, Endlichkeit und Versöhnung, München 2022, 85ff

⁹² Hannah Arendt, Die Freiheit, frei zu sein, 2018 (2. Aufl.), 38. „Novus Ordo Saeculum“ bedeutet: Neue Ordnung der Zeiten.

⁹³ In Stefan Heyms Roman wird von einer Freien Republik erzählt (Schwarzenberg war 1945 für wenige Tage weder von US-Amerikanern noch von Russen besetzt) und eine neue Verfassung entworfen, die es so nur im Buch gegeben hat.

Arbeitsgruppe einen Verfassungsentwurf für 1990 erarbeitet, doch er kam nicht einmal auf die Tagesordnung der Volkskammer. Wer hat eigentlich dafür gesorgt? Allenthalben waren auch Erschöpfung, Verunsicherung, Abwanderung, Chaos wirksam, sodass viele in der Bevölkerung kaum etwas bewusst oder eben nichts von diesem „Fenster der Gelegenheit“ als Frucht der Friedlichen Herbstrevolution mitbekommen haben.⁹⁴

Der Hirnforscher Gerald Hüther beschreibt die Bedingungen, unter denen sich die durch die Diktatur weniger entwickelte Würde nachhaltig festigen kann.

„Wie aber am Beispiel des Zusammenbruchs des Ostblocks deutlich wird, geht die Forderung nach eigenen Gestaltungsmöglichkeiten und mehr Freiheit nicht zwangsläufig auch mit mehr Bewusstwerdung der eigenen Würde einher. Allein durch die Befreiung von bisheriger Unterdrückung kommt es im Gehirn der meisten Menschen zu keiner tief greifenden Veränderung der dort entstandenen Muster... Die können nur durch neue, das Bewusstsein der eigenen Würde stärkende Erfahrungen überformt werden.

Das geschieht aber nicht dadurch, dass diese Menschen nun plötzlich in einer freibeitlich-demokratischen Gesellschaft leben. Sie müssten spüren, dass sie dort auch von ihren Mitbürgern gesehen, wertgeschätzt und ernst genommen werden. Dass sie nicht weiter zu Objekten gemacht werden. Dass ihnen andere Menschen – auch Politiker, Meinungsmacher, Vorgesetzte, Lehrer und Verwaltungsangestellte – so begegnen, dass das Empfinden, die Vorstellung und das Bewusstsein ihrer eigenen Würde gestärkt werden....

Positive Erfahrungen hätten andere Verknüpfungen gestärkt.“ ...

„Die große Wende in unseren Köpfen hat bisher noch nicht stattgefunden.“⁹⁵

9. Freiheit selber mühevoll gestalten - bis eine andere Elite übernimmt

Hannah Arendt beschreibt in ihrer Schrift „Von der Freiheit, frei zu sein“, was bereits im letzten Abschnitt deutlich wurde: dass es „relativ leicht ist, an die Macht zu kommen, aber unendlich viel schwerer, an der Macht zu bleiben“⁹⁶ Bei Roland Bleiker liest sich das so, dass das offene „Fenster der Gelegenheit“ nicht linear blieb, sondern zyklisch, sich also wieder schloss.

Während der Friedlichen Herbstrevolution von 1989⁹⁷ gelang es, die Machtverhältnisse zu verändern und erste Schritte zur weiteren Umsetzung von demokratischen Rechten und Pflichten zu gehen. Darin waren sich die meisten Aktiven einig. - Mit der Grenzöffnung ab 9. November 1989 in Berlin wurde die Friedliche Herbstrevolution mit ihrer Selbstbestimmung und dem Willen zur Selbstgestaltung im eigenen Land ausgebremst und umgelenkt. Gab es bei den Friedensgebeten nur ganz selten, und wenn dann an letzter Stelle den Gedanken von einer „baldigen Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten“⁹⁸, so gab es am 4. 11. 89 bei der größten Demonstration in der Geschichte der DDR mit über 500.000 Menschen in Berlin noch kein einziges Plakat mit diesem Ziel.

Die Grenzöffnung bewirkte zunächst „Wahnsinnstage“ und eine ungebremste Euphorie bei einer Mehrheit der Menschen in der DDR. Als das Feuerwerk der „Wahnsinnstage“ verloschen war und sich der nüchterne neue Alltag einstellte, rückten Abwanderung und ganz neue, deutschlandweite Ziele in den Blick. Der demokratische Prozess ging in der DDR weiter, mühevoll zwar, doch stetig: die restliche

⁹⁴ Die Online-Ausstellung „Keine Gewalt“ (www.keinegewalt.com) bringt zur Friedlichen Revolution 1989 Hintergründe, O-Töne, Fotos und Dokumente. Im zweiten Teil der Ausstellung geht es um den „Weg der Gewaltlosigkeit anhand von Personen und Beispielen. Die Ausstellung gehört zu den besten Veröffentlichungen der letzten Zeit zu 1989/90

⁹⁵ Gerald Hüther, Würde, München 2018, 170ff. hier:173. Sie auch das Fehlen von Übergangsräumen und –ritualen unter Punkt 9. Freiheit selber mühevoll gestalten - bis eine andere Elite übernimmt

⁹⁶ Ebd., 39

⁹⁷ Präzis: von September 1989 – zum 8. November 1989.

⁹⁸ So in den Forderungen der 26 Gruppen des Friedensgebetes am 2. Oktober 1989 im Magdeburger Dom.

Anstiftung zur Gewaltlosigkeit. Herbst ,89 in Magdeburg. Gebete um gesellschaftliche Erneuerung, Demonstrationen, Dokumente und Erinnerungen, hrsg. von der Beratergruppe Dom des Gebetes um gesellschaftliche Erneuerung im Magdeburger Dom, imPULS-Verlag 1991, 73f

Wirtschaft am Laufen halten, die Kontinuität des Alltags für die Menschen aufrecht erhalten, die Stasi und ihre Institutionen endgültig enttarnen und auflösen, die Übergänge gestalten mit noch amtierenden Genossen oder bereits neuen Verantwortlichen, nach neuen Perspektiven suchen... Das war für alle Aktiven oft zu viel auf einmal, überfordernd, zumal sich immer mehr Menschen innerlich und äußerlich von der DDR als einem zu reformierenden Land abwanden. Alles war Neuland, auf eine Zukunft dieser Art war in Ost und West kaum jemand wirklich intensiv vorbereitet.

Irgendwann tauchte der massen- und medienwirksame Slogan auf „Wir sind **ein** Volk!“

Es gibt eine Vermutung: Dieser Satz kam aus Reden von Politikern und Politikerinnen aus der BRD oder von Plakaten, die nicht in der DDR gedruckt waren, und er wurde vor allem von Ausreisewilligen übernommen und als Slogan verbreitet. Je mehr er um sich griff, desto mehr rückten ein Aufgeben der Selbstbestimmung und ein Ende der Selbstgestaltung dieses Landes in den Mittelpunkt – zugunsten eines wie auch immer gearteten Zusammengehens mit der wirtschaftsstarke und freiheitsliebende BRD. „*Kommt die D-Mark nicht zu uns, geben wir zu ihr!*“ lautete eine der gängigen Losungen dieser Tage.

Die Vorbereitung der Wahlen für die neue Volkskammer der DDR am 18. März 1990 stand bereits unter massivem Einfluss der bundesdeutschen Eliten: Kundgebungen mit Bundeskanzler Helmut Kohl, der allen die „blühenden Landschaften“ versprach, die Ost-CDU bildete mit der DSU (Demokratisch-Soziale Union) und dem DA (Demokratischer Aufbruch) eine „Allianz für Deutschland“ und kam in den Genuss einer überreichen westlichen Wahlwerbung. „Der [Bürgerrechtler Jens Reich](#), einer der Gründer des [Neuen Forums](#), kommentierte 2009 die Frage der Entwicklung der Demokratie in der DDR so: ‚Das Bonner Nilpferd ist in einer Massivität gekommen, dass man einfach hilflos war. Im Wahlkampf ist einfach der gesamte Apparatismus des Westens in den Osten gebracht worden. Dem hatten wir nichts entgegenzusetzen. Das waren in die DDR exportierte Westwahlen.‘⁹⁹ Der Ausgang der Wahl zeigte die deutliche Spaltung der Gesellschaft: ca. 48% stimmten für das Bündnis und fast ebenso viele – jedoch verteilt auf die anderen Parteien bzw. Listen-, die keine schnelle Vereinigung mit der BRD wollten.

Der Preis für die in Aussicht gestellten „blühenden Landschaften“ wurde selten genannt, und wenn, dann von den auf schnelle Vereinigung Drängenden überhört.

Am 26. 11. 1989 erschien im „Neuen Deutschland“ ein „Aufruf“, der einerseits den Weg einer schnellen Vereinigung mit der BRD mit seinen Folgen aufzeigte und andererseits den selbstbestimmten und erneuerten Weg in der DDR mit seinen Folgen. - Oskar Lafontaine und Günther Grass warnten vor zu schnellen Schritten. - Im Kirchenkreis Torgau befassten wir uns ausführlich mit den schwierigen Auswirkungen einer schnellen Vereinigung, doch sie wurden von anderen hauptamtlich tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Schweigen beantwortet. Überfordert?

„*Anders als Lafontaine setzte Richard Schröder als Fraktionsvorsitzender der Ost-SPD ebenfalls auf Tempo bei der Realisierung einer Währungsunion. Es galt, ‚einen Pflock auf dem Weg zur deutschen Einheit einzuschlagen‘ und den Weg unumkehrbar zu machen. Das war für mich ein ganz wichtiger Gesichtspunkt. Wir konnten nicht sicher sein, wie lange Gorbatschow sich hält. [...] Lieber mit einer ruinierten Wirtschaft in die Einheit als mit einer fast ruinierten weiter im Sowjetblock.*“¹⁰⁰

Dass die Art und Weise des Anschlusses der fünf neuen Bundesländer nach Artikel 23 des Grundgesetzes (GG) erfolgte, statt nach Artikel 146 GG auf Augenhöhe und mit einer neuen, gemeinsamen Verfassung, dass die Geschwindigkeit der Angliederung als gewaltsam erlebt und die Verhandlungen ohne Respekt vor den Delegierten der DDR geführt wurden, dass der Preis für die wirtschaftliche und die alle Lebensbereiche auflösende Übernahme höher war, als vorauszusehen, wurde erst später deutlich. Roland Bleiker erwähnt all das kurz mit dem Begriff von Jürgen Habermas, mit den „normativen Defiziten“ der Vereinigung.

Der offiziell als „Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“ des 1. Juli 1990 bezeichnete Vorgang bedeutete in der Praxis den kompletten Wechsel der Währung sowie der Waren. Damit verbunden waren

⁹⁹ Wikipedia zu „Volkskammerwahl 1990, gelesen am 10. 2. 2024

¹⁰⁰ Wikipedia zu „Deutsche Wiedervereinigung“, gelesen am 10. 2. 2024

der Wechsel von Wirtschaft, Geldwert und ersten Teilen der Bürokratie. Die Sozialunion hielt sich verborgen.

Ab dem 3. Oktober 1990, dem „Tag der Deutschen Einheit“ wechselten dann auch in Politik, Verwaltung, restliche Bürokratie, Recht, Kultur, also in allen Lebensbereiche die Eliten, die Rahmenbedingungen und die Vorschriften...

„Die Produktivität der DDR-Wirtschaft im Vereinigungsjahr lag bei weniger als einem Drittel im Vergleich zur westdeutschen. Dies beruhte zu einem Gutteil auf einem Prunkstück der DDR-Sozialpolitik: dem Recht auf Arbeit als allgemeiner Beschäftigungsgarantie. Denn damit verbunden war eine unökonomische Überbeschäftigung in vielen Betrieben und Verwaltungen und als Folge „eine geringe Arbeitsmotivation und fast unüberwindliche Hindernisse für die Anpassung der Betriebe an veränderte Produktions- und Marktbedingungen. Der unmittelbare Übergang zur Marktwirtschaft auf allen Ebenen entpuppte sich daher für viele als Schockerlebnis“¹⁰¹.

Die Gefahr stieg, alle Identitäten wechseln zu müssen bis dahin, das erworbene und gepflegte Grundstück und die Arbeit zu verlieren, die eigene Biografie neu erfinden zu müssen, um vor der neuen Unternehmenskultur und der politischen Bewertungsweise noch bestehen zu können. Die unvorbereiteten Brüche, die Umbrüche und Zusammenbrüche bewirkten tiefsitzendes, manchmal traumatisches Erleben. Die Angst vor der Staatsicherheit wurde abgelöst durch die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes.

In der Folge davon entstand der Eindruck einer „gestohlenen Revolution“, wie Roland Bleiker schreibt. Die vielen Deutungen und Missdeutungen dieses abgebrochenen revolutionären und zum Anschluss an die BRD umgelenkten Vorgangs machen deutlich, wie stark die Bewegung und Betroffenheit von Menschen immer noch sind.

In eine neue Kultur aufzubrechen heißt, die alte »sichere« zu verlassen. Daraus entstehen Verunsicherung, Angst, Erschrecken vor einem Abgrund, weil ein Neues noch nirgends tragend zu sehen ist. Claus Eurich¹⁰² nennt das »Seinsangst«.

»Sie kann sogar feindselig machen gegenüber den eigenen Möglichkeiten und gegenüber der Einsicht, dass nur das, was sich in Bewegung und Transformation befindet, noch lebt. Erstarrung ist eine Folge, verbunden mit der Suche nach einer festen und vermeintlich unvergänglichen Form. Diese Seinsangst ist der natürliche Gegenspieler des Visionären. Und als solcher will sie gesehen und verstanden, ja respektiert und wohl sogar gewürdigt werden. Denn die Erschütterung, die von ihr ausgeht, zwingt zugleich zur fortwährenden Auseinandersetzung mit einem nach vorne gerichteten Bewusstsein.«

Aus solcher Angst vor der neuen Freiheit kann, wenn sie schrittweise gelebt wird, neues Vertrauen entstehen, können sich langsam Hoffnung und Umriss einer neuen Vision bilden.

An diesem Punkt muss ich noch verweilen, um ihn transparenter werden zu lassen.

Mit der politischen Entwicklung, der eigenen Befreiung von 1989 und danach der Öffnung der Grenzen – wunderbar und verstörend zugleich – und danach dem kurzen Prozess zum Tag der deutschen Einheit am 3. 10. 1990, mit diesen politischen Veränderungen gab es für uns aus der DDR »fundamentale Veränderungen in einem extrem kurzen Zeitraum, nahezu sämtliche Lebensbereiche erfassend, gewollt und ungewollt. Vieles, was Heimat bedeutete und identitätsstiftend war, wurde in der Euphorie abgeworfen oder hatte gar kein Platz im neuen System. Für viele Menschen im Osten bedeuteten die Ereignisse eine lang wirksame starke psychische Erschütterung: ein Trauma, in der ganzen Breite ... zwischen euphorischer Erleichterung und existentieller Bedrohung.«

So fasst Paulina Kleinsteuber¹⁰³ 2023 die tiefgreifenden und nachhaltigen Veränderungen des Lebensrahmens treffend zusammen.

»Kann man erwarten, dass sich tausende von Menschen schlagartig an ein anderes Dasein adaptieren? Das ist utopisch. Es funktioniert weder bei geflüchteten Menschen im asylgenährenden Land, es gelingt nicht dem Menschen, der jahrelang im Gefängnis saß und nun auf freien Fuß gelangt. Selbst die Leere nach einem bestandenen Examen will verarbeitet

¹⁰¹ Ebd.

¹⁰² Claus Eurich, Endlichkeit und Versöhnung, München 2022, hier: 55f.

¹⁰³ Paulina Kleinsteuber, Vom Trauma der Befreiung, in: Christ in der Gegenwart, 40/2023, Beilage: Bilder der Gegenwart – Zeitgeschehen, 5ff.

werden.«¹⁰⁴

Aus meinem persönlichen Erleben bestätige ich schmerzlich: Die völlige Verunsicherung einer ganzen Elterngeneration wirkte auch auf die Kinder traumatisch. Sie erlebten plötzlich, wie ihre Eltern aus der Rolle fielen und manchmal keinen Halt mehr hatten. Das wiederum führte zu tiefen Einschnitten für diese Kinder. »Die Bewältigung von Umbrüchen braucht Zeit. Und Hilfe. Ich meine nicht materielle Hilfe, sondern empathische Unterstützung, Begegnung auf Augenhöhe. Für die Trauerarbeit, für die Orientierung.«¹⁰⁵

Diese „Transformation“ gelang für einen großen Teil der Bevölkerung der fünf neuen Bundesländer nicht gut. Ist das mit Hintergrund dafür, dass gegenwärtigen „Transformationen“ seitens der Bundesregierung vor allem in den fünf – nun nicht mehr ganz so neuen Bundesländern - eher Misstrauen entgegengebracht wird?

Sicher gab es 1990 aus der Perspektive der bundesdeutschen Elite auch Gründe für ein derart schnelles Handeln. Sie sah ihr „Fenster der Gelegenheit“ wohl aus wirtschaftlichen und politischen Gründen offen, auch aus dem „Zeitfenster“ der Regierung Michail Gorbatschows. Doch auch hierbei wurde der Preis nicht gesehen, den Teile der östlichen Bevölkerung zu zahlen hatten.

Übergänge, dazu noch in einem derartigen Ausmaß, müssen bewusst gestaltet werden. Wenn Altes nicht beendet werden kann, kann Neues nicht beginnen. Die DDR hat für viele Bewohnerinnen und Bewohner aufgehört zu existieren, ohne beendet worden zu sein.

Was wäre geschehen, wenn es eine Zeit vor der Währungsunion oder/und vor dem Tag der Deutschen Einheit in einer Art „Fest“-Zeit noch einmal gewürdigt worden wäre, was jetzt an Lebensleistungen, an Wertschöpfung und an Entdeckungen zu Ende geht? Gewürdigt auch der Schmerz und die Enttäuschungen, die sich mit einem Male noch wie Abgründe auftaten? Sicher wäre das damals ein symbolischer Akt gewesen, der in seiner Tiefe erst viel später erhellt werden konnte, doch es hätte ihn schon als Lichtblick und Ankerstelle für dieses Weiterdenken und Weiterfühlen gegeben.

Wer anderes hätte das initiieren können als wir selbst aus der Zivilgesellschaft der DDR? Doch dazu war mir und anderen das DDR-Regime damals noch viel zu nah, wir waren mit den Veränderungen auf allen Ebenen überfordert. Außerdem lag der Drang zur schnellen D-Mark vielen DDR-Bürger*innen derart im Sinn, dass sie damit befasst waren, Bücher, Möbel, Kleidung usw. aus DDR-Produktion so schnell wie möglich zu entsorgen, um die Regale mit westlichen Waren bestücken zu können. Der schnelle Übergang von einem System in das andere, von einer Lebensidentität in eine andere, das Fehlen jeglicher gemeinsamer Räume und Rituale für Dankbarkeit, Würdigung und Schmerz hat zur Folge, dass neue Perspektiven und neue erste Schritte ins Neue hinein sich verzögerten oder dass sie gar verhindert wurden. Wäre das deutliche Gestalten solcher Übergänge nicht auch die weitergehende, vielleicht stellvertretende Aufgabe und Möglichkeit jedenfalls der Evangelischen Kirche gewesen?

Oder wäre das bereits der Einstieg in die neue Rolle von – nun westlicher - Kirche geworden, als Stütze und Legitimierung der Politik zu agieren?

Um die Summe dieses deutsch-deutschen Anschlussvorgangs zu beschreiben, zitiert Roland Bleiker: "... Ulrich Beck erfasst diesen intranationalen Einfluss genau, indem er schreibt: „... Polen ohne Kommunismus ist immer noch Polen. Doch Ostdeutschland ohne Kommunismus ist die Bundesrepublik Deutschland.“

Diese Sicht ignoriert allerdings all diejenigen, die in der Friedlichen Herbstrevolution das Ziel einer erneuerten Gesellschaft zunächst in der DDR vor Augen hatten („Gebete um Frieden **und Erneuerung**“). So war für viele Aktive während der Friedlichen Revolution das Ende der DDR-Diktatur zu feiern und zu betrauern, und innerhalb der folgenden freien Monate galt es für sie zusätzlich, auch Abschied zu nehmen von einem eigenen, selbstbestimmten Weg. Auch das braucht wiederum Übergänge, Raum und Zeit und Menschen, mit denen das möglich ist. Deshalb sei unten an die Worte Christof Ziemers erinnert, der 1991 diese Sicht des Übergangs öffentlich gemacht hat.¹⁰⁶

¹⁰⁴ Kleinsteuber, Vom Trauma.

¹⁰⁵ Kleinsteuber, Vom Trauma.

¹⁰⁶ Siehe unter: 11. Weitergehen – aber wie? Mit systemischem Blick!

10. Die DDR-Kirche (Bund Evangelischer Kirchen) in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD): Der „Raum zum Atmen“ wird abgewickelt

Unter den beiden Faktoren, die in den Jahren zuvor den Versuch des Staates untergruben, die Zivilgesellschaft zu vernichten, rechnet Roland Bleiker „(1) die durchlässige Grenze zum Westen... und (2) das Vorhandensein institutionalisierter Strukturen, die ein Forum boten, in denen organisierter Dissens auftauchen, sich verbreiten und sich für den Kampf gegen den oppressiven Staat vorbereiten konnte.“

Die Evangelische Kirche - im Bund Evangelischer Kirchen (BEK) in der DDR seit 1969 vereint – war als Organisation dem Staat nicht nur „nicht direkt untergeordnet“, sondern weitgehend frei und selbstbestimmt, trotz einiger enttarnten Stasi-Offiziere und IM's. Die kirchliche Wirksamkeit wurde u. a. darin begrenzt, dass sie ihre Gemeindeglieder nicht immer vor staatlichen Übergriffen schützen konnte.

In der Mehrzahl wurden die Kirchengebäude für die Friedensgebete und die Gebete um Erneuerung geöffnet und schufen somit eine ritualisierte Plattform für Vergewisserung, für Versammlungen, offene Mikrofone, für neue Orientierung. Oft wurden ausführlichere Blätter für gewaltfreies Vorgehen oder einfache Handzettel mit „Keine Gewalt!“ verteilt. Woche für Woche standen also Gebäude, Rituale, Personen, Technik, Rahmen für Gespräche zur Verfügung. Manchmal dienten die Kirchen auch als Schutzraum vor Verfolgungen durch Staatsorgane (Asyl). So entstand „ein gewisser Raum zum Atmen“ (Roland Bleiker) und wurde kontinuierlich gehalten.

Die Evangelische Kirche in der DDR kannte neben dem synodalen, also demokratischen Leitungsprinzip auch pädagogische und methodische Möglichkeiten für demokratischen Umgang in Gruppen. Hier war Demokratie erlern- und erlebbar.

In der Zeit zunehmender Spannungen (August 1989), chaotischer Verhältnisse und verschiedenster Unsicherheiten brachte ein Offener Brief des Magdeburger Bischofs Christoph Demke¹⁰⁷, der von allen Kirchenkanzeln verlesen wurde, einen Durchbruch für viele Gespräche an der kirchlichen und nichtkirchlichen Basis. Vier ganz schlichte Fragen stehen im Zentrum:

Wohin sind wir gekommen? Was muss sich ändern? Was soll bleiben? Wohin wollen wir?

Die Evangelische Kirche durchlief von 1965 an einen Lernweg, einen Prozess, an dessen Ende sie zu einer Kirche des Friedens wurde. Sie unterstützte seit 1965 offen Wehrdienstverweigerer (Bausoldaten und Totalverweigerer)¹⁰⁸ und die Gemeinden hielten seit 1980 jährlich eine Friedensdekade mit großer Öffentlichkeitswirkung ab. Der BEK forderte seit 1982 eine klare Absage an „Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“ zugunsten einer „gemeinsamen Sicherheit“. Die Evangelische Kirche lehnte die Wehrerziehung der Jugendlichen ab und rief in Kinder- und Jugendarbeit eigene Initiativen zur Friedenserziehung ins Leben. Auf den Synoden¹⁰⁹ engagierten sich die Delegierten für die

¹⁰⁷ Geschrieben im Auftrag der Kirchenleitungen der Evangelischen Kirchen in der DDR.

¹⁰⁸ Die entscheidende Weichenstellung, bis heute von der EKD als legitim bestritten, findet sich in der „Handreichung zur Seelsorge an Wehrpflichtigen“ von 1965. Dort heißt es im zweiten Teil: „Es wird nicht gesagt werden können, daß das Friedenszeugnis der Kirche in allen drei der heute in der DDR gefällten Entscheidungen junger Christen (Wehrdienst, Bausoldaten, Totalverweigerer – d.V.E.) in gleicher Deutlichkeit Gestalt angenommen hat. Vielmehr geben die Verweigerer, die im Straflager für ihren Gehorsam mit persönlichem Freiheitsverlust leidend bezahlen und auch die Bausoldaten, welche die Last nicht abreifender Gewissensfragen und Situationsentscheidungen übernehmen, ein deutlicheres Zeugnis des gegenwärtigen Friedensgebots unseres Herrn. (Hervorhebung vom Verfasser.) Aus ihrem Tun redet die Freiheit der Christen von den politischen Zwängen. Es bezeugt den wirklichen und wirksamen Friedensbund Gottes mitten unter uns.“

Im Hinblick auf die zukünftig im politischen Raum zu gewinnende internationale Friedensordnung könnten sie vielleicht als die „Vorhut einer noch fernen Epoche“ (...) angesehen werden, die versucht, „heute schon streng nach derjenigen Ethik zu leben, die eines Tages wird die beherrschende sein müssen“ (Weizsäcker...).

Diese für die DDR-Kirchen und viele Menschen folgenreiche Weichenstellung wurde im Juli 1989 von der EKD ohne theologische Begründung als eine rein ethische und überhebliche Haltung abqualifiziert. Da der Bund Evangelischer Kirchen (BEK) in der DDR 1991 in die EKD eingegliedert wurde, siegte also – bis heute – die Lesart der EKD. Die Haltung des Bundes Evangelischer Kirchen wurde archiviert.

¹⁰⁹ „Synode (evangelische Kirchen), ein Gremium der kirchlichen Selbstverwaltung aus gewählten Laien und Geistlichen in evangelischen Kirchen“

Reformprozesse im Land und erhoben 1987 die Friedensfrage wegen ihrer zentralen Bedeutung für die Zukunft zur „Bekennnisfrage“.¹¹⁰ Die Autonomie gegenüber dem Staat und gegenüber der EKD waren die Voraussetzung dafür, dass die Evangelische Kirche in der DDR auch als Minderheit so wirksam werden konnte. Erstmals in der deutschen Kirchengeschichte wurde sie so zu einer Kirche des Friedens. Insofern war sie nicht nur ein Dach und „Quasiersatz für die Zivilgesellschaft“ (Roland Bleiker), sondern ein eigenständiges, kritisches Gegenüber zum Staat, das in der o.g.¹¹¹ Ökumenischen Versammlung 1988/89 zu einem noch weitergehenden Höhepunkt fand.

1991 vollzog sich analog zum staatlichen Angliederungsprozess die Angliederung des Bundes Evangelischer Kirchen (BEK) an die EKD. Da die gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR nicht mehr existierten, wurde von westlicher Seite auch diese Kirche als „abgeschlossen“ angesehen: „Ihr könnt noch eine Weile Ur-Kirche spielen, müsst aber bald auf den Boden der Tatsachen kommen!“, so ein westlicher EKD-Verantwortlicher. „Wir im Osten“ bekamen eine westliche Institution mit viel Geld – und die vom Glauben an das Evangelium motivierte Kirche des Friedens wurde für beendet erklärt und archiviert. Bischof Christoph Demke, Magdeburg, sagte nach einem Jahr des Anschlusses von BEK an die EKD: „Warum haben wir uns nur so über den Tisch ziehen lassen?“

Inzwischen meldet sich die archivierte Basis wieder zu Wort, jetzt gemeinsam mit jenen aus der alten Bundesrepublik, denen die gewaltfreie Lebens- und Wirkungsart seit jeher ein Anliegen ist.

11. Weitergehen – aber wie? Mit systemischem Blick!

Die Vorgeschichte und die Friedliche Herbstrevolution selbst sind nicht theoretisch vorgeplant und dann systematisch umgesetzt worden. Diese Geschichte ist zustande gekommen durch scheinbar kleines, konkret widerständiges, manchmal spontanes und naives, andermal schrittweises kontinuierliches Engagement, ohne zu wissen, was dabei herauskommt, also mit völlig offenem Ausgang. Beeindruckend waren für mich u.a. wie sich um die Kristallisationspunkte der Friedensgebete und der anschließenden Demonstrationen zunehmend Massen von Menschen mit Empathie und Disziplin beteiligten. Vermutlich spielten dabei auch die Erinnerungen an den Prager Frühling und die chinesische Gewaltherrschaft - demonstriert mit dem Massaker am 4. 6. 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens - sowie die totale Gewaltbereitschaft der Staatsorgane in den zurückliegenden Wochen und an den jeweiligen Abenden eine Rolle. Die Akteure der Friedlichen Herbstrevolution entwarfen ihre „Zukunftspläne“ und Ordnungen für die Zeit nach der Revolution wohl auch erst im Vollzug der Forum- und Parteiengründungen (September/Oktober 1989).

Roland Bleiker skizziert künftige Umriss von Theorien zu gewaltfreien Aktionen und stellt die konkreten Erfahrungen aus dem gewaltfreien Kampf während der Friedlichen Revolution in der DDR in größere, theoretische und politische Zusammenhänge. Das ist für mich – was die Theorien angeht – neu und ich lerne sie kennen. Meine Absicht und meine Fähigkeiten liegen nicht darin eine „Theorie der gewaltfreien Aktion“ zu entwerfen. Doch kritisch-theoretische geschichtliche, methodologische und philosophische Impulse dazu kennenzulernen, die politischen Spiele zu durchschauen, das sind für mich große Bereicherungen.

„Eine Theorie der gewaltfreien Aktion...muss so angepasst und ausgeweitet sein, dass sie die einzigartigen Gegebenheiten der Umwelt berücksichtigen kann. Zu diesem Zweck muss der theoretische Ansatz in einen weiteren analytischen Rahmen eingepasst werden, der die Flexibilität bietet, eine große Vielfalt an eigenständigen Konflikten systematisch zu bewerten.“

Die Schrift von Roland Bleiker regt uns als Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner dazu an, Ereignisse damals und heute systematisch und **systemisch** noch einmal zu reflektieren, eben in ihren

– Wikipedia zum Begriff „Synode“, gelesen am 28.. 2. 2024

¹¹⁰ „In verschiedenen theologischen Auseinandersetzungen seit der Reformationszeit wurde der Begriff eines „status confessionis“ benutzt, um eine theologische Grenzlinie zu markieren, welche die Gegenseite in dem Disput gerade nicht an dieser Stelle gezogen sieht.“ Quelle: www.confessio.de/Artikel/309

¹¹¹ Vgl. den letzten Abschnitt von 3.

größeren Zusammenhängen und Wechselspielen.

Zum Beispiel:

Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 1972 brachte eine gewisse Öffnung der Grenzen und vor allem das Thema Menschenrechte erstmals als erlaubtes auch im öffentlichen Raum. Von jetzt an konnten Menschenrechte benannt und verlangt werden. -

Uns war 1989 sehr bewusst: Von Moskau geht keine neue Gewalt aus, die das SED-System stützen würde. Im Gegenteil: Das „Neue Denken“ gab uns damals einen unerwarteten Rückenwind. Michail Gorbatschows Buch „Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt“¹¹² war trotz der Weigerung der SED-Führung, diesen Weg mitzugehen, erschienen. Wir hatten die Entwicklung der mutigen Solidarnoc-Bewegung in Polen verfolgt und dabei die Praxis der runden Tische kennengelernt. Die Wechselwirkungen „intranationaler“, also deutsch-deutscher Beziehungen stand uns als Zivilgesellschaft zwar sehr plastisch vor Augen, doch ihre Dichte und genaue Wirksamkeit blieben uns damals noch verborgen. Viele wussten, wie man diese besonderen Beziehungen für sich instrumentalisiert und persönliche Vorteile daraus schlägt. Andere haben die Früchte von freier geistiger und technischer Entwicklung aus der BRD genutzt, um sie für die Umgestaltung der DDR mit einzubeziehen, so z.B. Soziales Lernen, Themenzentrierte Interaktion (TZI); Clinical Pastoral Training (CPT), Arbeitstherapie mit Behinderten, elektronische Fernmeldetechnik...

Wir haben die internationalen und interkulturellen Möglichkeiten immer dort genutzt, wo sie sich auftaten. Wohl gerade deshalb gaben die Behörden Reisepapiere zeitweise eher nach Kanada aus als in die BRD.

Systemisches Bedenken der gegenwärtigen Lage war ein besonderes Kennzeichen der Ökumenischen Versammlung 1988/89 in der DDR. Das folgende Resümee zur neuen Einheit öffnet das „Fenster der Zeit“ von 1991 ebenfalls systemisch. Das Resümee stammt von Christof Ziemer¹¹³, Mitinitiator der Ökumenischen Versammlung 1988/89 in der DDR und wurde auf der Ökumenischen Versammlung in Erfurt 1991 von ihm vorgetragen unter der Überschrift: „Die Einheit, die WIR meinen, ist nicht die Einheit, die wir bekommen haben“. Darin heißt es u. a.:

„Wir haben in all den Jahrzehnten zuvor die deutsche Einheit nur denken können als die reife Frucht einer europäischen Friedensordnung. Jetzt ist uns die deutsche Einheit unverhofft zugefallen. Die europäische Friedensordnung aber als Teil der Einheit, die WIR meinen, steht noch aus.

Wir haben eine beispiellose Befreiung erfahren, als deren sichtbares Symbol weltweit der Fall der Berliner Mauer gefeiert wurde. Aber der Fall der Mauer hat uns zugleich um die Vollendung unserer friedlichen Revolution gebracht. Es war uns nicht vergönnt, von der Befreiung zur gemeinsamen und dauerhaften Gründung der neugewonnenen Freiheit voranzuschreiten, wie sie in der Idee und Praxis der Runden Tische wenigstens ansatzweise versucht wurde. Wir haben die Einheit ohne den dazu notwendigen tiefreichenden Erneuerungsprozess bekommen und stecken darum jetzt in einer Krise, die uns innerlich und äußerlich schlicht überfordert. Unser Seelenzustand ist dementsprechend desolat. Die aufgestaute Wut darüber, von den gestrigen Machthabern missbraucht worden zu sein und schon wieder abhängig und unfrei zu werden durch die viel subtilere Herrschaft des Geldes, zumal wenn sie von den alten Potentaten verwaltet wird, die kaum verborgene Angst, von der eigenen Vergangenheit denunziatorisch eingeholt zu werden und in eine unwägbare Zukunft entlassen zu sein, das geistige Vakuum, das das alte Regime hinterlassen hat und das sich als massive Identitätskrise in vielen manifestiert... all das macht die latente Unsicherheit und Aggressivität unseres kollektiven Bewusstseins aus. Aber wir, die wir hier versammelt sind, sind nicht dazu da, um die kollektiven Emotionen noch einmal zu bekräftigen.

¹¹² Dietz-Verlag Berlin 1988

¹¹³ Christof Ziemer war Superintendent der evangelischen Kirche in Dresden. Von dort kam der entscheidende Impuls zur Einberufung der Ökumenischen Versammlung, die 1988 in Dresden und Magdeburg begann und 1989 in Dresden endete. Am 27. 4. 1989 wurden die 12 Dokumenten der Öffentlichkeit übergeben, die den „konziliaren Prozess“ einleiteten: Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung gehören fortan wesentlich mit in die Verantwortung von Christen und Kirchen.

Quelle: Christof Ziemer, die Einheit, die WIR meinen, in: Schalom – Informationsblatt für die Arbeit im konziliaren Prozess im Bereich der Evangelischen Kirche von Westfalen, Nr. 2/1991

Hier Einheit mit vielen festzustellen, wäre nur bequemer Konformismus. Wir sind zusammen, um sie zu hinterfragen. Die Einheit, die WIR meinen, der wir verpflichtet sind, ist die Einheit unserer bedrohten Lebenswelt. Da nehmen sich die deutsche Einheit und die damit verbundenen Sorgen eher fragwürdig aus. Wir, die Ostdeutschen, haben gute Chancen, auch wenn das gegenwärtig noch kaum spürbar ist, auf das Niveau der westdeutschen Gesellschaft und ihres Lebensstandards emporgehoben zu werden. Die Sorgen der Wachen und Sensiblen aber verbinden sich gerade damit. Das Niveau, das wir anstreben, kann nicht das Niveau sein, nach dem der Rest der Welt zu-recht-gebracht wird. Dazu ist es schlicht zu hoch. Was lokal, national noch rational erscheint, ist global längst irrational geworden. Es bleibt das Grunddilemma der gegenwärtigen Welt, dass die einen den Wohlstand vermehren, während andere nicht genug haben, um zu überleben, dass wir einen Standard des Lebens anstreben oder zu bewahren trachten, der – auf alle übertragen – für unseren Erdball zur Katastrophe wird.

Der Einsicht in dieses Grunddilemma verdankt sich die ökumenische Lernbewegung des konziliaren Prozesses, Wir sind zusammen, um diesen Lernweg neu zu bekräftigen. Das ist nötig. Denn auch der konziliare Prozess ist in eine Krise geraten. Was gerade auch in der Ökumenischen Versammlung in der DDR so ermutigend begonnen hat und den gesellschaftlichen Umbruch mitbestimmt hat, was mit Basel ansatzweise auch europäisch Land gewonnen hat, ist jetzt eher in Verlegenheiten...“¹¹⁴

Eine solche Sicht war damals die Sicht einer Minderheit, oft derer, die eine reformierbare DDR vor Augen hatten. Die Worte von Christof Ziemer markierten noch einmal den erhofften Übergang in seiner Differenz zum vollzogenen Übergang. Die Differenz markiert die Schwelle, die zu überschreiten war für jene, die sich um eine reformierte DDR-Gesellschaft bemüht hatten und für andere, die mit der neuen Einheit auch eine schnellere, bessere und umfassendere Verwirklichung von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung erhofft hatten.

Christof Ziemers Worte verhallen in der neuen Öffentlichkeit weitgehend ungehört – und lassen erst jetzt wieder aufmerken, wo Schwierigkeiten zwischen Ost und West neu in den Blick kommen und wo die Grenzen des Wachstums so klar werden, dass sie unbedingt der Aufmerksamkeit bedürfen.

Heute ist solches systemische Lernen unter neuen Bedingungen und mit neuen Vernetzungen gefragt. Roland Bleikers Schrift inspiriert uns als Nachdenk-Gruppe – und hoffentlich andere - dazu, Ereignisse und Engagement „systemisch“, d.h. in ihren größeren Zusammenhängen und Wechselspielen zu betrachten. Ich als einzelner werde immer nur eine begrenzte Perspektive, eine Teil-Macht (Ruth Cohn) in diesem systemischen Zusammenspiel haben. Roland Bleiker hat sich für seine Perspektive entschieden und bereichert damit unsere und inspiriert zum gemeinsamen Handeln für eine neue Hegemonie. Aus vielen einzelnen Mosaiksteinen kann ein neues, bewegtes und bewegendes Bild entstehen, allerdings nicht ohne Bedrohungen und mit der Notwendigkeit einer deutlichen inhaltlichen Profilierung.

12. Wider die Kaperung der Geschichte

Gegenwärtig ist zu beobachten, dass viele Vokabeln, Methoden und Bereiche der Zivilgesellschaft von Neonazis und „Alternativen“, von völkischen Bewegungen „gekapert“ und mit „neuen“ Inhalten gefüllt werden. Das Bestehende wird demontiert, um danach eine neue Herrschaft zu errichten. - Was selten in die DDR-Zeit mit verortet worden ist, gehört jedoch unbedingt dazu: Neonazis aus der DDR sahen mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten endlich ihre Chance für öffentliche Wirksamkeit gekommen und bekamen von den gut organisierten rechtsgerichteten Eliten alles geliefert, was sie für einen neuen Aufstieg brauchten. Mit brachialer Gewalt und der Unterstützung vieler Schaulustiger kam es zu Aufmärschen, Brandanschlägen, Verfolgungen und Morden. Im weit verbreiteten Wahlplakat der „Alternative für Deutschland“ (AfD) hieß es dann 2019 in Brandenburg: „Wir sind das Volk!“ und: „Wir vollenden die Revolution“.

¹¹⁴ Konzil, konziliar = von lateinisch concilium „Rat, Zusammenkunft“ ist eine Versammlung der Kirche (1988/89: Ehrenamtliche, Hauptamtliche, Basisgruppen), die wegweisende Impulse für die lokale und die ökumenische (weltweite) Kirche gibt. Der konziliare Prozess, angestoßen von Delegierten aus der DDR 1981 in Vancouver, verlief über verschiedene Etappen und reichte weit über die Versammlung in der DDR hinaus.

Noch einmal zu 1989: Am 26. November wurden im „Neuen Deutschland“ die beiden Wege für eine grundlegende Richtungs-Entscheidung vorgestellt: Was bedeutet ein schnelles Zusammengehen mit der BRD und was bedeutet ein selbstbestimmter Weg in der DDR? Das geschah jedoch so kurz und abstrakt, dass keinerlei emotionale Berührung erfolgen konnte und vielen Lesenden die Bedeutung dieser Wahl, die sie dann – jede und jeder einzeln - zu treffen hatten, gar nicht vollends klar geworden ist.

Dieses Versäumnis von damals darf nicht wiederholt werden. Wie kann klar werden, was von Neonazi-Parteien und -Kreisen mit unseren Werten gemacht wird?

„Man liest nachdenklich den Satz, den Franz Grillparzer 1849 geschrieben hat: ‚Von der Humanität durch Nationalität zur Bestialität‘. Und man ahnt und weiß, dass die Humanität wieder bedroht ist, massiv wie schon Jahrzehnte nicht mehr. Sie ist bedroht von gemeiner Rede und gemeiner Tat, von der Lust an politischer Grobheit, von Flegelei und Unverschämtheit, von der Verböhnung von Anstand und Diplomatie, sie ist bedroht von einer rabiaten Missachtung des Respekts und der Achtung, die jedem Menschen zustehen, dem einheimischen Arbeitslosen, dem Flüchtling wie dem politischen Gegner, sie ist bedroht von einer aufreizenden Verachtung von Fakten und Details, wie sie der 45. Präsident der Vereinigten Staaten zeigt.“¹¹⁵

Und was muss geschehen, damit die vorhandene Wut – derzeit gegen die amtierende Regierung - sich in eine produktive Kraft umwandelt, die die demokratisch Verantwortlichen dazu bringt, ihre Verantwortung fürs Gemeinwohl transparent und konsequent wahrzunehmen? Bürgerräte als kritische und konstruktive Bausteine, Runde Tische zu Problemfragen u.a.m. könnten neue Perspektiven aufzeigen. Und immer noch könnte es hin und wieder gelingen, den einen oder die andere aus dem Lager der Extremen für demokratische Werte und Praxis zu begeistern und zu gewinnen.

Eine andere Erfahrung davon, dass Geschichte gekapert wird: Die Geschichte wird normalerweise von den „Siegern“ geschrieben und gedeutet. Dass sich einige aus der politischen Elite der BRD 1990 als Sieger gefühlt haben und meinten, die Geschichte sei sogar an ihr Ende gekommen, weil jetzt alle Deutschen in der bestmöglichen Gesellschaft leben, mag eine Ausnahme sein. Doch *„1990 kam uns der Begriff der Zukunft abhanden.“¹¹⁶*

Bis heute fühlen sich nicht nur z.B. ehemalige Grenzsoldaten der Nationalen Volksarmee (NVA) als Verlierer dieser Geschichte. - Ein solches Sieg-Niederlage-Denken jedoch vergiftet die Beziehung von beiden Seiten.

Was wird in den Schulbüchern und Schulfächern an Kenntnissen und Zusammenhängen über diese Zeit vermittelt? Wer hat hier die Deutungshoheit? In Veröffentlichungen der Literatur, der „Zeit“ u.a.m. haben wir oft erlebt, dass die bundesrepublikanische Geschichte eben die „richtige“ deutsche war und daher der Rest des anderen Teils Deutschlands nirgendwo einer Erwähnung wert gewesen ist. Eingaben daraufhin stießen manchmal auf das Bedauern, das hätte man nicht im Blick gehabt; andermal blieben sie unbeantwortet.

Dirk Oschmanns Buch *„Der Osten: eine westdeutsche Erfindung“¹¹⁷* scheint mir zwar an einigen verallgemeinernden Stelle überspitzt, doch in der Grundaussage und den vielen Konkretionen leider immer noch zutreffend. Und dennoch könnte es so weitergehen, dass wir uns in unserer Verschiedenheit wahrnehmen und ergänzen. Das setzt allerdings eine Begegnung auf Augenhöhe voraus, bei der jede Seite etwas anderes lernen muss und – als Gewinn – kann.

Es kann auch nicht dabei bleiben, dass die DDR-Geschichte(n) und das DDR-Erbe (und sei es das in der Seele) von der Gleichgültigkeit oder dem Frust oder der Bequemlichkeit derer gekapert werden, die das alles erlebt (und erlitten?) haben.

Wer von den Zeitzeugen schreibt seine Biografie und die erlebten Ereignisse um die Zeit der Friedlichen Revolution und danach weiter auf? Wer sammelt sie? Wer macht sich wiederum mit den neu

¹¹⁵ Heribert Prantl, *Ängstigt euch nicht!*, Vortrag auf dem Kirchentag in Dortmund, 21. 6. 2019, Manuskript

¹¹⁶ Ingo Schulze, *Unsere schönen neuen Kleider*, München 2012, 186

¹¹⁷ Ullstein-Verlag 2023 (14. Aufl.)

gewonnenen Unterlagen an weitere dokumentarische, wissenschaftliche und publizistische Aufarbeitung? Roland Bleikers Schrift ist ein Impuls dazu, die eigene Sicht zu erzählen und dabei im Gespräch auf neue Einsichten zu kommen!

13. Werte als Quelle von Kraft

Roland Bleiker untersucht in seiner Schrift den gewaltfreien Kampf, Flucht und Widerstehen als Methoden in ihren gesellschaftlichen Zusammenhängen. In der kleinen Runde derer, die sich zum Bedenken dieses Nachwortes getroffen haben, fehlten uns die Bezüge zu den damaligen Inhalten.

Was uns im Vorfeld der Friedlichen Revolution und während dieser Zeiten bewegte, haben ja bereits die Namen der Basisgruppen zum Ausdruck gebracht, die z.B. in Halle vor 1989 aktiv waren:

Umweltgruppen, Friedensgruppen, Menschenrechtsgruppen, Frauengruppen, Aktionsgruppen, Eine-Welt-Gruppen...

Sechzehn Mitglieder des Wittenberger Friedenskreises fassten 1988 in einem Vortrag auf dem evangelischen Kirchentag in Halle Forderungen „der Opposition“ zusammen. Sie wurden auf dem Kirchentag in der Arbeitsgruppe „Umkehr führt weiter – wo gesellschaftliche Erneuerung nötig wird“ entworfen, dem Plenum vorgelegt, diskutiert, so beschlossen und veröffentlicht. (1000x vom Kirchenbüro in Halle auf Wachsmatrize vervielfältigt, da nur für den „innerkirchlichen Dienstgebrauch“ erlaubt war.) Allerdings konnten sie in keiner Zeitung der DDR, auch keiner Kirchenzeitung erscheinen. So erschienen sie 1988 in der „Frankfurter Rundschau“. Die folgende Zusammenstellung zeigt bereits Richtungen und Werte auf, die dann in die Ökumenische Versammlung 1988/89 mit Eingang fanden. Im Vorspann heißt es dazu u.a.:

„Die Zeit des Schweigens ist vergangen

und die Zeit zu reden ist gekommen.“ Martin Luther 1520

Unser Land gerät in eine viele Lebensbereiche betreffende Krise seiner Entwicklung – mitten in einer Welt, die in eine Krise geraten ist. Dürre- und Überschwemmungskatastrophen, Hungersnöte und Artensterben, Wasserverschmutzung und Luftverschmutzung, Atomunfälle und Giftkatastrophen sind warnende Vorboten einer Lebensbedrohung globalen Ausmaßes. Dies nötigt dazu, Schweigen aufzugeben und Verschweigen nicht weiter zuzulassen. Von vielen nachdenklichen Menschen in aller Welt wird eine grundlegende Wende, ein neues Denken, eine neue Umkehr von lebensbedrohenden Wegen gesucht, erhofft, gefordert. ...

Es geht uns Christen zuerst um unser Umdenken und um eine Umkehr, die jeden einzelnen in der Tiefe betrifft und eine Umgestaltung gesellschaftlicher Struktur braucht. ...“

Aus den 20 Forderungen des Wittenberger Friedenskreises „vom Johannestag 1988“ seien hier nur jene ausgewählt, die m. E. einen ganz besonderen Bezug zum „Widerstehen“ in der DDR haben oder einen zur gegenwärtigen Entwicklung

„Weil sich in der Gesellschaft Gleichgültigkeit, Resignation und Stagnation ausbreiten und sich die Zahl der Menschen erhöht, die sich deshalb zurückziehen oder hier nicht mehr leben wollen, halten wir es für nötig, darüber offen zu reden und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so umzugestalten, dass mehr Bürger gesellschaftliche Mitarbeit als sinnvoll erleben.

Weil sich auch in der Entwicklung sozialistischer Staaten gezeigt hat, wie es durch Bürokratismus und Amtsmissbrauch, Konformismus und Dogmatismus, Behördenwillkür und Obrigkeitsfurcht zur gesellschaftlichen Depression kommt und dem Sozialismus in seinem Wesen geschadet wird, halten wir es für dringlich, solche Erscheinungen offenzulegen und auch dabei auftretende Missstände zu überwinden. ...

Weil nur eine lebendige Kultur des Streits um die Wahrheit und um den besten Weg des menschlichen Miteinanders zu einer humanen, gerechten und überlebensfähigen Welt führt, halten wir es für erforderlich, dass die Kommunisten auf das mit Macht ausgeübte Wahrheitsmonopol und auf den prinzipiellen gesellschaftlichen Überlegenheitsanspruch verzichten.

Weil die nach außen gerichtete Friedenspolitik unseres Landes dann glaubhafter und wirksamer wird, wenn sie mit der gleichen Beharrlichkeit auch innerhalb der Gesellschaft gewährt wird, halten wir es für dringlich, im gesamten Erziehungskonzept vom Kindergarten bis zur Berufsausbildung und darüber hinaus aus dem jetzigen System der

Wehrerziehung in ein neues System der friedlichen Konfliktbewältigung überzugehen.

Weil der Olof-Palme-Friedensmarsch in der DDR¹¹⁸ neben seinen abrüstungspolitischen Impulsen ein erster öffentlich wirksamer Schritt zur Überwindung der inneren Abgrenzungspraxis von Staat und Kirche war, halten wir es für erforderlich, diesen offenen und öffentlichen Dialog zur Vertrauensbildung zwischen den Völkern und in unserem Land weiterzuführen. ...

Weil es auch bei uns Abwehr oder gar Überlegenheitsgefühle gegenüber Menschen aus Osteuropa und aus der Zweidrittelwelt gibt, halten wir es für erforderlich, die Vorurteile auf allen Ebenen zu bearbeiten und mehr Möglichkeiten für gegenseitiges Verstehen und Verständigung zu schaffen.

Weil wir in einer vielfältig verflochtenen Welt leben und auch der Ferne unser Nächster geworden ist, halten wir es für nötig, unsere Orientierung auf die materiell arm gemachten Völker statt auf den reichen Westen zu richten, eine Kultur des Teilens einzüben, das Konzept ‚Abrüstung für Entwicklung‘ konkret zu unterstützen und auf eine gerechte Weltwirtschaftsordnung hinzuwirken.

Weil unser machtförmiger Umgang mit der uns umgebenden Welt uns angesichts seiner zerstörerischen Folgen ohnmächtig zu machen droht, halten wir es für dringlich, einen grundlegenden Bewusstseinswandel durch eine gesamtgesellschaftliche Diskussion über die vitalen Herausforderungen der Zukunft zu beginnen, unsere bisherigen gesellschaftlichen Zielsetzungen zu überprüfen, ein ‚neues Denken‘ zu entwickeln und nach lebensverträglichen Werten und Verhaltensweisen zu suchen.

...

Weil wir die Erde unseren Kindern und Enkeln lebenswert zu hinterlassen haben, halten wir es für dringlich, dass gerade in einem sozialistischen Land der Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie keine Verlierer mehr hat.

Weil die kommende Generation auf die bedrängenden Zukunftsprobleme vorbereitet werden muss, halten wir es für erforderlich, dass der Erziehungs- und Bildungsprozess kreativer, naturnäher und ganzheitlicher wird, die Ehrfurcht vor dem Leben Priorität bekommt vor der Herrschaft über das Leben und Übungsfeld wird für ‚gesellschaftliche Erfindungen‘.

Wir werden erfahren, dass wir durch diese Erneuerung Leben gewinnen. Aber sind wir persönlich bereit, die Schwierigkeiten auf diesem Weg zu tragen?¹¹⁹

Die Frage nach den Inhalten und Werten ist für mich keine nur nach Theorien, sondern nach dem, woher wir unsere Energie und Vision beziehen, was uns begeistert, wie wir uns das gemeinsame Leben in diesem Land und in der Einen Welt morgen vorstellen. Ziele und Werte müssen einen Zusammenklang mit den Methoden finden, d.h. ich kann zwar Macht ausüben, jedoch als lebenserhaltende, einschränkende und umlenkende Kraft, die dem Gegenüber seine und ihre Menschenwürde, seinen und ihren Lebensspielraum lässt und mein Gegenüber immer wieder zu einem gemeinsamen Lernweg einlädt. Die Werte müssen nicht nur als Vokabeln klar sein, sondern als Quellen von Kraft und Visionen: z.B. Demokratie, Vielfalt, Solidarität, Gerechtigkeit, Frieden, Leben als Natur mit der Natur...

Was mit diesen Begriffen gemeint ist, muss erzählt, anschaulich gemacht werden, begeistern, um vom Plakativen zum Emotionalen und Identifizierbaren zu werden.

Eine der Quelle für Kraft für mich persönlich und für viele andere Aktive im Widerstehen der DDR waren Geschichten.

Wir haben uns viele Geschichten erzählt, vor allem auch biblische. Von ihnen konnten wir erwarten, dass sie nicht nur unsere eigene Wirklichkeit widerspiegeln, sondern uns Impulse für neue Wege geben, Ermutigungen und Herausforderungen. Wir haben diese Geschichten immer als offen für alle Menschen

¹¹⁸ Der schwedische Ministerpräsident Olof Palme wurde 1986 ermordet. Er hatte sich in besonderer Weise für bessere Beziehungen zwischen Ost und West engagiert. 1987 wurde ein nach ihm benannter Friedensmarsch durch europäische Länder organisiert, der auch durch die DDR führte. Aus diesem Anlass beteiligten sich kirchliche Friedensgruppen legal und öffentlich an den Demonstrationen – das erste und einzige Mal. Sie wurden zwar beim Marsch von „Genossen“ behindert und nach dem Marsch mit Repressalien bedacht, doch vor allem westliche Medien hatten eine größere Öffentlichkeit hergestellt.

¹¹⁹ Unterstreichungen sind im Original. Der Text liegt dem Verfasser als Kopie vom Original vor.

„guten Willens“ angesehen und erzählt, nicht exklusiv, und manchmal sprachen die Geschichten uns auch selbst kritisch an. In den Friedensgebeten waren dafür Ruhe-Räume und Besinnungs-Zeiten. Hier nur wenige Beispiele für uns wesentliche biblische Geschichten dieser Zeit:

Vor 1989:

Micha 4 und Jesaja 2: Schwerter zu Pflugscharen umschmieden als Vision Gottes für unseren Weg von Friedensarbeit.

1. Mose 6 – Noah baut eine Arche, als alles noch trocken ist. Was morgen gebraucht wird, müssen wir heute vorbereiten. So auch heute: „Wer Frieden will, muss den Frieden vorbereiten!“

Während der Friedlichen Herbstrevolution 1989:

2. Mose 5 und 12, 37ff: Die Bedrückung des Volkes und der Aufbruch aus der Knechtschaft in die Freiheit.

Die Seligpreisungen Jesu aus Nazareth nach Matthäus 5, 1ff in der Verbundenheit mit denen, die dadurch aus der Schattenseite ins Licht treten.

Lieder entstanden und verbreiteten sich durch Handzettel, Konzerte von Gerhard Schöne und Kirchengemeinden. Witze und Humor trugen immer wieder dazu bei, den inneren Abstand von dem zu bekommen, was manchmal eigentlich nur noch im (meist verbotenen) Kabarett zu ertragen war.

Aus diesen Geschichten sind für Christ*innen nicht nur Impulse zum Widersprechen erwachsen, sondern auch Impulse für Perspektivenwechsel und Horizonterweiterung.

Der zur DDR-Zeit Leiter des Kirchlichen Forschungsheimes Wittenberg war, Pfarrer Hans-Peter Gensichen, hat kurz vor seinem Tode noch ein kleines Buch herausgegeben, in dem er biblische und in der DDR gelebte Tradition weitergeführt hat für heute:

„Armut wird uns retten. Geteilter Wohlstand in einer Gesellschaft des Weniger.“¹²⁰ Darin beschreibt er eine „Befreiungstheologie für den Nordwesten“ in der wir von den „Rändern der Gesellschaft“, die heute bereits im Weniger lebt, lernen können, wie aus der Ausweglosigkeit, den Verusterfahrungen und Enttäuschungen eine neue Zivilisation entstanden ist und immer wieder entstehen kann. Mit Vernunft schrumpfen, mit dem „Weniger“ gegen die totale Armut zu mehr gemeinsamem Wohlstand zwischen Nord und Süd unterwegs zu sein, das birgt die Chance, zu verhindern, ins Bodenlose zu fallen. „Die Praxis des Weniger ist befreiend“, das „Lernen vom Süden“ eine große Chance – für alle, denen eine lebbare Zukunft am Herzen liegt.

Aus der Verbundenheit mit Menschen, oft nur in kleinen Gruppen, erwachsen den einzelnen und der Gruppe Sicherheit und Orientierung. Hier haben wir uns vergewissert, einander beigestanden, uns miteinander orientiert und vorbereitet, uns kritisch befragt und auseinandergesetzt, ... Von solchen lebendigen Prozessen kleiner Gruppen vor Ort lebten das Engagement mit langem Atem vor der Revolution ebenso wie das spontane, geistesgegenwärtige in der Friedlichen Revolution. Allerdings haben etliche Gruppen, vor allem die des Neuen Forums, durch die Grenzöffnung und die danach zunehmende Institutionalisierung von Demokratie ihr Ende gefunden. Doch Runde Tische und Netzwerke aus kleinen Gruppen sind gerade kritisch für eine „marktkonforme“¹²¹ und manchmal zu institutionalisierte Demokratie ebenso notwendig wie Bürgerräte und andere Formen offener Beteiligung an Diskursen und Veränderungen. Das Wesen der Demokratie bleibt lebendig, wenn es erfahrbar wird, mitgestaltet und mitverantwortet werden kann. Die Grenzen der Demokratie ergeben sich aus meiner Sicht aus den gelebten und öffentlich vertretenen Inhalten. Für diese Inhalte gilt es heute wiederum gemeinsam in Ost und West zu werben, zu streiten, zu kämpfen. Wenn es um planetarische Sicht und Ziele geht, geben die 17 Nachhaltigkeitsziele (SDG's¹²²) klare Richtungen an, die auf Klimagerechtigkeit,

¹²⁰ Publik-Forum 2009

¹²¹ „Der Kapitalismus braucht keine Demokratie, sondern stabile Verhältnisse.“, also eine „marktkonforme“ Demokratie (Angela Merkel). Ingo Schulze, Unsere schönen neuen Kleider. Gegen eine marktkonforme Demokratie – für demokratiekonforme Märkte, München 2012, hier: 65

¹²² Sustainable Development Goals

gerechten Frieden und Gerechtigkeit im Welthorizont hinzielen, In diesen Zielen geht es um nichts weniger als ums gemeinsame Überleben in dem einen Welthaus (oikoumene), in unserer Einen Welt, die in ihrer Schönheit und Vielfalt untrennbar miteinander verbunden ist.

Diese Zeile im Herzen zu bewegen und auf lokaler oder regionaler Ebene gemeinsam gewaltfrei und kreativ ins Handeln zu kommen, das führt aus den Sackgassen von Nationalismus und Kriegslogik, Gleichgültigkeit und Vergessen heraus. Dabei haben wir beflügelnde Impulse von verschiedenen Personen des öffentlichen Lebens. Einige mir wichtige seien hier genannt.

Walter Wink, Neutestamentler in den USA,¹²³ zur Bedeutung von Gewaltfreiheit:

„Obwohl die Gewaltfreiheit seit Jahrhunderten effektiv genutzt wurde, entwickelte sie sich erst durch Gandhi und King zu einer verbreiteten Bewegung und wurde durch neue Strategien und Taktiken vervollständigt. Auch heute noch wird Gewaltfreiheit noch als lebensfern und idealistisch abgetan, ohne Bezug zu den Bedürfnissen von Nationen und unterdrückten Völkern, sich selbst zu verteidigen. Eine solche Irrelevanz wird dem Mythos der erlösenden Gewalt hingegen nicht vorgeworfen, obwohl der Einsatz von Gewalt immer misslingt, wenigstens zur Hälfte, weil ja eine Seite stets verliert. Die Begeisterung für die rettende Macht des Tötens und die privilegierte Position, die ihr von Intellektuellen wie von Politikern – von Theologen ganz zu schweigen – eingeräumt wird, haben die erlösende Gewalt gleichermaßen zum bevorzugten Mythos von Marxisten und Kapitalisten, von Faschisten und Linken, von Atheisten und Kirchentreuen werden lassen.

Dann kam die Zeit von 1989/90, Jahre einer beispiellosen politischen Wende, Jahre der Wunder, die jede Häufung politischer Umwälzungen in der Geschichte übertrafen, sogar den Exodus der Israeliten aus Ägypten. Allein im Jahr 1989 haben dreizehn Länder mit einer Bevölkerung von 1,7 Milliarden Menschen, mehr als 32% der Menschheit, gewaltfreie Revolutionen erlebt. Ihr Erfolg übertraf außer in China in jedem Land die kühnsten Träume...“¹²⁴

Was auf jeden Fall noch dazu gehört, das sind Gründe für große Dankbarkeit. Wir können jetzt andere Werte als zu DDR-Zeiten leben und mit Menschen aus West und Ost gemeinsam unterwegs sein.

Im Kern geht es um die Würde, die jeder und jedem zuteil wird, die Wertschätzung, die wir einander entgegenbringen. Barbara Müllers Kernfrage in dieser Richtung: „Was macht mich, was macht uns neugierig aufeinander und miteinander und auf die neuen Wege?“¹²⁵ finde ich einen Schlüssel für ein kreatives, vertrauensvolles und wegweisendes Miteinander. Wie ich das erlebe, das sei an einigen Beispielen noch verdeutlicht:

Nach dem Abitur sind unsere vier Töchter mit organisiertem Austausch in der weiten Welt unterwegs gewesen. Irgendwann war diese Eine Welt dann an unserem Küchentisch versammelt und unsere Enkelinnen und Enkel wären ohne sie nicht da. Wir selbst konnten ferne Welten und wunderbare Menschen kennenlernen, außerhalb von Deutschland und in Deutschland. Dass es unabhängige Rechtsprechung für Geflüchtete auch gegen Behörden und Ministerien gibt, dass Behörden sogar ihren Fehler einsehen können, berührt mich bis heute immer noch und weist auf Narben anderer Zeiten hin. Dass ich heute als Christ gewaltfreie Friedens- und Umweltarbeit öffentlich einbringen kann, ohne verhaftet und schikaniert zu werden, sehe ich immer noch mit großer Achtung. Die Gespräche dabei sind das Wesentlichste, weil sie Begegnung ermöglichen. Zur Zeit der DDR war es uns verboten, dem Internationalen Versöhnungsbund beizutreten und uns mit Menschen zusammenzuschließen, die seit 1914 gegen Unrecht, Gewalt und Krieg und für eine Kultur der Gewaltfreiheit unterwegs sind. Jetzt sind wir als Regionalgruppe Magdeburg mit dem Verband, mit dem BSV und dem ifgk und anderen vernetzt unterwegs.

Was ich wirklich neu erlebe: Es sind Etliche, die bereits lebendige Wege des Wandels ausprobieren, sich vernetzen und erforschen, was in Zukunft gebraucht wird und trägt.¹²⁵

¹²³ Walter Wink (1935 – 2012), Mitglied im Versöhnungsbund in den USA, entwickelte in den Diktaturen von Südafrika und Südamerika eine „Theologie der Gewaltfreiheit“, die aktiv und konsequent gelebt wird. Vgl. Ders., Verwandlung der Mächte. Eine Theologie der Gewaltfreiheit, Regensburg 2014, hier:

¹²⁴ Ebd., 104

¹²⁵ Ein Beispiel aus unserem Umfeld: Vitopia e.G. (im Internet zu finden).

Was z.B. die Begriffe „Wachstum“ und „Fortschritt“ angeht, so müssen sie von gegenwärtigen Welt und Menschen bedrohenden Inhalten weg mit neuen, anschaulichen und einprägsamen Inhalten gefüllt werden, die ein resilientes und lebensdienliches Gemeinwohl letztlich aller Menschen zum Ziel haben. Was wollen wir nicht verlieren und uns dafür engagieren, dafür kämpfen, so weit die Kraft reicht?

Wir haben 2012 die innerdeutschen Grenze von Hof bis Travemünde auf dem Kolonnen-Grenz-Weg teils streckenweise, teils ganz erwandert und rechts und links davon mit den Menschen der Orte über ihre Erfahrungen und Prägungen bis heute gesprochen. Allein dass sie gehört wurden und dass wir Ost-West-Wandernden miteinander unterwegs und tief im Gespräch waren, hat uns einen bleibenden Schatz an Erfahrungen und Verbindungen beschert.

Auf einer Radtour 2019 des Internationalen Versöhnungsbundes, aus Anlass von 30 Jahren Friedliche Herbstrevolution, zu Stätten und Zeitzeugen dieser Ereignisse, haben wir die Revolution erfahren. Zu Beginn der Reise hatten die 25 Teilnehmenden aus den westlichen Bundesländern und aus Frankreich den 9. November 1989 als **das** herausragende Ereignis dieses Herbstes im Blick. Am Ende der 14tägigen Begegnungen war ihnen der 7./9. Oktober (erste Demos in Plauen und Leipzig ohne Gewalt zu Ende gegangen) mit seiner Vorgeschichte und seinem Umfeld so nahe gekommen, dass sich ihr Bild von dieser Herbstgeschichte deutlich verändert und zum Bedenken ihrer eigenen Situation neu angeregt hatte.

Aus der Erfahrung mit dem Werdegang von Roland Bleikers Schrift und dieses Nachwortes sage ich: Hier ist gerade die Zusammenarbeit von Menschen aus West und Ost eine besondere Chance für uns geworden, weil die unterschiedlichen Perspektiven einander brauchen und ergänzen. Ohne das Gespräch mit den unten erwähnten Gesprächspartner*innen wäre das Nachwort so nicht zustande gekommen. Hier geschieht gerade Begegnung, aus der Neues gewonnen wird. Das brauchen wir in Zukunft, um die Inhalte der Friedlichen Revolution weiter zu führen.

Ullrich Hahn, Präsident des Deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes, nahm 2019 an der oben erwähnten Radtour teil und sagte nach einem Wahlerfolg der AfD in Plauen ein paar Sätze, die als gemeinsame Aufgabe für Menschen in Ost und West angesehen und als gemeinsame Weiterführung der gewaltfreien Arbeit hin zu einem gemeinsamen großen, lebensbewahrenden und lebensdienlichen Wandel verstanden werden können:

„Nach der Revolution – das ist eine der wichtigen Erfahrungen – geht es weiter mit Revolte, dem ständigen Widerstand gegen bestehende Rest- oder Neuzustände, die das Lebendige bedrohen. Das Widerstandsrecht nach Art 20,4 GG ist das große Recht. Der kleine, alltägliche Widerstand jedoch ist erforderlich gegen jede Regierung (und Bürokratie – d. Vf.), weil sie sich nicht an ihre Programme hält oder die Programme des Widerstandes bedürfen. Tun, was erforderlich ist, ohne zu wissen, was dabei heraus kommt. Erfolg ist keiner der Namen Gottes.“

Mit einem Dank Roland Bleiker, mit einem Dank an Ingrid von Heiseler, mit einem Dank an die oben benannten Gesprächspartner*innen und an die Herausgeberinnen des ifgk und des BSV, Barbara Müller und Christine Schweitzer,

Eberhard Bürger

Magdeburg, den 1. März 2024

Autor und Übersetzerin

Roland Bleiker



Roland Bleiker ist Professor für Internationale Beziehungen und Friedensforschung an der Universität von Queensland in Brisbane, Australien. Dort leitet er auch das *Rotary Peace Centre*. Er forscht und lehrt über die emotionalen und visuellen Dimensionen der Politik. Seine beiden neuesten Bücher zu diesem Thema sind *Visual Global Politics* (2018) und *Aesthetics and World Politics* (2009). Seit vielen Jahren unterrichtet Professor Roland Bleiker einen Master-Kurs über gewaltfreien Widerstand. Weitere Informationen: <http://researchers.uq.edu.au/researcher/617>

Ingrid von Heiseler



Studium der Germanistik, Theologie und Pädagogik; Staatsexamen an der Universität Göttingen, Referendariat in Braunschweig, 30 Jahre Lehrerin am Gymnasium Kreuzheide in Wolfsburg.

Autorin des „erzählenden Berichts“ *Einer tanzt aus der Reihe* (1990 und 2018), von *Lost in Goa. Fakten und Fiktion* (2001 und 2018), der Autobiografie *Leben10.Anfänge* (2011), von *Dieser Eingang ist nur für dich bestimmt. Kürzere Texte* (2018) und *Alles, was dir einfällt* (2023).

Seit 2002 Veröffentlichung von *Übersetzungen* von Publikationen hauptsächlich auf dem Gebiet Frieden und Konfliktbearbeitung und Afghanistan. Alle Veröffentlichungen:

<http://ingridvonheiseler.formatlabor.net/?p=4142>

Weiteres Arbeitsfeld: *Lektorieren* wissenschaftlicher Arbeiten.

Auszeichnungen

Im Juli 2023 wurde sie für ihre Übersetzung von Büchern, die im Zusammenhang mit Afghanistan stehen, von drei Institutionen ausgezeichnet:

Afghanic e. V. Bonn

Verein zur Förderung der afghanischen Kultur e.V, Hürth

Academy of Science of Afghanistan, Kabul

Eberhard Bürger



Eberhard Bürger (*1949) ist in Weimar aufgewachsen und war Gemeindepfarrer in der ehemaligen DDR, seit 2012 im Ruhestand in Magdeburg, wo er mit seiner Frau Barbara lebt. Er hat die gesellschaftlichen Veränderungen 1989/90 aktiv mitgestaltet und ist seit 1990 Mitglied im Internationalen Versöhnungsbund-Deutscher Zweig.

